Kuscheljustiz, S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 29 – 21. Juli 2017

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Viel mehr als eine Schwärmerei: Merkel-Fan und sein Idol beim Tag der offenen Tür im Kanzleramt

Bild: pa

Ein »Mordsweib«?

Ungesund und fatal ist die Beziehung der Deutschen zu ihrer Kanzlerin

Ihr lieben Deutschen, was fasziniert euch an dieser Frau? Das Äußere kann es eher nicht sein, aber das ist geschenkt. Sicher, man kennt sich. Man hat sich aneinander gewöhnt. Aber diese bedingungslose Hingabe? Ihr seid ihr verfallen. Es ist eine mörderische Beziehung. Diese Frau nimmt Euch aus. Sie tut Euch nicht gut. Sie fährt mit Euch Schlitten und noch dazu voll gegen die Wand. Es ist ein Rätsel.

„Angela Merkel wird immer beliebter“, freut sich die „Zeit“. Die Wochenzeitung präsentiert eine Infas-Umfrage, nach der sich 36 Prozent der Wähler für die Kanzlerin „richtig begeistern“. Infas-Chef Menno Smid staunt: „Wir haben die Intensität einer affektiven Haltung gemessen. Eine solche Messung ist gegenüber kurzfristigen Themeneinflüssen erfahrungsgemäß robust.“ Sprich: Dies ist mehr als eine Schwärmerei. Heiß und innig sind die Gefühle für die Angebetete.

„Frau Merkel, Sie sind ein Mordsweib“, begeisterte sich einer ihrer zahllosen Fans jüngst in Essen. Die Kanzlerin sprach in der dortigen Philharmonie über „Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“. Um Deutschland ging es ihr dabei weniger. Als Weltkanzlerin präsentierte sich die lila Beblazerte an diesem Abend. Sie wolle Wohlstand für alle und das rund um den Globus. Kaum einer ihrer Sätze endete ohne Beifall. Zur Fragerunde erhob sich ein Mann, der sich als Unternehmer und Vater von vier Kindern vorstellte. Sie nehme zwar oft Bezug auf Ludwig Erhard, erklärte dieser kritische Denker, aber ob ihr denn nicht bewusst sei, dass dieser sich nur für den Wohlstand in Deutschland verantwortlich gesehen habe. Erhard habe sicher nicht geglaubt, dass Deutschland berufen sei, auch zum Beispiel für den Wohlstand in Afrika zu sorgen.

Leider folgte kein Moment der Klarheit im Publikum. Der Mann wurde ausgebuht. Merkels Antwort enthielt dann unter anderem einen Verweis auf das Römische Reich. Der antiken Großmacht sei es immer gut gegangen, wenn sie statt auf Abschottung auf Ausgleich mit den Nachbarn gesetzt hätte. Einen Multi-Kulti-Exzess namens Völkerwanderung erwähnte sie nicht: „Zahllos wie die Funken des Ätnas“, so der Zeitzeuge Ammianus Marcellinus, strömten die germanischen „Flüchtlinge“ im vierten Jahrhundert nach Christus ins Reich. Auch aus christlicher Nächstenliebe waren sie hereingelassen worden. Sie brachten Gewalt, Chaos und Niedergang. Der Althistoriker Alexander Demandt hat mit „Das Ende der alten Ordnung“ einen lesenswerten Aufsatz darüber geschrieben. Aber zurück zur Magna Mater, zur großen Mutter: Muttis Sicht auf die Geschichte ist ebenso zweckorientiert wie vieles andere. Fakten stören da nur. Und sie kann es sich leisten. „Eine Mutter kann nicht abgewählt werden“, hat der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz schon vor einigen Jahren im Hinblick auf die Wahlerfolge Merkels festgestellt. Er attestierte den Deutschen eine Sehnsucht nach Mütterlichkeit. Sein Kollege Tilman Moser spricht vom „regressiv eingerastetem Vertrauen“. Mit kindlichem Urvertrauen begegnen die Deutschen ihrer Angela Merkel. Sie werden bitter enttäuscht werden.

Sehnsucht nach Mütterlichkeit

Frank Horns

Jan Heitmann:

Abzug!

Mit seiner erneuten Brüskierung Deutschlands hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ein großes Fass aufgemacht. Denn der Luftwaffenstützpunkt, den die Bundestagsabgeordneten besuchen wollten, ist ein NATO-Stützpunkt, und die hier stationierten Bundeswehrsoldaten sind ausdrücklich im NATO-Einsatz. Ohne sie könnten die „Awacs“-Flüge des Bündnisses nicht weiter durchgeführt werden. Damit ist der Vorgang ein Fall für die NATO. Deren Generalsekretär muss dringend klären, inwieweit die Türkei überhaupt noch ein zuverlässiger Bündnispartner ist.

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist hier nicht gefordert. Sie hat aber die Pflicht, die deutsche Position der Türkei gegenüber nachdrücklich zu vertreten. Stattdessen findet sie die Situation lediglich „misslich“ und will mit Ankara sogar „Alternativen diskutieren“, statt das Besuchsrecht der deutschen Parlamentarier durchzusetzen oder Konsequenzen aus den einseitigen Provokationen Erdogans zu ziehen. Sie will mit ihm unbedingt im Gespräch bleiben. In welchem Gespräch eigentlich? Erdogan führt schon lange keinen Dialog mit Berlin mehr. Wenn es um Deutschland geht, beschränken sich seine Aktivitäten nur noch darauf, zu fordern, zu verbieten und zu beleidigen. Außenpolitische Schnellschüsse wären in der Tat unangebracht. So aber kann es auch nicht weitergehen. Der richtige Schritt wäre jetzt der Abzug aller deutschen Soldaten aus der Türkei. Mit Merkel dürfte das aber kaum etwas werden. Wer sich zum Wurm macht, wird irgendwann zertreten. Merkel macht nicht nur sich selbst, sondern Deutschland zum Wurm.

EKD tut sich schwer mit Luther

Die Feiern zum 500. Reformationsjubiläum entwickeln sich zum Riesenflop

In den Kanzleien der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beugen sich Oberkirchenräte mit ernster Miene über graue Zahlenkolonnen. Die mit großem publizistischen Aufwand beworbenen Veranstaltungen zur Erinnerung an die Reformation vor 500 Jahren haben bislang nicht das gebracht, was man sich erhofft hat.

Annähernd eine halbe Milliarde Euro aus staatlichen, kirchlichen und privaten Geldtöpfen wurden investiert, doch die Besucherzahlen in Berlin, Wittenberg, Leipzig und anderen Orten Mitteldeutschlands – selbst die sächsische Kleinstadt Leisnig gönnte sich ein „Lutherzimmer“ – blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Das Reformationsjubiläum drohe zur „Pleite des Jahres“ zu werden, befand die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ und brachte damit die kirchlichen Planer in Verlegenheit. Man dürfe nicht nur auf die nackten Zahlen schauen, verteidigten sie sich: „Der Diskurs, den wir führen, ist ein Wert an sich.“ Im Übrigen sei bei vergleichbaren Großereignissen wie der – defizitären – Weltausstellung Expo 2000 in Hannover „der große Schub erst am Ende gekommen“. Die Hoffnungen richten sich also auf den 31. Oktober, den Tag, an dem Martin Luther 1517 seine Thesen wider den Ablasshandel veröffentlichte.

Zur Erinnerung: Zum Kirchentag in Berlin waren nur 106 000 Dauergäste gekommen, mit 140 000 hatte man gerechnet. Bis auf den Auftritt von Barack Obama blieb das Medienecho verhalten. Der Schlussgottesdienst in Wittenberg war als Treffen von 200 000 Christen geplant, es nahmen lediglich 120 000 teil.

Die Besucherzahlen sind ernüchternd

Die viermonatige Weltausstellung Reformation verzeichnete nach vier Wochen lediglich 40 000 Gäste. Das ehrgeizige Projekt soll nach den optimistischen Planungen eine halbe Millionen Besucher anziehen – illusorisch. Auch die „Kirchentage auf dem Wege“ im Kerngebiet der Reformation waren Enttäuschungen. In Leipzig rechnete man mit 50 000 Teilnehmern, am Ende waren es aber nur 15 000 Interessenten, davon 7500 zahlende Besucher.

Hat eventuell die üppige Vorbereitung – die „Luther-Dekade“ wurde 2008 gestartet – die Treffen im Jubiläumsjahr entwertet?

Einziger „Renner“ im Jubiläumsjahr ist die 7,7 Zentimeter große Lutherfigur der Marke Playmobil. Von ihr wurden bisher mehr als eine Million Exemplare verkauft.

Gernot Facius

(Lesen Sie dazu auch den Kommentar auf Seite 8.)

Keine Haftbefehle

Behördenversagen nach G 20-Krawall

Die Stahlkugeln ihrer Präzisionsschleudern durchschlugen sogar die Panzerung von Wasserwerfern. Auf dem Höhepunkt der Krawalle in Hamburg rund um den G 20-Gipfel warfen die linksextremen Randalierer von einem Baugerüst herab Molotowcocktails und Gehwegplatten auf Polizisten. Ein schwerbewaffnetes Sondereinsatzkommando nahm sie schließlich fest. Ein Gerichtssprecher musste jetzt allerdings zugeben, dass für keine der 13 Personen – neun Deutsche, vier Russen – ein Haftbefehl beantragt wurde. Bei vier von ihnen fehlten die Beweise. Bei den anderen schaffte es das Amtsgericht nicht, rechtzeitig vor Ablauf der 24-Stunden-Frist Haftbefehle auszustellen. Alle sind auf freiem Fuß. In der „taz“ beschwerte sich unterdessen ein festgenommener G 20-Demonstrant über die Bedingungen in der Gefangenensammelstelle. Er war 24 Stunden inhaftiert und hätte nur Knäckebrot zu essen bekommen. Außerdem hätte der Raum keine Fenster gehabt. „Ich bin berufstätig und habe die ganze Zeit daran gedacht, dass ich am Montag arbeiten muss“, so der Mann, der als leitender Beamter in einer Hamburger Behörde tätig ist. Festgenommen wurde er unter dem Verdacht, Barrikaden gebaut zu haben. *FH*

(Mehr dazu, wie der Staat Linksextreme mit Steuergeldern unterstützt, lesen Sie auf Seite 3.)

MELDUNGEN

Türkei fordert Auslieferung

Berlin – Die Türkei fordert von Berlin die Auslieferung von mehreren Hundert türkischen Staatsbürgern. Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hat der türkische Geheimdienst MIT dem Bundesnachrichtendienst eine Liste mit den Namen von angeblichen „führenden Verantwortlichen und Mitgliedern“ der Gülen-Bewegung übergeben, denen Ankara vorwirft, hinter dem gescheiterten Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs im Juli vergangenen Jahres zu stehen. Die Bundesregierung lehnt eine Auslieferung allein aufgrund der Angaben Ankaras ab. Über die Zulässigkeit einer Auslieferung würden im Einzelfall die Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwaltschaften auf Grundlage des Europäischen Auslieferungsübereinkommens „unter Berück-sichtigung menschenrechtlicher Verpflichtungen“ entschieden, heißt es in der Antwort. Jeder Einzelfall werde sorgfältig und unter Berücksichtigung der vorgeworfenen Taten sowie des Personenkreises, dem der Verfolgte angehört, auf seine Bewilligungsfähigkeit hin geprüft. Eine Auslieferung werde verweigert, wenn sich das Ersuchen auf politische Straftaten beziehe oder eine Verfolgung aus politischen Gründen drohe. *J.H.*

Berlin will keinen Proporz

Berlin – In allen wichtigen internationalen Organisationen gehört Deutschland zu den größten Beitragszahlern. Die Personalpräsenz spiegelt dieses finanzielle Engagement jedoch nicht wider. Das gilt insbesondere für den Bereich der Europäischen Union. Nach Angaben der Bundesregierung waren mit Stand Januar 2017 von knapp 30 000 Mitarbeitern bei der EU-Kommission lediglich 2149 Deutsche, 203 von rund 6500 in der Verwaltung des Europäischen Parlaments und 90 von 942 beim Europäischen Auswärtigen Dienst beschäftigt. Laut Bundesregierung soll sich an dieser Personalpräsenz nichts ändern, denn Ziel sei es nicht, „flächendeckend eine dem deutschen Finanzierungsanteil eins zu eins entsprechende Personalpräsenz zu erreichen“. Eine rein am Budgetanteil ansetzende Betrachtung würde nämlich „den berechtigten Vertretungsinteressen zahlreicher kleinerer Länder in internationalen Organisationen nicht gerecht. *J.H.*

Umweltzonen kontraproduktiv

Berlin – Eine wissenschaftliche Analyse des Fraunhofer-Instituts widerlegt nicht nur den Sinn der 55 in Deutschland eingerichteten Umweltzonen, sondern weist sogar nach, dass diese kontraproduktiv sind. In den Gebieten mit Umweltzonen konnte demnach kein nachweisbarer Beitrag zur Verminderung der Feinstaubwerte, aber dafür ein höherer Ausstoß von Stickstoffdioxid gemessen werden. Das hat technische Gründe: Moderne Fahrzeuge der Abgasnorm Euro 5, die mit grüner Plakette freie Fahrt in den Umweltzonen haben, stoßen zwar weniger Feinstaub, allerdings wesentlich mehr Stickstoffdioxid aus als ältere mit roter Plakette. Folglich kommt es in Gebieten mit Zufahrtsbeschränkungen für rote Plaketten zwangsläufig zu einem Zuwachs des Stickstoffdioxidausstoßes. Dieser liegt bei bis zu zwei Prozent. *J.H.*

Mild, Milder, Freispruch

Feixende Täter, traumatisierte Opfer – Warum so vieles in deutschen Gerichtssälen schrecklich schief läuft

Draußen regiert das Verbrechen, drinnen die allesverzeihende Güte. Lebenslang bedeutet manchmal nur drei Jahre. Verurteilte müssen monatelang warten, bis überhaupt ein Haftplatz frei wird. Die Ursachen reichen bis in die späten 60er Jahre zurück.

Als Anfang Juni 2017 das Urteil des Landgerichts Cottbus gegen einen 32 Jahre alten Tschetschenen erging, war die Empörung groß. Doch was war geschehen? Im November 2016 geriet der Angeklagte Rashid D. mit seiner Ehefrau und der fünffachen Mutter seiner Kinder in einer Senftenberger Asylunterkunft in Streit. Angeblich soll sie ihm untreu gewesen sein. Belege dafür gab es keine. Im Verlauf der Auseinandersetzung stach er mit einem Messer 19-mal auf sie ein. Obwohl schwerverletzt, stemmte sich die Frau mit ihren letzten Kräften gegen den Fensterrahmen, als ihr Mann versuchte, sie schließlich aus dem Fenster des zweiten Obergeschosses zu stoßen. Doch ihr Widerstand blieb vergeblich. Nach dem Sturz schlug sie auf einen vor der Asylsuchereinrichtung befindlichen Fahrradständer auf. Obwohl das Opfer zu diesem Zeitpunkt bereits den ihm zugefügten Verletzungen erlegen war, eilte der Mann aus dem zweiten Stock herbei und durchtrennte seiner toten Frau vor den Augen von Zeugen die Kehle mit vier weiteren Schnitten.

Trotz dieser bestialischen Tat konnten die Brandenburger Richter keine Gründe finden, die eine Verurteilung des Angeklagten wegen Mordes rechtfertigten. Sie erkannten lediglich auf Totschlag und setzten die zu verbüßende Haftstrafe auf nur 13 Jahre fest. In der Urteilsbegründung hielt die Kammer des Landgerichtes Rashid D. zugute, dass er aus einer muslimisch und sehr archaisch geprägten Gesellschaft stamme, über einen niedrigen Bildungsstand verfüge und mit seiner Familie zum Tatzeitpunkt erst wenige Monate in Deutschland lebte. Er kenne sich mit dem deutschen Rechtssystem nicht aus und habe folglich auch nicht die notwendige Einsicht in die – nach hiesigen Maßstäben – besondere Verwerflichkeit seiner Tat haben können.

Während in alternativen Medien bei der Einschätzung des Urteils recht schnell das Wort vom „Migrantenbonus“ die Runde machte, versuchten etablierte Presseorgane sowohl die Tat, vor allem aber dessen juristische Würdigung, herunterzuspielen. Die „Zeit“ verwies Strafrabatte für ausländische Täter gar in das Reich der Märchen.

Tatsächlich ist es jedoch eher die Regel als die Ausnahme, dass deutsche Richter den Immigrationshintergrund eines Angeklagten wohlwollend zu dessen Gunsten berücksichtigen. Doch nicht nur die Urteile gegen ausländische Kriminelle erzeugen zunehmend Unverständnis, auch die Strafverfolgungspraxis, die sich gegen geborene Deutsche richtet, lässt sich häufig nicht mehr nachvollziehen. Insbesondere bei Kapitalverbrechen, wie Tötungsdelikten oder Raub, fällt das Strafmaß zumeist unverhältnismäßig mild aus. Selbst ein Mord führt heute nur noch in den seltensten Fällen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe und das obwohl der Wortlaut des Gesetzes dies eigentlich vorsieht.

Aber auch in den Fällen, in denen ein Gericht eine vergleichsweise hohe Strafe gegen einen Täter verhängt, wird diese nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haftzeit regelmäßig zur Bewährung ausgesetzt. Hinzu kommt, dass sich rund ein Sechstel aller Strafgefangenen in Deutschland im sogenannten „Offenen Vollzug“ befinden. Sie müssen lediglich an Werktagen zum Schlafen in die Haftanstalt zurückkehren und können ansonsten ihrer normalen Arbeit nachgehen. Die Wochenenden dürfen sie ganz bei ihrer Familie verbringen.

Keinerlei Spaß versteht der Staat dagegen bei einer anderen Art von Delikten. Während ein überführter Vergewaltiger sich vor deutschen Gerichten begründete Hoffnungen auf eine Bewährungsstrafe machen kann, führt die Hinterziehung einer größeren Steuerschuld schon automatisch hinter schwedische Gardinen. Auch wer unter staatlicherseits verfemten weltanschaulichen Vorzeichen Bagatelldelikte begeht, muss damit rechnen, dass der ermittelnde Staatsanwalt schweres Geschütz auffährt. Das Zünden von in osteuropäischen EU-Staaten völlig legal erhältlichen, aber in Deutschland nicht zugelassenen Feuerwerkskörpern vor einer Flüchtlingsunterkunft wird als terroristische Straftat gewertet. Mehrjährige Freiheitsstrafen drohen. Trägt man allerdings nur einen Streit mit seinem ungeliebten Nachbarn aus und zerstört dessen Briefkasten mit einem dieser sogenannten Polenböller, so wird ein Strafverfahren normalerweise gegen Zahlung einer kleineren Geldauflage eingestellt.

Diese wenig ausbalancierte und gegenüber gewöhnlichen Kriminellen zumeist sehr milde agierende Strafjustiz hat verschiedene Ursachen. Ein Blick zurück, hilft sie zu erkennen: Das noch heute geltende Strafgesetzbuch stammt aus dem Jahre 1871 unmittelbar nach Gründung des Kaiserreiches. Bei der Strafzumessung stellte es die Tat selbst in das Zentrum der juristischen Bewertung. Zunächst wurde geprüft, ob das Verhalten eines Angeklagten eine Strafrechtsnorm verletzt hat und somit überhaupt strafbar ist. In einem zweiten Schritt wurde der Unrechtsgehalt taxiert, also etwa, ob ein Dieb lediglich ein paar Kirschen aus dem Garten des Nachbarn oder Gegenstände von erheblichem Wert gestohlen hatte.

Mit den Strafrechtsreformgesetzen der Großen Koalition aus den Jahren 1969 und 1975 wurde dann die Person des Täters stärker in den Vordergrund gerückt. So müssen Richter seitdem etwa die Auswirkungen der Strafe auf das künftige Leben des zu Verurteilenden stärker berücksichtigen. Auch sein Vorleben und seine Motive sind vor der Strafzumessung auszuforschen. Zwar flossen derartige Aspekte schon zuvor in ein Urteil ein, jedoch nicht mit derartiger Durchschlagskraft auf das schließlich verhängte Strafmaß.

Die zu erwartende Folge war, dass nunmehr zwei Personen ein identisches Delikt begehen können und dafür höchst unterschiedlich bestraft werden. In der Hoffnung auf ein mildes Urteil wird von beschlagenen Anwälten in deutschen Gerichtssälen seit dieser Zeit viel über schlechte Elternhäuser, verpfuschte Lebenswege, gesellschaftliche Ausgrenzungserfahrungen oder zunehmend auch über fremdländische kulturelle Hintergründe schwadroniert. Für die Verteidiger scheint klar, dass ihre Mandanten eigentlich schon deswegen zwangsweise zur Begehung von Straftaten verdammt gewesen seien.

> Anwälte schwadronieren über schlechte Elternhäuser, verpfuschte Lebenswege und gesellschaftliche Ausgrenzungserfahrungen

Gefängnisstrafen warten ohnehin nur auf wenige von ihnen. War es vor den Reformen die Regel, dass ein Straftäter auch für kleinere Delikte, wie beispielsweise bei einer Verleumdung, direkt für mehrere Wochen in ein Gefängnis kam, so war der urteilende Richter nunmehr gehalten, in diesen Fällen auf eine Geldstrafe zu erkennen oder eine Freiheitsstrafe zunächst zur Bewährung auszusetzen. Nur noch bei wirklich schweren Straftaten sollte überhaupt eine Freiheitsstrafe angetreten werden.

Zusätzlich führte der Gesetzgeber besondere Milderungsgründe für eine Haftstrafe ein. Mit dieser Möglichkeit kann selbst eine lebenslange Freiheitsstrafe auf bis zu drei Jahre herabgesetzt werden. Ähnlich wie schon das Jugendstrafrecht sollte nunmehr auch die Anwendung des allgemeinen Strafrechts von erzieherischen Prinzipien und vom Resozialisierungsgedanken geleitet werden.

Inspiriert waren die Reformen vom antiautoritären Geist der Studentenbewegung. Umgesetzt wurden sie in einer Zeit der allgemeinen Wohlfahrt und in einer sozial und kulturell sehr homogenen Gesellschaft. Doch seither hat sich in Deutschland viel verändert. Zwar wurden 1998 in einer weiteren größeren Anpassung des Strafrechts viele Normen verschärft, jedoch blieben die Möglichkeiten, das Strafmaß herunterzurechnen, erhalten. Ebenso blieb es bei dem Grundsatz, dass die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe weiterhin nur als ultima ratio gilt. Hinzu kommt, dass es in Deutschland derzeit viel zu wenig Kapazitäten gibt, um alle Verurteilten zeitnah dem Strafvollzug zuzuführen. Oft muss monatelang gewartet werden, bis in einer Justizvollzugsanstalt ein Haftplatz frei wird.

Ein weiteres Problem ist die schwierige Personalsituation in der Justiz. Richter und Staatsanwälte kämpfen einen schon fast aussichtslosen Kampf gegen die Aktenberge auf ihren Schreibtischen. Aus diesem Grund werden viele Verfahren eingestellt, die man durchaus hätte anklagen können. In den Verfahren, die dann doch eröffnet werden, geht man häufig den Weg des geringsten Widerstandes, um sie schnell abzuarbeiten. Der Grund: Sowohl Richter als auch Staatsanwälte werden bei ihrem beruflichen Fortkommen vor allem danach beurteilt, wie viele Fälle sie erledigen. Daher werden in Strafverfahren auch zunehmend Urteilsabsprachen zwischen den Beteiligten getroffen. Der Angeklagte gibt die ihm vorgeworfene Tat zumindest teilweise zu, die Staatsanwalt muss keine aufwändige Beweisbeibringung betreiben und der Richter erspart sich Mühe beim Abfassen eines rechtsmittelsicheren Urteils. Die Gerechtigkeit bleibt bei diesen Bedingungen allerdings zumeist auf der Strecke. *Dirk Pelster*



Links: Kamerascheue Täter. Ihrem Opfer haben sie keinerlei Intimität gelassen. Zwei der Vergewaltiger aus Hamburg Bild: pa

Skandalöse Urteile – Vier haarsträubende Beispiele

Hamburg – Vier serbische Immigranten zwischen 14 und 21 Jahren vergewaltigen ein 14-jähriges Mädchen – unter anderem mit einer Flasche und einer Taschenlampe. Als sie fertig sind, wird das bewusstlose, halbnackte Opfer bei eisiger Kälte in einem Hinterhof liegengelassen. Stark unterkühlt kommt es ins Krankenhaus.
Das Urteil: Der älteste muss für vier Jahre hinter Gitter, Die anderen erhalten Bewährungsstrafen. Feixend bejubeln sie das Urteil.

Köln – Erkan F. (24) und Firat M. (23) liefern sich am helllichten Tag ein Straßenrennen im Stadtteil Deutz. Erkan F. überfährt eine 19-jährige Radfahrerin. Sie stirbt drei Tage später im Krankenhaus. Als die Polizei die Unfallstelle sichert, jammert der Täter, dass die Sprühkreide die 3000 Euro teuren Alufelgen seines Autos verschmutzen könnte.
Das Urteil: Bewährungsstrafen von zwei Jahren für Erkan F. und 21 Monate für Firat M.

Brandenburg/Havel – Die junge Frau wehrt sich heftig, dennoch wird sie von einem 23-Jährigen in dessen Wohnung vergewaltigt. Um sie ruhigzustellen, klemmte er ihren Kopf zwischen die Gitterstäbe des Bettes.
Das Urteil: Freispruch. Die Richterin spekuliert, dass der Angeklagte möglicherweise „aufgrund seiner türkischen Herkunft den Vorfall, den das Opfer als Vergewaltigung erlebte, für wilden Sex hielt“.

Berlin – Mit einem Hammer, einem Stock und einem Gürtel verprügelt ein 37-jähriger Mann aus Gambia über mehrere Wochen hinweg seine Stieftochter. Die Polizisten sind entsetzt, als sie die Fünfjährige aus der elterlichen Wohnung retten. Ihr Körper ist mit Verletzungen übersät.
Das Urteil: Zwei Jahre auf Bewährung. Der Täter: Das Mädchen hätte einen roten Teufel mit Hörnern herbeigerufen. Er wollte ihn nur austreiben.

Festungen und Kommandozentren

Wie Anarchie und linke Gewalt mit Steuergeldern gefördert werden

Die Linkskriminellen von Hamburg kamen nicht aus dem Nichts. Sie kamen aus den Sammelpunkten von Antifa & Co. Sie kamen aus den sogenannten Alternativen, die seit Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten mit Steuergeldern gepäppelt werden.

Jetzt ist der Streit um die Rote Flora in Hamburg neu entbrannt. Dabei ist er längst ein Dauerbrenner. So wie das „Autonome Zentrum“ in Köln, wie das „Kafe Marat“ in München, wie die „Walli“ in Lübeck. So wie die scheinbar rechtsfreien Räume in der Rigaer Straße in Berlin oder in Leipzig-Connewitz. Dauerbrenner, wie offenbar vom Staat aufgegebene Zonen rund um den Görlitzer Park in Berlin oder Duisburg-Marxloh.



Während der G 20-Ausschreitungen: Hamburgs Rote Flora

Bild: Imago

Nach den schweren Ausschreitungen rund um die Rote Flora, steht das ehemalige Musicaltheater wie ein Mahnmal staatlichen Versagens da. Eines Versagens, das nun schon 28 Jahre andauert. So lange ist die Rote Flora besetzt. Während der Ausschreitungen war sie Kommandozentrale und Lazarett. Es waren nicht die ersten Krawalle, die um sie tobten. 2013 kaufte die Stadt das Gebäude, um daraus ein „Stadtteilzentrum“ zu machen. Entstanden ist ein Schonraum für Anarchisten. Nun soll wieder einmal nachgedacht werden. Das Ergebnis ist absehbar: Die Grünen setzen sich für den Erhalt ein, ohne die Grünen gibt es keinen SPD-Bürgermeister. Folglich wird man lange nachdenken müssen.

Die Bilder gleichen sich landauf, landab. Während nach den Straßenschlachten in Hamburg die linken Ruheräume (vorerst) in die kritische Beobachtung geraten, hisst die Stadtverwaltung Köln die weiße Fahne. Dort befindet sich das „Autonome Zentrum“ in einem Gebäude der Stadt. Miete wird nicht gezahlt, aber Nutzerentgelt. 2018 läuft der Vertrag aus. Die Stadt plant den Bau einiger Tausend Wohnungen und die Anlage eines Parks. Dafür müsste das Autonome Zentrum abgerissen werden. Die Nutzer wollen nicht weichen und kündigen „massiven Widerstand“ an. Die Planungen für den Park wurden gestoppt.

Die Stadt München zeigt sich noch großzügiger. Der unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehende Autonomen-Treffpunkt „Kafe Marat“ wird jährlich mit 42600 Euro gefördert. Damit kommt dann „Deutschmichnichtvollpunk“ ins Programm, spielt die Punkband „ScheißeDieBullen“ oder „Cocktailbar Stammheim“.

> Wirklich nur ein »aufgebauschtes Problem?«

Förderwürdig ist auch der Vortrag der Anarchistischen Initiative Ljubljana über den „Kampf um die Straße“, die Auslassungen von zwei Anarchistinnen aus Irkutsk oder die revolutionäre Jugendbewegung Kurdistans. Herrschte nicht in Hamburg allgemeine Verwunderung über ein babylonisches Sprachengewirr? Im „Kafe Marat“ wurden Reisen nach Hamburg geplant, zu „Polizeiparade und widerlichen Staatschefs“, die „vielleicht sogar auch persönlich Schweine sind“. Nun prüft man im „Kafe Marat“: „Wie gestalten wir unsere Räume, damit sie Festungen für unsere kämpfenden Gruppen werden.“

Das antifaschistische und autonome Zentrum „Walli“ in Lübeck gehört zu den zahlreichen kleineren Tummelplätzen der Linksextremisten. Auch hier wird die Hälfte der Miete von der Stadt getragen. Bis zum Ansturm der Asylsucher war die „Walli“ ein heruntergekommenes, freistehendes Haus mit Nebengebäuden. Als Asylsucher beim Versuch, nach Schweden zu reisen, in Lübeck landeten, half das autonome Zentrum. Da dort der Platz knapp wurde, besetzte man benachbarte Bauten des Gartenbauamtes. Jetzt sind die Asylsucher fort – die Besetzung aber dauert an. Ein Sprecher des Zentrums gehörte zu den Organisatoren der Demonstration „Welcome to hell“. Für ihn hat „die draufschlagende Polizei“ versagt, er zeigt sich „erschreckt von der Polizeigewalt“.

Die abstruse Behauptung, es könne keine linken Gewalttäter geben, weil Gewalt niemals links sei, kommt nicht erst jetzt auf. Manuela Schwesig, gegenwärtig Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern, hatte diese Erkenntnis bereits 2014. Damals, als Familienministerin, erklärte sie linken Extremismus für ein „aufgebauschtes Problem“. Und strich kurzerhand das einzige Programm der Bundesregierung, das sich gegen Linksextremismus wandte. Das ging so ziemlich stillschweigend über die Bühne, auch die CDU muckste sich kaum hörbar. Schwesigs Argument: Das vier Jahre zuvor von Kristina Schröder (CDU) eingeführte Programm habe sich als „völlig wirkungslos“ erwiesen. Ein Verein, der ein Anti-Gewalt-Training für straffällige linksextremistische Jugendliche anbot, habe nur einen Teilnehmer gefunden. Womit der Nachweis erbracht war, dass es linke Gewalt nicht gibt. Nachgebessert wurde auch später nicht. Das Ergebnis: Es gibt aktuell 28 Programme gegen extremistischen Islamismus, 26 Programme gegen Rechtsextremisten und nur sieben gegen Linksextremisten. Für die Kasse bedeutet das: 104 Millionen Euro in diesem Jahr gegen Rechts, 5,3 Millionen Euro in vier Jahre gegen linke Gewalt. Offenbar ist das für ein „aufgebauschtes Problem“ immer noch viel. *Klaus J. Groth*

MELDUNGEN

Kasernen-Umbenennung

Hannover – Die Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover soll in Tobias-Langenstein-Kaserne umbenannt werden. Langenstein fiel als Feldjäger am 28. Mai 2011 einem Anschlag im afghanischen Taloqan zum Opfer. Mit ihm würde erstmals ein gefallener Bundeswehrsoldat auf diese Weise geehrt werden. Die bisherige Namensgebung der Kaserne, die früher die Offizierschule des Heeres beherbergte und seit 2009 Sitz der Schule für Feldjäger und Stabsdienst ist, erinnert an den preußischen General Otto von Emmich und die französische Stadt Cambrai, in deren Nähe Ende 1917 die erste Panzerschlacht der Geschichte stattfand. Die erklärungsbedürftige Namenskombination ergab sich aus der Zusammenlegung der Emmich- und der Cambrai-Kaserne. Endgültig gescheitert ist Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hingegen mit ihrem Plan, die Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne im nordrhein-westfälischen Augustdorf umzubenennen. Die Soldaten des Standortes und die Kommune hatten sich vehement gegen eine Namensänderung gewehrt. *J.H.*

Rückgang in der Landwirtschaft

Berlin – Der vermehrte Einsatz modernerer Technik vernichtet immer mehr Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. So ist die Anzahl der hier tätigen Arbeitskräfte von knapp über einer Million im Jahr 2010 auf 940000 im Jahr 2016 gesunken. Das geht aus den Daten der Landwirtschaftszählung 2010 sowie der Agrarstrukturerhebungen der Jahre 2013 und 2016 hervor. Besonders eklatant war der Rückgang unter den Familienarbeitskräften von 556000 auf 449000. Auch bei den Saisonarbeitskräften ist ein starker Rückgang von 330000 auf 286000 zu verzeichnen. *J.H.*

Wirksame Grenzkontrollen

Deutsche Erfahrungen im Zuge des G 20-Gipfels

Kontrollen an den deutschen Außengrenzen zu den EU-Nachbarn sind laut dem Schengener Abkommen nur als befristete Ausnahme erlaubt. Zum G 20-Gipfel in Hamburg brach Europas Politik das Tabu für knapp über einen Monat. Das Ergebnis sind zahlreiche Festnahmen und der politisch brisante Beweis: Grenzkontrollen sind höchst wirksam.

Bis zum letzten G 20-Tag, dem ersten Julisonnabend, um Mitternacht sind 673 offene Haftbefehle für Straftaten aller Art an Deutschlands Grenzen vollstreckt worden, die nicht mit dem globalen Gipfeltreffen in Hamburg in Zusammenhang stehen. Das gaben Sicherheitskreise bekannt.

Die Kontrollen waren am 12. Juni eingeführt worden, um die Einreise von Gewalttätern im Umfeld des Gipfels zu verhindern. Sie wurden am 11. Juli plangemäß wieder aufgehoben. Der freie Warenverkehr in der EU wurde durch die Kontrollen nicht beeinträchtigt, denn sie fanden örtlich und zeitlich begrenzt und nicht flächendeckend statt. Die Politik begründete den Schritt mit „erhöhten Sicherheitsanforderungen“.



Örtlich und zeitlich begrenzt sowie nicht flächendeckend: Grenzkontrollen im Rahmen des G 7-Gipfels

Bild: pa

Der Erfolg der neuesten Überprüfungen steht im Widerspruch zu den politischen Formeln der Berliner Parteien von Herbst 2015 und Frühjahr 2016. „Wenn das Schengen-System zerstört wird, ist Europa dramatisch gefährdet – politisch und wirtschaftlich“, hatte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) im Januar 2016 gesagt. Der von der Politik beschworene Untergang Europas nach den Ausnahmen vom Abkommen ist aber ausgeblieben.

Auch die von deutschen Politikern harsch kritisierten dänischen Kontrollen haben sich bewährt. Vom Beginn verschärfter dänischer Grenzkontrollen Anfang 2016 bis zum Januar 2017 überprüfte die dänische Polizei nach eigenen Angaben 2,8 Millionen Menschen. Rund 2900 wurden an der Einreise gehindert und 220 Fälle von Menschenhandel festgestellt. Die grenznahe Industrie- und Handelskammer (IHK) in Flensburg konnte keine negativen Folgen für den grenzüberschreitenden Handel feststellen. *Sverre Gutschmidt*

AfD profitiert von Krawallen

SPD-Vize Stegner fürchtet nach dem G 20-Gipfel einen »Rechtsruck«

Nach dem vorläufigen Abklingen der Asylsucherwelle verschwand die Alternative für Deutschland zunehmend aus der öffentlichen Wahrnehmung. Nach den Krawallen von Hamburg deutet sich eine Trendwende an.

Die beiden Meinungsforschungsinstitute INSA und Forsa bilden die Gegenpole, wenn es um die AfD geht. Beim SPD-nahen Forsa schneidet die Protestpartei traditionell eher unterdurchschnittlich ab, während sie bei INSA stets besser wegkommt. Anfang vergangener Woche waren sich beide Agenturen wenigstens in der Tendenz einig. So legte die AfD bei Forsa um einen ganzen Punkt auf acht Prozent zu, während sie bei INSA von neun auf 9,5 Punkte kletterte. Interessant dabei ist, dass beide Institute die Bürger während der Krawalle in Hamburg befragten, als die politische Aufarbeitung bestenfalls begonnen hatte.

Die AfD sieht sich bestätigt. Die Partei wirft den Mitbewerbern vor, auf dem „linken Auge blind“ zu sein. Sie fordert ein Verbot gewaltbereiter Antifa-Gruppen und verweist darauf, dass sie während der vergangenen Wahlkämpfe permanenter Gewalt von links ausgesetzt gewesen sei. Der stellvertretende AfD-Vorsitzende und Spitzenkandidat Alexander Gauland begrüßte die „überfällige Debatte über den linken Extremismus“ und stellte fest: „Das wird uns sicher helfen.“

Diese Einschätzung teilt der brandenburgische AfD-Chef mit Ralf Stegner. Der zum linken Flügel der SPD gehörende stellvertretende Bundesvorsitzende fürchtet nach den Hamburger Krawallen einen „Rechtsruck, der Köln in den Schatten stellt“. Er spielte damit auf die Vorkommnisse um den

> INSA und Forsa sehen einen Aufwärtstrend bei der Alternative

Jahreswechsel 2015/2016 in der Domstadt an, als Hunderte Immigranten vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten eine regelrechte Jagd auf deutsche Frauen machten. Dieser Skandal bestimmte die Wahlkämpfe im Frühjahr 2016 und bescherte der AfD Rekordergebnisse in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

In dieser Situation versuchen Sozialdemokraten wie Stegner und auch Ex-Parteichef Sigmar Gabriel die Linksextremisten in die rechte Ecke zu schieben. Während ersterer sich angesichts der Hamburger Ausschreitungen zu der Bemerkung verstieg, Gewalttäter könnten nicht links sein, weil „die Gewalt zur DNA der Rechten“ gehöre, versuchte letzterer eine Gleichsetzung mit „Neonazis“.

„Deutlicher könnte man die bei den Sozialdemokraten vorherrschende Realitätsferne nicht darstellen, kommentierte dies die AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel. Bezeichnend sei zudem die fehlende Unterstützung für den Genossen Olaf Scholz, der als Erster Bürgermeister Hamburgs massiv und zu Recht in der Kritik stünde: „Hier ist es wie beim Thema Linksextremismus. Wird es unangenehm, sieht man dort, wo sich zuvor noch SPD-Politiker in der Öffentlichkeit sonnten, nur noch Staubwolken.“ Doch auch die CDU trage eine Mitverantwortung: „Schließlich wurde die Extremismusklausel, die eine Überprüfung verwendeter öffentlicher Mittel sicherstellte, von CDU und SPD gemeinsam abgeschafft.“

In Hamburg versucht währenddessen die AfD-Fraktion in der Bürgerschaft das Thema am Kocheln zu halten. Sie verlangt einen Untersuchungsausschuss zum Thema „Linksextremismus in Hamburg“. *Peter Entinger*

Mehr Tote als in Syrien

Das Krebsgeschwür der Gewaltkriminalität breitet sich immer weiter aus

Die viel kritisierte Mauer, die US-Präsident Donald Trump entlang der mexikanischen Grenze errichten lassen will, soll auch dem Zweck dienen, das Überschwappen der extremen Kriminalität aus dem Nachbarland zu verhindern. Mittlerweile geht es nämlich sogar in der irakischen Hauptstadt Bagdad sicherer zu als in einigen Regionen Mexikos.

In den vergangenen Monaten wurden die Vereinigten Mexikanischen Staaten von einer Gewaltwelle sondergleichen erschüttert. Seit Januar starben bereits über 10 000 Menschen durch Mörderhand – das sind 30 Prozent mehr als im ebenfalls schon recht blutigen Vorjahr und fast halb so viele, wie während des gleichen Zeit-raums in Syrien ums Leben gekommen sind. Ursachen für diese erschreckende Entwicklung, die sich in ähnlicher Weise auch in Ländern wie Honduras, El Salvador, Kolumbien, Venezuela und Brasilien vollzieht, gibt es mehrere.

Da wäre zum Ersten die wachsende Ungleichverteilung des Reichtums in Kombination mit hoher Jugendarbeitslosigkeit. Dazu kommen lasche Waffengesetze. Zwei Drittel aller Morde in den lateinamerikanischen Staaten werden mit Schusswaffen begangen, von denen die meisten aus den USA stammen – was zusätzlich für den Mauerbau spricht. Ebenso fördert das ineffiziente Strafverfolgungssystem die Kriminalität, weil die Täter zu Recht hoffen dürfen, unbehelligt zu bleiben. So landet derzeit nicht einmal jeder fünfte Mörder im Gefängnis.

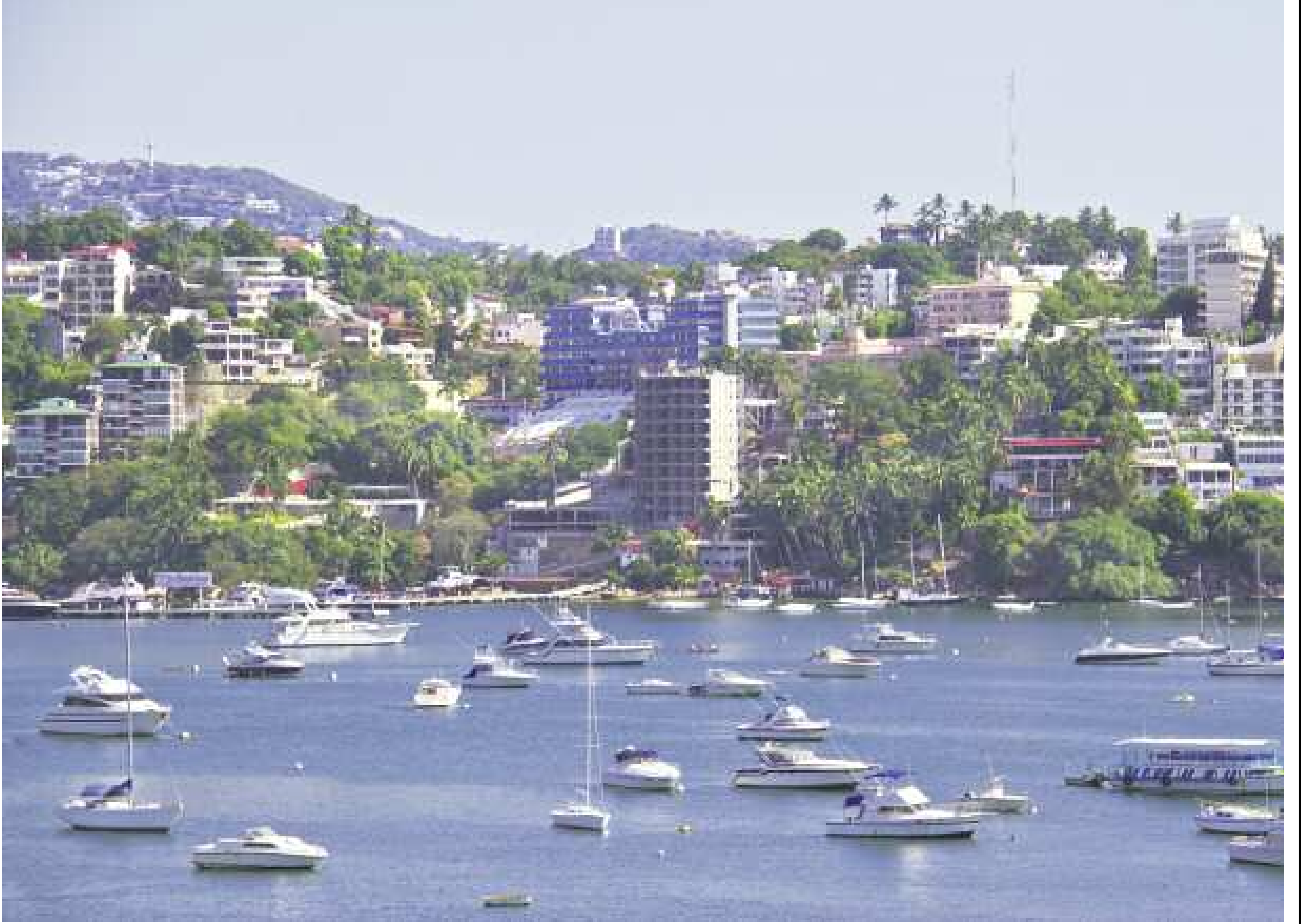
Warum Trumps Mauer hilfreich sein könnte

Die Hauptverantwortlichen für die Gewaltausbrüche sind die Drogenkartelle, auch „Narcos“ genannt. Zwar gehen Politik und Militär inzwischen oft sehr konsequent gegen sie vor, sodass in Mexiko seit 2012 immerhin 107 der 122 meistgesuchten Mafiabosse „neutralisiert“ werden konnten, doch verbessert das die Sicherheitslage keineswegs. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Durch den Wegfall der bisherigen Anführer entstand nämlich ein Machtvakuum in den Führungsebenen der Organisierten Kriminalität (OK), das erbitterte Nachfolgekämpfe ausgelöst hat. Diese toben in Mexiko derzeit besonders zwischen dem „alteingesessenen“ Sinaloa-Kartell und dem Cártel de Jalisco Nueva Generación sowie diversen kleineren Gruppierungen, die ebenfalls ein Stück vom Kuchen ergattern wollen. Diese Zersplitterung der Szene aufgrund der bisherigen Fahndungserfolge bringt die Staatsmacht in Mexiko inzwischen an ihre Leistungsgrenzen, zumal sich die „Narcos“ auch immer stärker mit der OK in Asien und Russland vernetzen.

Außerdem wäre da noch die allgegenwärtige Korruption. Die Kartelle, die jedes Jahr Umsätze im dreistelligen Milliardenbereich machen, führen zahlreiche Politiker und Angehörige der Strafverfolgungsbehörden auf ihren Gehaltslisten. Deshalb unterbleibt wohl auch der effektivste Schritt gegen die lateinamerikanischen Verbrechersyndikate, nämlich die konsequente Zerschlagung ihrer Finanz- und Logistikstrukturen.

Aus diesem Grunde kann sich das Krebsgeschwür der Gewaltkriminalität immer weiter ausbreiten. In Mexiko hat es seit Jahresanfang insbesondere die bisher als relativ ruhig geltende Halbinsel Yucatán mit ihren vielen beliebten Tourismusdestinationen erfasst. Dort machten 2016 noch zehn Millionen Gäste aus aller Welt Urlaub, was dem Land Einnahmen in Höhe von sechs Milliarden US-Dollar bescherte. Doch damit dürfte Schluss sein, wenn der Drogenkrieg nun auch in der Region zwischen Cancún und den Maya-Ruinen von Chichén Itzá eskaliert.

Wolfgang Kaufmann



Nur noch aus der Ferne glamourös: Acapulco

Bild: Colourbox

Zeitzeugen

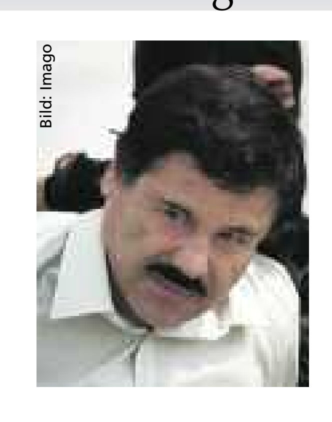


Bild: Imago

Joaquín Guzmán Loera alias „El Chapo“ („Der Kurze“) – Nach zwei spektakulären Gefängnisausbrüchen wurde der Chef des mächtigen Sinaloa-Kartells am 8. Januar 2016 zum dritten Mal verhaftet und später zur Aburteilung in die USA überstellt. Hierdurch entstand ein Machtvakuum in der Führungsspitze der Organisierten Kriminalität Mexikos, das nun verschiedene andere Drogenbarone zu füllen versuchen.

Carlos Vilalta – Für den Kriminologen vom mexikanischen Centro de Investigación y Docencia Económicas (Zentrum für wirtschaftliche Forschung und Lehre) in Mexiko-Stadt liegen die Ursachen der derzeitigen Verbrechenswelle in Lateinamerika auf der Hand: „Schwache Staaten, soziale Ungleichheit und gespaltene Gesellschaften haben es den Kriminellen ermöglicht, Stärke zu entwickeln und Fuß zu fassen.“



Bild: CF

Felipe de Jesús Calderón Hinojosa – Am 11. Dezember 2006 entsandte der damals gerade neu gewählte mexikanische Präsident 6500 Angehörige der Streitkräfte in seinen Heimatstaat Michoacán, um dort die Marihuana-Felder niederzubrennen. Diese Aktion markiert den Beginn des blutigen Konflikts zwischen dem mexikanischen Staat und den Drogenkartellen, in dem es inzwischen schon 190 000 Tote gab.

Leticia Rodríguez Lara alias „Doña Lety“ alias „La 40“ – Die jetzt in Cancún in Untersuchungshaft sitzende frühere Bundespolizistin wechselte vor einigen Jahren auf die Seite der Drogenmafia und sammelte Abtrünnige anderer Kartelle und weitere ehemalige Angehörige der Sicherheitsorgane um sich. Ihr Syndikat versucht momentan, besonders auf der Halbinsel Yucatán Marktanteile zu erobern, was zum Anstieg der Gewaltkriminalität entlang der bisher relativ sicheren Riviera Maya führte.



Bild: CF

José Miguel Fortín Magaña – Angesichts der Gewaltwelle in seinem Land sagte der Psychiater und frühere Direktor des Gerichtsmedizinischen Instituts in San Salvador: „Egal, ob nun Gangmitglieder, Polizisten oder Soldaten die Täter sind – dieser Strudel der Morde erinnert mich an den berühmten Satz: ‚Auge um Auge, und am Ende wird dann schließlich die ganze Welt blind sein.‘“

Ein trauriges Opfer der Kriminalität

Einst war Acapulco ein höchst mondäner Treffpunkt der Reichen und Schönen dieser Welt. In dem Badeort an der mexikanischen Pazifikküste sonnten sich unter anderen Brigitte Bardot, Frank Sinatra und die Kennedys. Außerdem wurde die Stadt in zahlreichen Liedern besungen und durch rund 250 Filme bekannt gemacht.

Heute ist die frühere Ferienmetropole die Kommune mit der höchsten Mordrate von ganz Mexiko, obwohl inzwischen schon 13 000 Marineinfanteristen und andere Soldaten sowie zusätzlich noch 6000 Bundespolizisten durch die Straßen patrouillieren. Verantwortlich für diese Entwicklung waren ungefähr 50 blutige Machtkämpfe zwischen ungefähr 50 verschiedenen Drogenkartellen, darunter die besonders gewalttätigen Gruppierungen La Barredora und Cida. Den Auseinandersetzungen zwischen den „Narcos“ fielen allein im Jahre 2015 fünf lokale Polizeichefs zum Opfer, die sämtlich auf den Gehaltslisten verschiedener miteinander verfeindeter Verbrechersyndikate standen. Darüber hinaus haben auch die Schutzgelderpressungen ein schier unerträgliches Ausmaß angenommen.

Acapulco ist in Anarchie versunken

Für den Tourismus ist das naheliegenderweise extrem geschäftsschädigend. Deshalb verlor Acapulco seit 2007 um die 80 Prozent seiner Gäste – inzwischen kommen fast bloß noch einheimische Urlauber aus dem 300 Kilometer entfernten Mexiko-Stadt. Und selbst diese Klientel verweilt im Durchschnitt nur drei Tage. Die Folge war die Schließung von über 600 Geschäften, Restaurants und Hotels. Ebenso legen kaum noch Kreuzfahrtschiffe im Hafen der Altstadt an, und die Zahl der internationalen Direktflüge nach Acapulco ging gleichfalls drastisch zurück.

Die aus der überbordenden Kriminalität resultierende wirtschaftliche Misere führte bereits Ende 2012 zum praktischen Bankrott der Stadt. Seitdem unterblieben selbst unbedingt notwendige Investitionen in die Infrastruktur. Damit verlor Acapulco auch noch den letzten Rest an Glamour und versank in kompletter Anarchie.

W.K.

Hochburgen des Mordes

47 der 50 gefährlichsten Orte der Welt liegen in Amerika

Abgesehen von den verschiedenen Kriegsgebieten ist das Leben nirgendwo gefährlicher auf der Welt als in manchen Städten Lateinamerikas. Das verrät die Statistik der mexikanischen Nichtregierungsorganisation Consejo Ciudadano para la Seguridad Pública y la Justicia Penal (CCSPJP, Bürgerrat für öffentliche Sicherheit und Strafjustiz) über das Jahr 2016.

Aus ihr geht hervor, dass weltweit rund 440 000 Menschen außerhalb von Bürgerkriegsregionen oder sonstigen militärischen Kampfzonen ermordet wurden. Das ergibt eine Quote von gut sechs Tötungsdelikten pro 100 000 Einwohner. Während die Mordrate in Deutschland mit 0,8 unterdurchschnittlich ist, liegen viele Gebiete auf dem amerikanischen Doppelkontinent deutlich über dem globalen Durchschnitt. Hierzu zählen die US-Metropolen St. Louis, Baltimore, New Orleans und Detroit mit 44 bis 60 Morden je 100 000 Einwohner. Doch das ist immer noch wenig im Vergleich zu Caracas (Venezuela), Acapulco (Mexiko) und San Pedro Sula (Honduras). In diesen drei unangefochtenen Hauptstädten der Gewaltkriminalität starben 2016 zwischen 112 und 130 von 100 000 Einwohnern durch Mord oder Totschlag.

An der Spitze stehen Caracas, Acapulco und San Pedro Sula

47 der 50 gefährlichsten Ortschaften der Welt liegen in den USA oder Lateinamerika. Dazu kommen die drei Verbrechenshochburgen Kapstadt, Durban und Nelson Mandela Bay in Südafrika. In Brasilien findet sich eine besondere Häufung von Städten mit hoher Mordrate. Zwar liegt der landesweite Spitzenreiter Natal mit 69 Tötungsdelikten je 100 000 Einwohner nur an zehnter Stelle der CCSPJP-Rangliste. Dafür nennt diese aber noch weitere 18 brasilianische Kommunen. Alles in allem fielen in dem Amazonasstaat knapp 60 000 Menschen Gewaltakten zum Opfer – also mehr als in Afghanistan, dem Irak und Syrien zusammen.

Gleichermaßen dramatisch sind die Zustände in Mexiko. Deshalb tauchen neben Acapulco ebenso auch Ciudad Obregón, Chihuahua, Ciudad Juárez, Mazatlán, Culiacán, Tijuana und Ciudad Victoria in der makaberen Zusammenstellung auf.

W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Kein Kraftzentrum, aber ...

Dicke Pluspunkte und dicke Minuspunkte erhält Berlin in einem Hauptstädtevergleich



Selfie zu viert: Drei junge Berlinerinnen und die Hauptstadt im Hintergrund. Die „Zwanglosigkeit" schätzen Neuzugezogene besonders

Bild: Imago

Während viele Berliner durch steigende Mieten, Verkehrschaos und lange Wartezeiten auf den Behörden genervt sind, übt Berlin auf Touristen und Zuzugswillige eine hohe Anziehungskraft aus.

Welche Magnetwirkung die deutsche Hauptstadt entfaltet, wird regelmäßig zu den Osterfeiertagen sichtbar. Wie schon in den Vorjahren kamen auch dieses Jahr zwischen Karfreitag und Ostermontag zwei Millionen Tagestouristen und Wochenend-Ausflügler. Ein Blick auf die Bevölkerungszahl macht die Dimension dieses Besucheransturms innerhalb weniger Tage deutlich. Berlin selbst hat nämlich nur rund 3,5 Millionen Einwohner. Zumindest in der Wahrnehmung ist der typische Berlin-Tourist eher jugendlich und genießt das Nachtleben in Berlins Szenevierteln. Ein Blick in die Statistik zeigt allerdings, dass die Berlin-Besucher im Durchschnitt etwa 40 Jahre alt sind. Für den typischen Berlinbesucher sind nicht die Berliner Kneipen und Clubs die entscheidenden Reisegründe, sondern Sehenswürdigkeiten, Kunst und Kultur sowie Stadtbild und Architektur.

Auch das Wachsen der Einwohnerzahl durch Zuzug hat bemerkenswerte Ausmaße. Allein im vergangenen Jahr ist die Bevölkerungszahl Berlins um 60 500 Menschen gestiegen. Allein dieser Bevölkerungsgewinn eines Jahres entspricht in etwa der Einwohnerzahl von Städten wie Offenburg oder Rosenheim. In den zurückliegenden fünf Jahren wuchs Berlin sogar um eine Viertelmillion Einwohner. Es gibt eine Reihe von Gründen für diese Attraktivität. Beinah regelmäßig erwähnen Touristen und Neuberliner, dass ihnen eine gewisse Zwanglosigkeit des Berliner Lebens auffällt. Diese weitverbreitete Lebensatmosphäre, die ein Stück weit an das fridericianische „Jeder nach seiner Façon" anknüpft, ist kombiniert mit einer vergleichsweise noch immer günstigen Lebenshaltung in Berlin.

> 3,5 Millionen Einwohner und zwei Millionen Touristen

Den teilweise drastisch gestiegenen Mieten zum Trotz gilt Berlin weiterhin als die preiswerteste Metropole Europas. Wer die Stadt besucht oder dort hinzieht, bekommt zum einen ein reichhaltiges Angebot an Großstadtleben und kulturellen Möglichkeiten wie in anderen Hauptstädten, muss aber dafür nur vergleichsweise niedrige Preise für Gastronomie, Nahverkehr und große Teile der Lebenshaltung zahlen. Im Ausland vielerorts undenkbar, brauchen in Berlin auch keine Studiengebühren gezahlt werden. Gerade für junge Menschen macht dieser Mix Berlin zu einer Topadresse für einen Kurzbesuch oder einen längeren Aufenthalt.

Aus Sicht vieler Alteingessener sieht dies oftmals etwas anders aus: Die Kehrseite der im Vergleich zu Paris oder London noch immer günstigen Lebenshaltungskosten sind nämlich immer noch vergleichsweise schwache Einkommen und das Etikett der „Hartz-IV-Hauptstadt" Deutschlands. Tatsächlich ist die Wirtschaftskraft noch immer ein großer Schwachpunkt Berlins und der gesamten Hauptstadtregion. Bei einer Untersuchung, die von der EU-Kommission im März dieses Jahres veröffentlicht wurde, schnitt Berlin-Brandenburg als einzige Hauptstadtregion in der EU schlechter ab, als der Durchschnitt des Landes. Gerade London und Paris wirken wie wirtschaftliche Kraftzentren für das ganze Land. Berlin rangiert dagegen noch immer weit abgeschlagen hinter Großräumen wie München oder Frankfurt.

> Das Regierungsviertel ist noch kein echter Teil der Stadt

Ein gutes Vierteljahrhundert nachdem der Bundestag seinen Umzug von Bonn nach Berlin beschlossen hat, fällt im Vergleich zu anderen Hauptstädten noch eine andere Berliner Besonderheit auf. Das Regierungsviertel mit Bundestag und Kanzleramt wirkt in Berlin noch immer wie abgekapselt, wie nicht dazu gehörend. Fortgesetzt schein damit ein Phänomen, dass schon vor dem Regierungsumzug mit der Redewendung „Raumschiff Bonn" oft beklagt und kritisiert wurde. Abzuwarten bleibt, ob das verstärkte Engagement des Bundes, etwa bei der Förderung des Berliner Kulturlebens, das Gefühl der kühlen Distanz noch abmildern und das Regierungsviertel ein wirklicher Teil Berlins wird.

Zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht stehen die Chancen für eine Aufholjagd Berlins nicht einmal schlecht. Berlin wird schwerlich den einstigen Rang als Europas größte Industriestadt wiederlangen können, allerdings sehen Experten für die Stadt auf einem anderen Gebiet ein großes Potenzial. Die Unternehmensberatung McKinsey bescheinigte bereits vor längerer Zeit der deutschen Hauptstadt, sie hätte beste Voraussetzungen, sich zur führenden Gründermetropole in Europa zu entwickeln. Zumindest in Deutschland ist Berlin bereits führend bei den Neugründungen, auf europäischer Ebene liefert sich Berlin allerdings mit Städten wie London, Paris und Stockholm einen harten Konkurrenzkampf als Standort für neue Internetunternehmen.

Norman Hanert

Freibrief für die »Antifaschistin«

Von Theo Maass

Die Scherben in Hamburg sind noch nicht weggeräumt und die vom linksextremen Pöbel zusammengeschlagenen Polizisten noch nicht aus dem Krankenhaus entlassen, da gibt es einen neuen Anschlag auf den Rechtsstaat. Die Rede ist von der „Politputze" Irmela Mensah-Schramm. Die 71-jährige Dame verbringt ihre Freizeit damit, alles, was sie für rechtsextreme Schmierereien oder NS-Propaganda hält, zu beseitigen. Dabei schreckt sie auch nicht vor Sachbeschädigung zurück. Mal muss eine Glasscheibe dran glauben, mal ein Firmenschild. Schuldig fühlt sie sich nicht: Die Menschenwürde habe einen höheren Wert für sie.

2016 war sie wegen Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe von 1800 Euro und einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden. Sie hatte sich die Fußgängerbrücke zur Autobahnauffahrt Hüttenweg in Berlin-Zehlendorf vorgenommen. Dort prangte der schwarze Schriftzug „Merkel muss weg". Mit Pink machte sie sich an die Arbeit und wandelte den – nicht unbedingt verurteilenswerten Spruch – in „Merke! Hass weg!" um. Ein Polizist sah sie dabei. Bald darauf steckte ein Strafbefehl in ihrem Briefkasten. Der damalige Verkehrssenator Andreas Geisel (SPD), der nun das Innenressort verantwortet, bestand seiner Zeit auf einer Strafverfolgung. Als das Urteil gesprochen war, legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und wollte eine härtere Strafe durchsetzen.

Inzwischen hat Berlin gewählt. Die SPD koaliert nun mit der „Linken" und den Grünen. Das Verkehrsressort hat die von den Grünen vorgeschlagenen Regine Günther inne. Sie will nicht nur den Autofahrern das Autofahren abgewöhnen, sondern betätigte sich auch gleich als „rettender Engel" für Irmela Mensah-Schramm und verzichtete auf weitere Strafverfolgung. Ein fatales Zeichen für den schleichenden Verlust der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland. Die „richtige" Gesinnung schützt vor Strafverfolgung.

Die links-grüne Hauptstadtpresse jubelt unterdessen. Die „taz" schreibt: „Es gibt so Themen, zu denen fällt einem gleichzeitig nichts mehr ein – und dennoch ganz viel. Dazu gehören die Versuche, die sogenannte Politputze Irmela Mensah-Schramm zu bestrafen und zu kriminalisieren." Das frühere SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" ist in seinem Überschwang kaum zu halten: „Verfahren gegen ‚Politputze' Mensah-Schramm eingestellt. Berliner Senatsverwaltung hat den Strafantrag zurückgenommen. Antifaschistin entfernt seit mehr als 30 Jahren rechte Schmierereien."

Ehrlich, mir fällt dazu nur das Zitat des jüdischen Patrioten Max Liebermann (1848–1935) ein: „Ick kann jarnich soville fressen, wie ick kotzen möchte."

Buschkowsky ist auch dabei

Eine Initiative fordert massive Videoüberwachung in Berlin

Berlins ehemaliger Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) will ein Bürgerbegehren für mehr Videoüberwachung in Berlin einleiten. Als prominenten Mitstreiter konnte er Neuköllns ehemaligen Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) gewinnen. Dessen Kommentar zum Vorhaben: „Filmen Sie mich von morgens bis abends. Ich lass mich lieber filmen als verkloppen. Ich habe kein Problem damit."

Am Kottbusser Tor könnten so etwa 20 Kameras installiert werden. Die Kriminalitätsschwerpunkte S- und U-Bahnhof Neukölln sowie die U-Bahnhöfe Kottbusser Tor und Alt-Rudow sollen so sicherer gemacht werden. Insgesamt 50 Kriminalitätsschwerpunkte sollen mit 2000 bis 2500 Videokameras geschützt werden. Die Initiative rechnet mit Gesamtkosten der Videoausweitung von maximal 50 Millionen Euro. Im ersten Schritt muss sie in sechs Monaten 20 000 Unterschriften sammeln. In einer zweiten Stufe müssen es 170 000 Stimmen werden. 2019 könnte es dann zu einer Volksabstimmung kommen.

Nicht gerade überraschend – auch nach dem G20-Gipfel in Hamburg – kam sofort Kritik an dem Vorstoß von den Grünen. Deren innenpolitischer Sprecher Benedikt Lux befand: „Eine flächendeckende Videoüberwachung in Städten wie London zeigt, dass die Kriminalitätsbelastung dadurch insgesamt nicht sinkt." Der Landeschef der Grünen Werner Graf: „Die CDU hat jahrelang versäumt, in diese Maßnahmen zu investieren, und will nun von ihren Versäumnissen ablenken, um sich im Wahlkampf mal wieder als Law-and-Order-Partei zu inszenieren."

> Kommt es 2019 zur Volksabstimmung?

Dieser Vorwurf ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen. Im September wird ein neuer Bundestag gewählt und Heilmann muss versuchen, in Berlin seinen Wahlkreis in Steglitz-Zehlendorf zu gewinnen. SPD-Innensenator Andreas Geisel gilt eher als „harter Hund", aber die Koalition seiner Partei mit Grünen und Linken schränkt ihn ein. So ist die an sich vermutlich von der großen Mehrheit der Berliner begrüßte Initiative nicht frei von taktischen Überlegungen des Machtgewinns- und -erhalts in Berlin. Ganz im Sinne der Regierungskoalition erklärte der Regierende Bürgermeister, Michael Müller: „Wozu soll es gut sein, in Reinickendorf oder Lichtenrade flächendeckend Kameras aufzuhängen? Aber wir müssen die Chance haben, es dort zu tun, wo es nötig ist, und das sind etwa zehn Orte in der Stadt. Da werden wir es dann auch tun." *Hans Lody*

»Nicht zimperlich«

Tschetschenen wollen in Brandenburg die Scharia durchsetzen

Die Berliner Polizei untersucht gerade eine Reihe von Gewalttaten, hinter denen Tschetschenen vermutet werden. Rund 100 von ihnen haben es sich anscheinend zur Aufgabe gemacht, hierzulande das islamisch-archaische Scharia-recht durchzusetzen. Laut Berliner „Tagesspiegel" sind in den letzten Wochen in der deutschen Hauptstadt zahlreiche Frauen und Männer von Scharia-Banden angegriffen worden. Opfer seien sowohl Muslime als auch Nichtmuslime, darunter offenbar auch christliche Asylbewerber. Auch das russischsprachige Internetportal „Meduza" hatte darauf hingewiesen, dass die Existenz der Gruppe unter Tschetschenen in Berlin wohl bekannt sei.

In Brandenburg, das schwerpunktmäßig für tschetschenische Asylbewerber zuständig ist, sind massive Probleme mit Bewohnern dieses Kaukasuslandes schon lange bekannt. Erst vor Kurzem sorgte ein Urteil gegen einen tschetschenischen Asylbewerber für Schlagzeilen. Der 32-Jährige hatte im November 2016 nach einem Streit mit einem Messer auf seine Frau eingestochen und sie dann aus einem Fenster im ersten Obergeschoss gestoßen. Danach war er zu ihr hinuntergerannt und hatte ihr die Kehle durchgeschnitten. Das Landgericht in Cottbus verurteilte ihn wegen Totschlags zu 13 Jahren Haft (siehe Seite 2).

> Hauptrolle in der Islamistenszene

Bereits vergangenes Jahr hatte Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) Schwierigkeiten mit Tschetschenen sehr offen angesprochen: „Es sind nicht alle. Aber einige machen wirklich Probleme. Mitunter werden Kleinigkeiten, kleine Streitigkeiten von Kindern zum Anlass genommen, um dann Bestrafungen durchzuführen. In einer Art und Weise, die völlig unangemessen ist. Da kommen dann plötzlich größere Gruppen, die alarmiert worden sind, und verprügeln die Eltern. Da sind sie nicht zimperlich."

Nach den Erkenntnissen von Landeskriminalamt und Verfassungsschutz spielen Tschetschenen zudem in der Islamistenszene Brandenburgs die Hauptrolle. Viele, häufig sogar kampferprobte Kämpfer, unterstützen das kaukasische Emirat. Dieses hat sich wiederum der Terrormiliz Islamischer Staat unterstellt. „Damit haben wir de facto, ob wir das wollen oder nicht, auch IS–Strukturen hier im Land Brandenburg", so die Einschätzung aus den Sicherheitsbehörden des Bundeslandes. Bundesweit wird die Zahl der Tschetschenen mittlerweile auf mindestens 60 000 geschätzt.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Streit mit Ryanair

Kiew/Dublin – Vier neue Linien nach Kiew und sieben Verbindungen von Berlin sowie weiteren EU-Städten aus nach Lemberg sollte das irische Billigflugunternehmen Ryanair ab Herbst bedienen. Doch nun hat Ryanair überraschend angekündigt, seine Ukraine-Pläne auf Eis zu legen. Als Grund gab Ryanair an, die Verhandlungen mit dem Kiewer Flughafen seien gescheitert, da die Leitung die „hochpreisigen Airlines schützen" wolle. Aus Sicht des Managements des Kiewer Flughafens hätten die Bedingungen von Ryanair, die unter anderem eine Beteiligung an Duty-Free-Einnahmen vorsahen, dem Flughafen einen Verlust von zirka 67 Millionen Euro beschert. *MRK*

20 Millionen Russen weniger

Moskau – Der Erhalt der Bevölkerung und die Geburtenförderung habe für Russland oberste Priorität, sagte Präsident Wladimir Putin kürzlich auf einer Konferenz zur demografischen Entwicklung: Denn es gibt immer weniger Russen. Zwar konnte die Sterblichkeitsrate bei Säuglingen um 40 Prozent gesenkt werden, dennoch gibt es zu wenige Frauen im gebärfähigen Alter. Im Zuge der veröffentlichten UNO-Statistik, die einen Anstieg der Weltbevölkerung auf knapp zehn Milliarden bis zum Jahr 2050 prognostiziert, wird der Anteil der russischen Bevölkerung von 143 Millionen heute bis 2050 auf nur noch 123 Millionen sinken. Um dem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken, hatte die Regierung bereits 2007 ein Förderprogramm für mehr Kinder aufgelegt, das sie nun erneuern will. Außerdem wurden die Hürden für Immigranten erleichtert, um dem Arbeitskräftemangel und der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. *MRK*

Ein verlorenes Jahr

Seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 plagen die Türkei vielfältige Probleme

In der Türkei haben seit dem Putschversuch vor einem Jahr über 100 000 Staatsbedienstete ihre Arbeit verloren. Das Land erlebt einen sogenannten Braindrain, eine zunehmende Flucht von Angehörigen der Funktionseliten. Und die Tourismusindustrie kriselt.

Es begann im Januar 2016. Damals unterschrieben viele Intellektuelle, die unter dem Namen „Akademiker für den Frieden" bekannt wurden, eine Petition, die von 90 Universitäten unterstützt wurde. Sie forderten das Ende der Ausgangssperren, der „Vernichtungs- und Vertreibungspolitik" gegen die kurdische Minderheit, des „Massakers", wie sie es nannten. Nachdem sich wenige Monate später Teile des Militärs erfolglos gegen Staatschef Recep Erdogan gestellt hatten, begannen Säuberungen. Als Drahtzieher des Putsches machten die Herrschenden vor allem kurdische Extremisten und Anhänger der Gülen-Bewegung aus. Auf den „schwarzen Listen" fanden sich auch nahezu alle Unterzeichner der Petition vom Januar 2016 wieder.

Viele Entlassene sollen seitdem versucht haben, sich selbstständig zu machen, um irgendwie über die Runden zu kommen. „Diejenigen, die in den Straßen Istanbuls und Ankaras Street Food verkaufen, sind heute nicht selten Wissenschaftler, Dozenten, Lehrer. Ihre Existenzen wurden zerstört", schreibt das Nachrichtenportal „Heise".

Viele der Entlassenen haben versucht, ins Ausland zu fliehen. Aber nicht selten ging mit einer Entlassung auch die Einziehung des Reisepasses einher, verknüpft mit dem Verbot, das Land zu verlassen. Fast allen werden Verbindungen zur Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen vorgeworfen, den die türkische Regierung für den Putschversuch verantwortlich macht. Auch zahlreiche Kurden, Linke und andere Regierungskritiker sind von den Kündigungen betroffen. Ein ordentliches Gerichtsverfahren hat in keinem der Fälle stattgefunden. Es herrsche eben Krieg, sagen Erdogans Anhänger, die in den vergangenen Tagen wieder auf die Plätze der Großstädte geströmt sind und „Demokratiewachen" abgehalten haben.

> »Die Opposition in der Türkei schöpft gerade enorme, neue Hoffnung«



Bild: pa

Nicht allen Türken ist zum Feiern zumute: Teilnehmer an den Jubiläumsfeierlichkeiten vom 15. Juli

„Endlos ist die Zahl der Verschwörer im Innern, infam der Verrat des Auslands, das Putschisten und Terroristen beschützt", zitiert der „Tagesspiegel" aus einer Kundgebung und berichtet von mehr als 50 000 „Putschisten", die im Gefängnis sitzen. Jeden Tag kämen neue dazu. Der „Tagesspiegel" hat in den vergangenen Wochen vor Ort recherchiert und sich heimlich mit Akademikern getroffen. Es sei schwierig, Leute zu finden, die öffentlich Stellung beziehen, schreibt das Blatt. Durchschnittlich um 28 Prozent sei die Zahl der Veröffentlichungen türkischer Wissenschaftler in diesem Jahr zurückgegangen. Aber noch lassen sich diese Zahlen nicht exakt belegen.

Auch das ZDF berichtete kürzlich über Unternehmer, die ihre Firma verloren haben, Richter, die abgesetzt wurden, junge Kadetten, die der Militärakademie verwiesen wurden, und Offiziere, die nach der Putschnacht geflohen sind. Für Erdogan steht außer Frage, wer für den Putsch verantwortlich war: der in den USA lebende Prediger Fethullah Gülen, bis zum offenen Zerwürfnis 2013 ein Weggefährte Erdogans. Er habe Wirtschaft, Polizei und Militär unterwandert, sagt Erdogan. Belege fehlen. Für schwere Verstimmungen in Ankara sorgte der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl, als er dem Magazin „Der Spiegel" im Frühjahr sagte: „Die Türkei hat auf den verschiedensten Ebenen versucht, uns davon zu überzeugen. Das ist ihr aber bislang nicht gelungen."

Dass das Klima zwischen Deutschland und der Türkei immer schlechter wird, bekommen vor allem die Angestellten in den Touristenhochburgen zu spüren. Die Buchungen im Sommer 2017 geben zwar erstmals wieder Hoffnung auf eine Besserung nach den katastrophalen Umsatzeinbußen im türkischen Tourismus. Die Zahlen liegen aber insgesamt noch unter dem ohnehin schwachen Vorjahr. Die Urlauber buchen die Türkei derzeit kurzfristig und profitieren vor allem von Dumpingpreisen. Betriebswirtschaftlich führen lassen sich derzeit nur die wenigsten Hotels in den Ferienregionen rund um Side oder Belek.

„Viele entscheiden sich für eine Türkeireise, wenn sie sehen, dass der Urlaub gut ein Drittel günstiger ist als in anderen Zielen", sagt Anja Braun, Pressesprecherin des deutschen Reiseanbieters TUI. Die Regierung in Ankara versucht daher, mit verstärkten Kooperationen Russen und Araber zu locken. Das Land ändere sich, wo man nur hinblicke, klagen Hotelbetreiber.

Wie ein Hohn wirkten die Einladungen, welche die Regierung zu den Gedenkveranstaltungen an ausländische Journalisten verschickte. Sie wurden gebeten, das Programm mit ihrer Teilnahme zu „beehren" – wegen der „äußerst großen Bedeutung für die Demokratie unseres Landes und der Welt". Die zeigten aber weniger Interesse an der Selbstinszenierung der Herrschenden, sondern suchten eher Kontakt zu den Organisatoren des Protestmarsches „Für die Freiheit", an dem am Ende rund zwei Millionen Personen teilgenommen haben. „Die Opposition in der Türkei schöpft gerade enorme, neue Hoffnung", sagte Türkei-Experte Udo Steinbach zu Focus-Online, „das war ein sehr wichtiger erster Schritt, der Erdogan nicht gefallen haben dürfte." *Peter Entinger*

Ende des Shuttle-Dienstes

Italiens harte Linie – Neue Regeln für die Rettung von Flüchtlingen

Rom möchte Ordnung in das Rettungswesen im Mittelmeer bringen. In Zukunft sollen nur noch Schiffe unter eigener Flagge oder im Auftrag einer EU-Mission freie Fahrt in italienische Häfen haben. Die Zeiten des Shuttle-Dienstes für Asylsucher sollen vorbei sein.

Italien erlebt derzeit einen starken Anstieg geretteter Bootsflüchtlinge an seinen Küsten. Allein in einer Juni-Woche sind an seinen Küsten 12 000 Asylbewerber angelandet. Seit Anfang des Jahres sind damit bereits 150 000 Geflüchtete ins Land gekommen, von denen allerdings nur 85 000 registriert wurden. Da im Sommer mit einem Anstieg der Zahlen zu rechnen ist, hat das Land beim Innenministertreffen der EU in Tallinn Alarm geschlagen. Italien will zukünftig keine nicht unter italienischer Flagge fahrenden Rettungsschiffe mit Flüchtlingen mehr an Land lassen.

Aus diesem Grunde hat Innenminister Marco Minniti in Tallinn einen „Verhaltenskodex für die an den Rettungseinsätzen für Migranten im Meer beteiligten NGOs" vorgelegt. In letzter Zeit waren einige NGOs in den Verdacht geraten, mit Schleppern gemeinsame Sache zu machen. So wurde von der italienischen Küstenwache beobachtet, dass von Rettungsschiffen Lichtsignale an die libysche Küste ausgesendet wurden und dass erst daraufhin Schlauchboote mit Flüchtlingen ausgelaufen sind. Solche Beihilfe zur Schleusung ist kein Kavaliersdelikt. Deshalb hat Italien für die an Rettungseinsätzen beteiligten NGOs spezifische Regeln festgesetzt, an die sie sich halten müssen, wenn sie zukünftig italienische Häfen anlaufen wollen.

Zu den elf Punkten des neuen Kodex gehört das strikte Verbot, libysche Hoheitsgewässer anzusteuern. Dies sei nur in Ausnahmesituationen erlaubt. Auch die Arbeit der libyschen Küstenwache in ihrem Hoheitsgebiet darf nicht behindert werden. Transponder oder Radargeräte dürfen zu keiner Zeit abgeschaltet werden. Jegliche Kontakte zwischen Rettern und Schleusern sind verboten, dazu gehören auch Telefonate und Lichtsignale. Die Schiffe der NGOs müssen mitsamt den Rettern den nächsten Hafen anlaufen. Sie dürfen ihre Fracht nicht mehr an die italienische Küstenwache oder internationale Missionen auf See übergeben, es sei denn, es liege ein Notfall vor. An Bord von NGO-Schiffen sollen zur Schleuserbekämpfung Fahnder der italienischen Polizei mitfahren dürfen. Die Rettungsschiffe müssen die Ortung von Asylsucherbooten noch vor Beginn des Rettungseinsatzes der italienischen Küstenwacht melden. Die NGOs werden auch aufgefordert, ihre Finanzierung offenzulegen.

> Schleuser-Schiffe der NGOs müssen sich an Kodex halten

Viele deutsche NGOs sind im Mittelmeer bei der Rettung von Asylsuchern unterwegs. Die erste war die „Cap Anamur" des verstorbenen Danzigers Rupert Neudeck, der bereits 2004 wegen der Rettung von 37 afrikanischen Flüchtlingen der Prozess gemacht wurde, weil man ihm Schleusung vorwarf. Erst 2009 wurden er und die Besatzung der „Cap Anamur" vom Vorwurf der Schleusung freigesprochen. Seit der Massenzuwanderung 2015 haben sich auch auf hoher See die rechtlichen Maßstäbe verwässert. Diese Periode versucht Italien jetzt zu beenden. Nur Schiffe der EU-Mission „Operation Sophia" und der EU-Grenzagentur Frontex sollen von dem Verbot nicht betroffen sein. Italien will mit dem neuen Kodex anderen EU-Staaten eine fairere Lastenverteilung abverlangen. *Bodo Bost*

Nicht mehr willkommen

Dänen schrecken ab – »Lykke-Per« und »Olsenbande« als Hindernis

Über die Hälfte der Bewerber um die dänische Staatsbürgerschaft haben 2016 die Prüfungen nicht bestanden. Dabei sind die Hürden nicht gerade hoch. Wer nicht mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist, kann nach einem siebenjährigen Aufenthalt ein „vollwertiger Danske" werden. Dazu muss man einen Wissenstest mit 40 Fragen (davon müssen 32 richtig beantwortet werden) bestehen, der das Basiswissen des dänischen Staatsbürgers abfragt.

Die Antragsteller sollten sich allerdings schon ein wenig mit dänischer Geschichte und Kultur beschäftigt haben, bevor sie den Fragebogen ausfüllen. Zudem sind ausreichende Kenntnisse der dänischen Sprache für den Alltagsgebrauch erforderlich.



Bild: imago

Fehlende Bildung: An der Olsenbande gescheitert

Wie schon im Jahr zuvor wurden von den Befürwortern einer multikulturellen Gesellschaft die Tests als zu schwer kritisiert. Dabei fielen vor Jahresfrist 63 Prozent der Bewerber durch. Bei einer tolerierten Ausfallquote von 20 Prozent der Fragen, die falsch beantwortet werden dürfen, ist das schon beachtlich, wenn man bedenkt, dass die Bewerber künftig als Staatsbürger eine Stütze des Gemeinwesens werden wollen.

Dänemark gibt seine Staatsbürgerschaft nicht zum Nulltarif her. Von der dänischen Volkspartei über die liberale Venstre bis zu den Sozialdemokraten gibt es inzwischen einen politischen und gesellschaftlichen Konsens darüber, dass Dänemark dänisch bleiben soll. Nur vier kleine linke und linksextreme Parteien im Königreich sind da anderer Meinung. Sie stellen aber nur 38 Abgeordnete in dem 179 Sitze umfassenden Folketing. Da die Sozialdemokraten nach den kommenden Wahlen eine Koalition mit der Dänischen Volkspartei nicht ausschließen – sie hätten zusammen die Mehrheit –, wird sich an diesem Grundsatz nichts ändern.

Im Vorjahr erwies sich die Frage nach dem Autor des Romans „Lykke-Per" (Pontoppidan) als zu schwer. Auch die Frage, wie die Zeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der die dänische Kultur aufblühte, genannt wurde (Goldenes Zeitalter), konnten 54 Prozent der Möchtegern-Dänen nicht beantworten. Im Jahr zuvor erwies sich die legendäre Olsenbande als „Stolperstein".

Immerhin wussten 94 Prozent der Bewerber, dass in Dänemark Gerichte die „juristische Macht" haben und dass 94 Prozent der Gastarbeiter Dänemarks aus der Türkei, Jugoslawien und Pakistan stammen. Der Nachschub an Neu-Dänen wird von der politischen Führung reduziert. 2016 kamen monatlich einige 100 Asylbewerber nach Dänemark. 2015 gab es noch 21 000 Asylgesuche. Ministerpräsident Rasmussen will Dänemark für ungebetene Gäste möglichst unattraktiv machen. *Hans Lody*

Droht wirklich Fachkräftemangel?

Die Digitalisierung des Wirtschaftslebens wird auch viele anspruchsvollere Arbeitsplätze gefährden

Von Arbeitgeberseite wird unter Hinweis auf einen unterstellten Fachkräftemangel eine systematische Anwerbung von Ausländern gefordert. Doch droht Deutschland wirklich ein Fachkräftemangel?

„Fast 700 000 Versicherte haben inzwischen die neue abschlagsfreie Rente mit 63 in Anspruch genommen. Das hat für Betriebe und Beitragszahler schmerzhafte Folgen“, klagt der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer. Zeitungen der Funke-Mediengruppe zitieren den Arbeitgeberpräsidenten auch mit der Forderung, es müssten systematisch Fachkräfte aus anderen Ländern angeworben werden, „auch aus europäischen Nachbarstaaten, wo Arbeitslosigkeit herrscht“.

Hintergrund ist die Tatsache, dass, während in Deutschland die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenquote mittlerweile unter die Vier-Prozent-Marke gefallen ist, der europäische Durchschnittswert gut fünf Prozentpunkte darüber liegt. Länder wie Spanien und Griechenland weisen sogar Arbeitslosenquoten von über 20 Prozent auf.

Die Agentur für Arbeit schließt sich den regelmäßig laut werdenden Klagen über einen generellen Mangel an Fachkräften nicht an. In der „Fachkräfteengpassanalyse“ der Agentur ist etwa zu lesen: „Aktuell zeigt sich nach der Analyse der Bundesagentur für Arbeit kein flächendeckender Fachkräftemangel in Deutschland.“ Die Arbeitsmarktexperten bestätigen lediglich, dass es in einigen Regionen und Branchen schwieriger sei, gute Arbeitskräfte zu finden als in anderen. Unter den marktwirtschaftlichen Bedingungen von Angebot und Nachfrage gäbe es für dieses Problem allerdings eine sehr effiziente Lösung, nämlich größere finanzielle Anreize, sprich höhere Gehälter.

> Die Arbeitgeberseite fordert mit Hinweis auf den unterstellten Mangel eine systematische Anwerbung von Ausländern

Skepsis hinsichtlich des Geredes vom Fachkräftemangel ist auch aus einem anderen Grund angebracht. Mit der zunehmenden Digitalisierung des Wirtschaftslebens steht der deutsche Arbeitsmarkt vor einem tiefgreifenden Umbuch. Die Zunahme bei der Rechnerleistung, die Vernetzung über das Internet und die Entwicklung künstlicher Intelligenz haben dazu geführt, dass sich inzwischen immer mehr Routineaufgaben durch Computerprogramme lösen lassen.

Welche Dimensionen diese Entwicklung annehmen wird, zeigt eine Untersuchung der Unternehmensberatung A.T. Kearney aus dem Jahr 2015 auf. Demnach weist fast ein Viertel, nämlich 300 von 1300 untersuchten Jobprofilen auf dem deutschen Arbeitsmarkt in den nächsten beiden Jahrzehnten ein hohes Automatisierungsrisiko auf. Zu den Berufsgruppen, die sich durch die Digitalisierung auf große Veränderungen einstellen müssen, gehören künftig nicht nur Arbeiter im Blaumann, sondern auch viele kaufmännische Angestellte und Akademiker, die bislang als unersetzbar galten. Die Fortschritte bei der künstlichen Intelligenz werden sich nämlich zunehmend auch auf Berufe auswirken, die bislang als zukunftssicher galten. Als besonders hoch wurde die Wahrscheinlichkeit einer Automatisierung bei Büro- und Sekretariatstätigkeiten, bei Berufen in Verkauf und Gastronomie, im kaufmännischen Bereich und in der technischen Betriebswirtschaft eingeschätzt.

„In 20 Jahren wird fast die Hälfte der heutigen Arbeitsplätze in Deutschland durch Roboter ersetzt werden, die die Jobs effizienter erledigen können“, so die Einschätzung, die der Europachef von A.T. Kearney bereits vor zwei Jahren abgab. Vor diesem Hintergrund könnte das derzeit zu beobachtende Sinken der Arbeitslosenquote bereits in einigen Jahren wieder beendet sein. Zumindest in einer Übergangsphase könnte dann auf Deutschland sogar eine Zeit sehr drastisch steigender Arbeitslosenzahlen zukommen.



Schon jetzt kostet die Automatisierung viele Arbeitsplätze: Fahrerlose Transportsysteme bei Volkswagen in Zwickau Bild: Imago

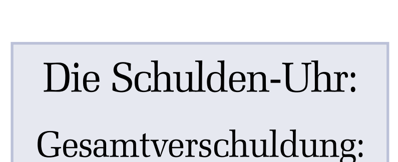
Allerdings steckt in der Digitalisierung auch eine große Chance für Deutschland. So ist absehbar, dass die Technologie nicht nur viele Arbeitsplätze wegfallen lassen wird, sondern langfristig auch völlig neue Berufe entstehen. Ökonomen der Unternehmensberatung Accenture haben berechnet, dass bei einem breiten Einsatz künstlicher Intelligenz die Wirtschaftsleistung in Deutschland Mitte der 2030er Jahre um jährlich drei Prozent wachsen könnte. Der prognostizierte Wert liegt deutlich über den derzeitigen Wachstumsraten. Dieser Wachstumsschub könnte sich zu einer Zeit einstellen, in der sich in der deutschen Gesellschaft immer stärker die Folgen der Überalterung der Gesamtbevölkerung bemerkbar machen. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Unklares Urteil

Nürnberg – Ist das Tarifeinheitsgesetz der Arbeitsministerin Andrea Nahles rechtens? Soll es kleinen Fachgewerkschaften wie der Pilotenvereinigung Cockpit oder dem Bund Deutscher Forstleute verboten sein, eigene Tarifverträge durchsetzen? Darüber urteilte jetzt das Bundesverfassungsgericht. Das Urteil ist von großer Tragweite. Das Tarifeinheitsgesetz beschränkt die Macht der kleinen Gewerkschaften. Es verhindert wochenlange Streiks, in denen einzelne organisierte Berufsgruppen wie etwa die Lokführer den deutschen Bahnverkehr nahezu lahmlegen. Eindeutig fiel der Nürnberger Richterspruch allerdings nicht aus. Zwar wurde das Tarifeinheitsgesetz grundsätzlich bestätigt – aber mit mehreren Einschränkungen. Außerdem bleibt das Urteil in entscheidenden Punkten sehr vage. So darf eine größere Gewerkschaft den Tarifvertrag der kleinen nur dann verdrängen, wenn vorher deren Interessen „ernsthaft“ und „wirksam“ berücksichtigt wurden. Eine nähere Erklärung dazu blieb aus. Außerdem hat die kleinere Gewerkschaft weiterhin das Recht, dem Arbeitgeber ihre Vorstellungen vorzutragen. Derzeit interpretieren praktisch alle Streitparteien das Urteil zu ihren Gunsten. *FH*

(siehe dazu auch den Pro- und Kontra-Kommentar auf Seite 8)



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.986.921.539.589 €
Vorwoche: 1.986.886.547.488 €

Verschuldung pro Kopf:
24.178 €
Vorwoche: 24.177 €

(Dienstag, 18. Juli 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Energiewende light

Frankreich folgt nur halbherzig dem deutschen Vorbild

Der Bundesregierung genügt es nicht, im eigenen Land eine Energiewende vollzogen zu haben. Am deutschen Wesen soll die Welt genesen, und so soll Frankreich dem deutschen Vorbild folgen. Die deutsche Regierung fordert vehement die Schließungen französischer Kernkraftwerke. Ihr ist vor allem das Werk im lothringischen Cattenom ein Dorn im Auge, das nur wenige Kilometer von der saarländischen Grenze entfernt steht. Auch die benachbarten Luxemburger machen Front gegen dieses Werk, in dem es im vergangenen Jahr zu mehreren Störfällen gekommen ist, die allerdings alle glimpflich verliefen.

Frankreich, bislang eine Hochburg der Kernenergie, betreibt zurzeit 58 Reaktoren, die drei Viertel des französischen Stroms produzieren. Nach Angaben des französischen Umweltministers Nicolas Hulot könne man aber mittelfristig bis zu 17 Atomreaktoren abschalten. Dies sei wegen des Energiewende-Gesetzes nötig, das eine Reduzierung des Kernkraftanteils an der Stromproduktion auf 50 Prozent bis 2025 vorsehe, sagte er dem französischen Radiosender RTL. Das Ziel einer Senkung des Atomstromanteils war vor zwei Jahren während der Präsidentschaft des Sozialisten François Hollande beschlossen worden.

Doch die Umsetzung der Energiewende in Frankreich verläuft schleppend. So gibt es bisher nur für das Atomkraftwerk Fessenheim einen Plan zur Schließung, und selbst diese im Elsass und damit ebenso wie Cattenom nahe der deutschen Grenze gelegene Anlage soll erst 2019 vom Netz gehen, wenn dafür ein neues Werk an den Start geht. Das hat die Électricité de France SA (EDF) noch unter der Präsidentschaft von Hollande durchgesetzt. Die zu 83 Prozent im Staatsbesitz befindliche Elektrizitätsgesellschaft ist ein großer Arbeitgeber, ein im krisengeschüttelten Frankreich nicht unerheblicher Faktor.

> Der internationale Trend geht zurzeit zur Kernkraft

Viele der Reaktoren sind inzwischen in die Jahre gekommen, und in spätestens zehn Jahren wird Frankreich vor der Frage stehen: stilllegen oder modernisieren. Folgt die Grande Nation statt der Bundesrepublik und der Schweiz dem internationalen Trend, entscheidet sie sich gegen eine Stilllegung. 20 neue Reaktoren seien in den vergangenen zwei Jahren ans Netz gegangen, erklärt der Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Yukiya Amano. Damit produzierten in 30 Ländern 449 Reaktoren die größte bisher installierte Leistung von 392 Gigawatt. 60 Reaktoren seien im Bau, vor allem in Asien.

Vor wenigen Wochen hat US-Präsident Donald Trump eine Wende in der heimischen Energiepolitik angekündigt, allerdings hin zu mehr Exporten und Atomkraft. Sein Land stehe vor einer „goldenen Ära“, in der es durch eine dominierende Rolle am Energiemarkt seine weltweite Vormachtstellung untermauern werde. Seine Regierung werde nach Wegen suchen, um der heimischen Nuklearindustrie zu einer Renaissance zu verhelfen. Es gelte, die Atomenergie im Vergleich zu Erdgas und sogenannten Erneuerbaren Energien wettbewerbsfähiger zu machen.

Die Energiewende, das milliardenschwere Lieblingsprojekt von Angela Merkels Bundesregierung, hat bis heute also keine nennenswerten Nachahmer gefunden. Für die deutsche Wirtschaft ist dies ein massiver Wettbewerbsnachteil. *Peter Entinger*

Yuan statt US-Dollar

Die VRC will ihre Währung im internationalen Ölhandel etablieren

Die Bemühungen der Volksrepublik China (VRC), die eigene Währung als Konkurrenz zum US-Dollar im internationalen Ölhandel zu etablieren, werden konkreter. Nachdem dies schon länger angekündigt worden war, soll in diesem Jahr nun am Finanzmarkt in Shanghai der Handel mit Ölpreiskontrakten auf der Basis der chinesischen Währung beginnen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist an den Märkten die Notierung von Rohölpreisen in US-Dollar der Standard. Die fast ausschließliche Dollarfakturierung gilt als ein Grundbaustein für den Status des US-Dollars als Weltleitwährung.

Chinas Bemühungen, im internationalen Handel dem Dollar Konkurrenz zu machen, sind mittlerweile nicht mehr zu übersehen. Die Ausgangsbedingungen für die Chinesen sind günstig. Das Reich der Mitte hat die Vereinigten Staaten als weltweit größten Importeur von Rohöl abgelöst. Dies liegt zum einen am gewachsenen Bedarf der Chinesen, aber auch an der gestiegenen Nutzung heimischer Ölvorkommen in den USA. Entsprechend groß ist inzwischen die Verhandlungsmacht der chinesischen Führung, aber auch das Interesse öl- und gasproduzierender Staaten am Kunden China.

Recht eng sind die wirtschaftlichen Kontakte der Chinesen inzwischen zu Katar. Noch dominiert im Handel zwischen dem Emirat und der Volksrepublik der US-Dollar, allerdings wurden nach Angaben des US-Senders CNBC in den vergangenen zwei Jahren bereits Renminbi-(Yuan)-Geschäfte im Volumen von umgerechnet 86 Milliarden Dollar über den Yuan abgewickelt. So ist in Katars Hauptstadt Doha seit dem Jahr 2015 eine chinesische Verbindungsbank aktiv, über die Teile des bilateralen Handels in Yuan abgewickelt werden.

> China hat die USA als größten Importeur von Rohöl abgelöst

Im März dieses Jahres war der saudische König Salman bin Abdulaziz in Peking und hat Absichtserklärungen und Investitionsvereinbarungen im Wert von 65 Milliarden Dollar unterzeichnet. Teil der Vereinbarungen war eine chinesisch-saudische Kooperation nicht nur in der Raumfahrt, sondern auch in den Bereichen Finanzen und Energie. Bereits seit dem Jahr 2015 ist China wichtigster Handelspartner der Saudis. Sollten die Saudis eines Tages die Bezahlung ihrer Öllieferung in Yuan statt in Dollar akzeptieren, könnte es wegen der wichtigen Rolle der Saudis in der OPEC zu einem Dominoeffekt kommen.

Trotz der gewachsenen Bedeutung Chinas als Absatzmarkt für saudisches Öl dürfte sich die Führung in Riad einen solchen Schritt allerdings reiflich überlegen. Die Gegenleistung für die saudische Dollarfakturierung im Ölhandel war bislang nämlich der militärische Schutz des saudischen Königreiches durch die USA, und da haben die Chinesen bis jetzt noch nichts Adäquates anzubieten.

Bei dem Versuch, den US-Dollar abzulösen, könnten die Chinesen wertvolle Schützenhilfe von Russland erhalten. Die Russen scheinen den Saudis die Rolle als wichtigster Öllieferant Chinas zunehmend streitig zu machen. Laut Zahlen der Zollstatistik übertrafen im Jahr 2016 erstmals die russischen Öllieferung in das Reich der Mitte diejenigen Saudi-Arabiens. Bereits im Juni 2015 berichtete die „Financial Times“, dass Russlands drittgrößter Ölförderer Gazprom Neft seine Öllieferungen über die Ostsibirien-Pazifik-Pipeline in der chinesischen Landeswährung abrechnet. *N.H.*

Cockpit und Co.

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (siehe Seite 7) hat die umstrittene Rolle kleiner Gewerkschaften bei Tarifstreitigkeiten wieder in den Fokus gerückt. Sind Cockpit und Co. ein notwendiger Garant für Einkommensgerechtigkeit oder sind es habgierige Vereinigungen, die sich auf Kosten des sozialen Friedens bereichern?

Pro

Wo zwei Juristen, dort gibt es drei Meinungen. Deshalb hilft eine Wertung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes hier nicht weiter. Schauen wir uns stattdessen die einschlägigen Sachverhalte an. Die Gewerkschaften des DGB verlieren Mitglieder. Die Lohnentwicklung in Deutschland ist im europäischen Vergleich spärlich. 3,1 Millionen Menschen in Deutschland verdienen trotz Arbeit so wenig, dass sie als arm gelten. Von 2008 bis 2013 ist dies ein Plus von 25 Prozent. Vertreten die DGB-Gewerkschaften mit Nachdruck die Interessen der arbeitenden Bevölkerung?

Das Gesetz zur „Tarifeinheit", das Arbeitsministerin Andrea Nahles durch Bundestag und Bundesrat gebracht hat, ist ein Gefälligkeitsgesetz, um den schwindsüchtigen DGB zu stärken. Die nun benachteiligten Gewerkschaften, der Beamtenbund, die Gewerkschaft der Lokführer, die Ärztegewerkschaft Marburger Bund, die Pilotengewerkschaft und die des Bodenpersonals haben fast immer bessere Lohnergebnisse erreicht als der rote DGB. In einer Zeit, wo eine steigende Anzahl von Arbeitnehmern nicht mehr vom selbstverdienten Lohn leben kann, ist das eine wichtige Frage für die „Mitte der Gesellschaft". Zudem sind fast alle kleinen Fachgewerkschaften bürgerlich orientiert, während der DGB von der SPD, den Linken und sogar von den Grünen dominiert wird. *Klaus Gröbig*

Der Verfasser ist freier Personalrat bei der Deutschen Rentenversicherung Bund

Contra

Dass die Spezialgewerkschaften von Lokführern, Ärzten und Piloten oft bessere Lohnergebnisse erreichen als der DGB wäre ja durchaus begrüßenswert – wenn sie diese nicht nur für ihre eigene kleine Klientel erkämpfen würden, die in der Regel ohnehin meist schon innerhalb der Betriebsbelegschaften privilegiert ist. Häufig resultiert ihre privilegierte Stellung aus ihrer großen Bedeutung für den Betriebsablauf, was ihre Streiks besonders wirkungsvoll und sie deshalb besonders streikfreudig macht. Wer also weder eine zunehmende Lähmung unserer Volkswirtschaft durch Streiks noch die von kleinen Funktionseliten-Gewerkschaften unsolidarischerweise angestrebte stärkere Gehaltsspreizung in den Betrieben will, muss das Urteil des Bundesverfassungsgerichts begrüßen.

Wer das Grundprinzip: ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarif ablehnt, möge sich die Wirtschaft Großbritanniens vor der Thatcher-Ära ansehen. Sie war statt der für die Bundesrepublik typischen Branchen- von starken Berufsgewerkschaften geprägt. Durch die enge Verzahnung Angehöriger unterschiedlichster Berufsgruppen in einem modernen Industriebetrieb brauchten nur die Angehörigen einer Berufsgewerkschaft zu streiken, um gleich mehrere Branchen lahmzulegen. Das Ergebnis nannte man „englische Krankheit". Großbritannien hat diese Krankheit durch Margaret Thatchers bittere Medizin überwunden. Ich will nicht, dass ohne Not nun wir das alles durchmachen. *Manuel Ruoff*

Missglücktes Jubiläum

Von Gernot Facius

Wer es noch nicht mitbekommen hat: Der 31. Oktober ist diesmal bundesweit ein Feiertag – zur Erinnerung an Martin Luthers Thesenanschlag vor 500 Jahren. Doch seine evangelische Kirche hat ein Problem. Sie weiß nicht recht, was sie feiern soll, und das schlägt sich auch in den weit hinter den Erwartungen zurückbleibenden Teilnehmerzahlen des Reformationsjubiläums nieder – mehr Flop als Top. „Luther ist die Pleite des Jahres", titelte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung".

Mit Verlaub, das ist zu dick aufgetragen. Die Pleite betrifft eher seine Kirche in ihrer politisierten Gestalt, von welcher der Reformator sich wahrscheinlich mit einem derben Wut-Wort abwenden würde. Das Luther-Programm der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zeuge von einem umfassenden Harmoniebedürfnis, das jede Polarisierung vermeide und damit auch wenig Aufmerksamkeit auf sich ziehe, bemerkte der Theologieprofessor Friedrich Wilhelm Graf. Ein anderer seiner Zunft formulierte es drastischer: Man versuche, den Wittenberger zum „Schoßhündchen" zu machen, und weiche der Frage aus, ob die Reformation noch mehr als einen historischen Erinnerungswert habe. Um mit dem ZDF-Mann Peter Hahne zu sprechen, der vor einer „Wünsch-Dir-Was-Botschaft" gewarnt hat: Wo Luther draufstehe, müsse Bibel drin sein, sonst sei der Tatbestand des Etikettenschwindels gegeben. Eine Anspielung auf die zeitgeistaffine Deutung oder Umdeutung der Schrift. Die EKD-Verantwortlichen haben sich lange darum bemüht, die katholischen Bischöfe mit ins Boot zu holen, ein „Christusfest" sollte die Gemeinsamkeiten beschwören.

> Die Pleite betrifft eher seine Kirche als Martin Luther selbst

Das ist in einer wichtigen Frage misslungen. Der Rat der EKD hat sich für die „Ehe für alle" stark gemacht, ist also von der neutestamentlichen Sicht und von Luther abgerückt, nach der die Ehe als Verbindung von Mann und Frau besteht. Im Grunde ein ethischer Bruch mit Rom und den Orthodoxen, natürlich auch mit einem Teil der Evangelikalen, der das Jubiläum belastet. Pfarrer Ulrich Parzany, der Vorsitzende des „Netzwerks Bibel und Bekenntnis", nahm kein Blatt vor den Mut: Eine Kirche, die einen solchen „Fortschritt" zustimme, werde zum Speichellecker der Gesellschaft. Die Aufgabe der Kirche sei es, sich am Wort Gottes zu orientieren – und nicht an den wechselnden Moden der Zeit.

Muss man auch noch daran erinnern, dass sich der Mainstream-Protestantismus längst von Luthers Verurteilung des Korans als „schändliches Buch" distanziert hat und Warnungen vor dem Islam als „Dialog-Hindernis" bezeichnet? Man tut sich schwer mit dem Wittenberger.

In dieser Hilflosigkeit greift man zu knalligen Botschaften. In Bonn zum Beispiel lädt der evangelische Kirchenkreis mit dem Slogan „Luther – teuflisch gut" zu einer „Reformationsgala" ein.



Nach Angaben der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz die erste gleichgeschlechtliche Trauung der Landeskirche: Sven Kretschmer (l.) und Tim Schmidt-Kretschmer küssen sich nach dem Ja-Wort am 12. August vergangenen Jahres in der Marienkirche in Berlin

Bild: pa

Frei gedacht



Schadstoff-Emission durch Kinder

Von Eva Herman

Nein, so schnell wirft mich nichts mehr um. Ich habe viel erlebt, so manches davon wünsche ich meinem ärgsten Feind nicht. Inzwischen ist mir auch längst klar, dass eine gesunde Portion Neugier und reges Interesse an den Dingen, die unser Leben so gestalten, nicht immer nur angenehme Folgen haben. Im Gegenteil, manchmal wünsche ich mir, einfach nur noch dumpf und träge durch die Gegend dümpeln zu dürfen, bar jeder geistigen Bestandsaufnahmefähigkeit, ohne all die vielen Missstände wahrzunehmen, ohne auch ständig darüber nachzudenken, wohin dieser inzwischen überall grassierende Irrsinn, diese maßlose Verwirrung, uns noch führen wird. Bloß nicht denken, hämmert es dann zuweilen an meiner Schläfe, bloß bitte nicht denken! Aber wie soll man dieses Mantra einhalten, bei all der noch größeren Tollheit, die sich täglich neu vor uns auftut und inzwischen einem Turmbau zu Babel gleichkommt.

Hier nur zwei Themen der letzten Woche, darüber, was Menschen sich gegenseitig antun, im Namen von Fortschritt und Wissenschaft. Unsere so „fortschrittliche" Wissenschaft, die längst fortschreitet von den Grundpfeilern, die uns zumindest bis heute als Gemeinschaft zusammenhielten und letztendlich überleben ließen. Doch damit scheint es echt vorbei zu sein, rüsten wir uns vorsorglich für den Untergang. Lange kann es nicht mehr dauern.

Thema 1: Männer sollen Gebärmütter eingepflanzt bekommen, damit sie endlich selbst „Mutter" werden können. Als die Gynäkologin Dr. Arianna D'Angelo vom NHS-Fruchtbarkeits-Institut in Wales letzte Woche stolz verkündete: „Wir haben bereits Fruchtbarkeitskonservierung für Transgender, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr eigenes genetisches Kind zu haben", fürchtete ich kurz, hintenüber zu kippen. Der Unterschied, so die Ärztin, sei zwischen dieser Vorgehensweise und einer gewöhnlichen Geburt demnach nicht sehr groß. Ah, ja. Wusste ich bislang noch nicht, aber der Mensch lernt ja nie aus. Das „Bild"-Zeitung schrieb dazu: „Professor Steven Weyers vom Uni-Klinikum Gent/Belgien glaubt, dass Gebärmutter-Transplantationen für Männer in ‚vielleicht einem Jahrzehnt' Realität sein werden." Außer mit meinem Schwächeanfall möchte ich die Meldung nicht weiter kommentieren.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Thema 2: Kinder sind schlecht fürs Klima! Kein Fake, sondern Medien wie auch Wissenschaft scheint es bitterernst damit. Wir sollten uns auf eine neue, politisch korrekte Diskussion vorbereiten, sie kommt so sicher wie das Amen in der Kirche. Da strahlte der WDR-Hörfunk also am ersten Mittwoch dieses Monats eine Sendung aus mit dem Titel: „Was hilft gegen den Klimawandel?" Im Interview irrlichterten Moderatorin und Expertin durch einen offenbar von Intelligenz und Sachverstand gänzlich befreiten Raum. Schwedische Forscher legten nahe, so die also von der Sache mehr als überzeugt klingende, äußerst eifrige Reporterin, dass die Menschheit zwar schon einiges tue, um dem Klimawandel entgegenzutreten (etwas ältere Leser erinnern sich in diesem Zusammenhang bestimmt noch an die CO_2-Schadstoff-Ausstoß-Diskussion durch die von Blähungen geplagten Kühe dieser Erde), aber das alles reiche noch längst nicht. Denn da sitzt ein bislang unerkannter Feind! Und den haben diese beiden emanzipierten, wissenschaftlich ausgebildeten Radio-Damen nun entdeckt, entlarvt, gestellt, und – jawohl – man wird ihnen nicht mehr entkommen können!

Originalton der WDR-Moderatorin: „Schwedische Forscher legen nämlich nahe, dass wir das echte, heiße Eisen noch gar nicht anpacken – offenbar gibt es ein großes Tabu!" Die Moderatorin spricht die WDR-Reporterin Anne Preger an, eine offensichtlich renommierte, gewiss gut durchfeminisierte Mitarbeiterin: „Ja, um das Tabu jetzt doch mal anzupacken, was sind die schmerzhaften Fakten? Was sollten wir tun, damit die Erde nicht im Klimakollaps endet?" Preger pariert dienstbeflissen und beginnt aufzuzählen: Vier Dinge würden schwedische Forscher nennen, die alle mit Verzicht zu tun hätten, die aber „wirklich was bringen würden": „Nämlich aufs Auto verzichten, vegan essen, also auf Fleisch oder Milchprodukte verzichten, weniger Flugreisen, vor allem weniger Langstrecke, und das vierte ist – das ist eigentlich so das richtig große Tabu, über das bislang so gar nicht geredet wird: Kinder!" Nochmal: Kein Fake: „Der größte Beitrag, den ein einzelner Mensch leisten kann, um den Klimawandel einzudämmen, ist, weniger Kinder zu bekommen!" Im emanzipierten Brustton einer möglicherweise kinderlosen Karrierefrau geht es dann weiter mit derartig sinnbefreiten Argumenten, wie ich sie – ich gebe es ehrlich zu – in einer solch verquasten Grütze verrührt – noch nie zuvor in meinem Leben gehört habe: „So'n Kind setzt in seinem Leben ja dann auch wieder viele Treibhausgase frei und trägt zur Erderwärmung bei." Ja, Krutzifümpferl, dann sollten wir uns doch gleich alle am besten vom Acker machen, oder? Aber, diese sogenannte Radiodiskussion war noch nicht zu Ende. Denn die (inzwischen könnte ich fast wetten, dass sie kinderlos sein muss, diese WDR-Frau) also die Kinder, die würden ja dann auch wieder Kinder bekommen, und die auch wieder und so weiter. Na, was für eine Neuigkeit, oder? Auf diese Weise jedenfalls hatten wir Menschen, ich wiederhole es, unser Überleben gesichert. Aber jetzt? Pupsende Kinder, die später wieder pupsende Kinder bekommen, die auch in den tödlichen Diesel-Autos zur Kita gefahren werden, nee, da ist jetzt mal Schluss!

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Die wissenschaftlich hoch interessierte Frau referiert engagiert weiter: „Schwedische Forscher aus Lund haben das jetzt mal aufs Kalenderjahr umgerechnet, das ist ja wie Zins und Zinseszins, und wenn man sich das anguckt, dann ist der Effekt, den man auslöst, wenn man ein Kind weniger bekommt, zehn- bis 20-mal größer, als wenn man komplett aufs Auto verzichtet oder in dem Jahr dann keine Fernreise macht!"

Selbst die Moderatorin atmete kurz durch: Das sei in der Tat eine „heftige Ansage". Man hofft in dem Moment, dass sie beide schallend lachen und den gelungen Witz nun endlich aufklären möchten. Doch sie erörtern eisern weiter: „Ich frag mich, was das in der Konsequenz bedeutet ...", „die Dimension wird hier klar ...", „ja, aber was folgen kann daraus, ist ja nicht, dass eine Ein-Kind-Politik wie in China entsteht ...", die habe schließlich auch nicht für bessere Emissionswerte gesorgt, so die beiden Fachfrauen. Und dann kommt genau das, was ich schon befürchtet hatte: Man brauche jetzt dringend eine öffentliche, breit angelegte Debatte zu dem Thema. Denn schließlich würden nahezu alle Regierungen weltweit zwar über umweltverträgliches Verhalten diskutieren, aber „keine dieser Regierungen ermuntert die eigenen Bürger, über den Kinderwunsch nachzudenken und vielleicht ein Kind weniger zu kriegen". Es wird dann noch erläutert, dass ein Kind in unseren Breitengraden viel mehr Umweltgifte produziere als „ein Kind in Tansania".

Die beiden Damen hatten übrigens weder den aktuellen Babyboom in Deutschland erwähnt, noch die Prognose von 1,1 Millionen Schülern zusätzlich für die nächsten sieben Jahre, aufgrund der bedingungslosen Einwanderungspolitik der Bundeskanzlerin. Aber was soll's, wer weiß schon, ob die Menschheit bis dahin nicht längst im Emissionsnebel der Vergessenheit versunken ist.

Galerie der Schrumpfköpfe

Die 14. Kasseler documenta trumpft mit politischen Provokationen auf – Künstlerin setzt Sturmgewehre als Mittel der Kunst ein

Die Lage ist ernst. Aber das Publikum hat seinen Spaß: Die Kasseler Weltkunstausstellung documenta 14 will unsere traumatisierte Welt heilen.

Vom Zwehrenturm am Rande des Kasseler Friedrichsplatzes steigt Rauch auf. Hat dort der Schwarze Block gebrandschatzt? Oder gibt da jemand Rauchzeichen? Für den Qualm sorgen Rauchmaschinen, die Daniel Knorr auf das Dach des Turms gestellt hat. Er ist Teilnehmer der documenta, der weltweit am meisten beachteten Ausstellung zeitgenössischer Kunst. Ihr Stammsitz ist Kassel.

Doch diesmal ist alles etwas anders: Adam Szymczyk, dem künstlerischen Leiter der documenta, ist Kassel als Schauplatz nicht genug. Und so hat er Athen zum gleichberechtigten Gastgeber der Weltkunstausstellung erhoben. Dort läuft die documenta bereits seit April. Auch darauf weist Knorrs Rauch hin: Er lässt ihn zu den Öffnungszeiten der Athener Schau aufsteigen. Aber der in Bukarest geborene Künstler verbindet mit seinem Werk eine noch weit bedeutungsvollere Botschaft: „Der Rauch kann auch ein Mahnmal für den Frieden sein. Es brennt um uns, und es brennt in unseren Herzen."

Szymczyk und sein Kuratorenteam bieten Werke aus der Vergangenheit und eigens für die documenta hergestellte Arbeiten von über 160 Künstlern an. Die zeigen Gemälde und Grafiken, Skulpturen, Installationen und Videos oder führen vor den Besuchern künstlerische Aktionen (Performances) auf. Die Werke sind auf 30 Spielstätten und im Außenraum verteilt.

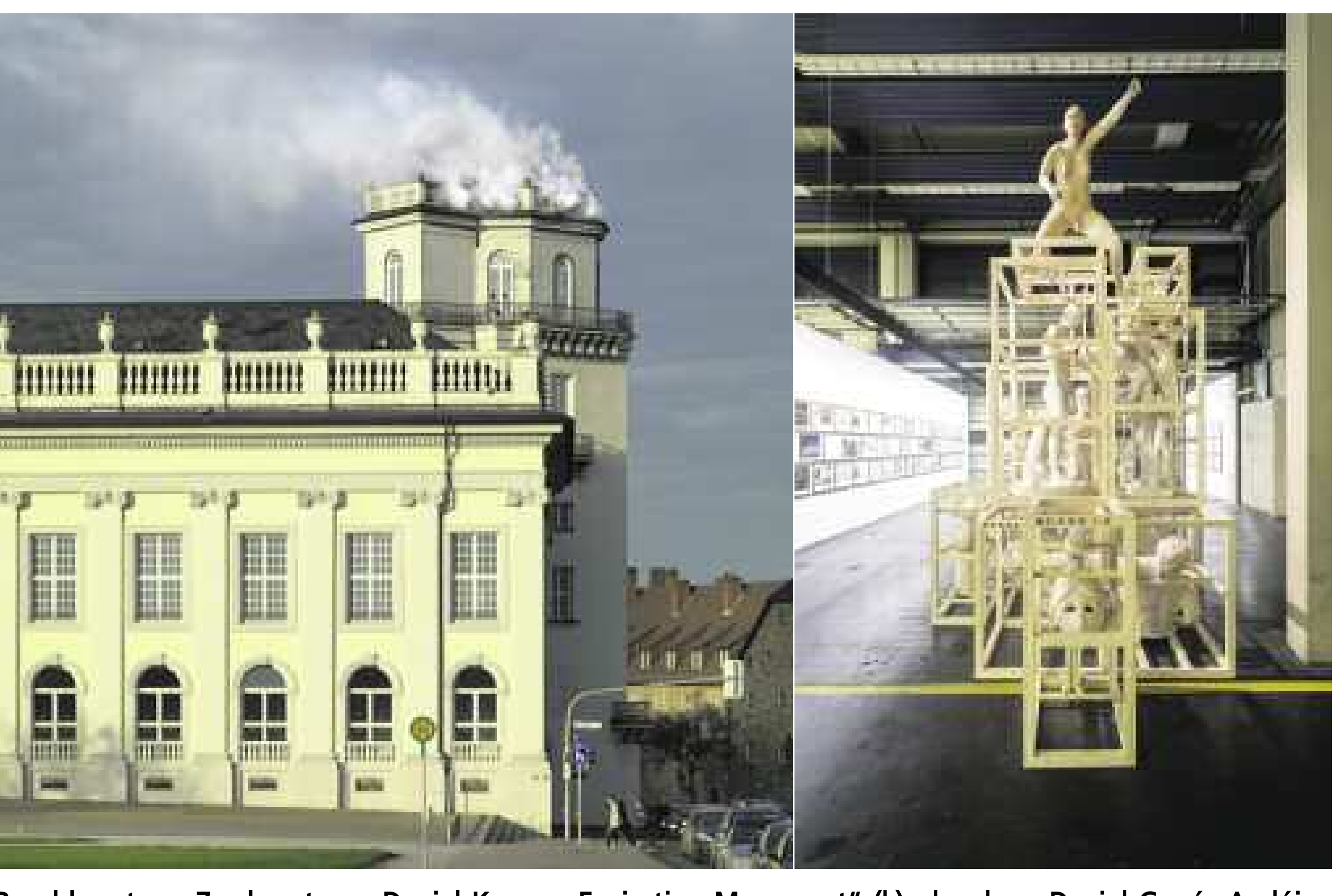
Zentrum der Schau ist seit der 1955 gezeigten ersten documenta der älteste Museumsbau des europäischen Kontinents: das Fridericianum. Diesmal ist es dazu ausersehen, Athen seinen Tribut zu zollen. In seine Säle sind Teile der Sammlung des Nationalen Museums für Zeitgenössische Kunst (EMST) eingezogen. Dafür ist der Stammsitz des EMST momentan eine der zentralen Spielstätten der documenta in Athen.

Im Fridericianum zeigen die Athener einige Werke griechischer und internationaler Künstler aus den letzten 50 Jahren. Katerina Koskina, die Direktorin des EMST, benennt die gemeinsamen Anliegen ihres Museums und der documenta: Es geht „um die soziale Rolle der Kunst und ihre Fähigkeit vorzuführen, unsere traumatisierte Welt bloßzustellen, zu verwandeln und zu heilen". Neben ihrem Wandtext befindet sich ein schönes Beispiel für diesen Anspruch.

Die Skulptur des Atheners Andreas Angelidakis sieht aus wie ein riesiger Panzer ohne Kanonenrohr. Er ist aus Sitzmodulen unterschiedlicher Form und Größe zusammengebaut. Es ist offensichtlich, dass man den „Panzer" verwandeln kann, indem man die Module anders arrangiert. Es kommt also immer darauf an, was man aus den Gegebenheiten macht.

Nicht alle Werke der documenta kommen so pointiert daher. Es gibt schier endlos erscheinende Fotoserien, Grafikfolgen und Anhäufungen von Archivalien, deren Bedeutung sich erst bei geduldigem Studium erschließt. Zuweilen sind die den Werken beigegebenen Kommentare eine nur mangelhafte Verständnishilfe. Den üblichen gedruckten „Kurzführer" gibt es nicht. Und das an seiner statt angebotene „Daybook" stellt zwar die lebenden documenta-Teilnehmer vor, aber nur gelegentlich ihre in Kassel präsentierten Werke.

Bei der Wanderung durch die Spielstätten stechen einige Beiträge ins Auge. Die Neue Galerie zeigt die Gemälde „Anatomy Lesson 1–3" des Inders K. G. Subramanyan, auf denen schmerzverzerrte Gesichter und verstümmelte Körper dargestellt sind. Der Künstler äußerte: „Man muss nicht in Anatomiesäle gehen, um zerstückelte Körper zu studieren. Man kann sie auf der Straße sehen. Straßen sind heute freie Spielfelder für wilde Männer auf der Pirsch, darauf aus, die Körper argloser Mitmenschen in die Luft zu sprengen."



Rauchkunst am Zwehrenturm: Daniel Knorrs „Expiration Movement" (l.), daneben: Daniel García Andújar, „The Disasters of War/Trojan Horse" Bilder: Daniel Knorr, VG Bild-Kunst, Bonn 2017, Bernd Borchardt / Mathias Völzke

Einige Räume weiter zeigt der Peruaner Sergio Zevallos eine provokante Installation. Zu der gehören „Schrumpfköpfe", die er bei künstlerischen Aufführungen hergestellt. Deren Grundlage sind dreidimensionale Porträts führender Köpfe aus Politik, Wirtschaft und Kultur – „menschenfressende Persönlichkeiten, deren Existenz der Auslöschung eines weiten Spektrums der Menschlichkeit gewidmet ist". Eines der „Opfer" ist Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen.

Nicht zimperlich ist auch die aus Guatemala stammende Künstlerin Regina José Galindo. Sie steht in einem Raum des Stadtmuseums, in den die Besucher durch vier Fenster schauen können. In jedes Fenster ist ein Modell des Sturmgewehrs G36 montiert. Das originale Sturmgewehr ist einer der weltweiten Exportschlager der deutschen Waffenindustrie. Mit den Gewehrmodellen können die Besucher auf die Künstlerin anlegen – und wer will, kann abdrücken. Aber nicht nur wie man sich als potenzieller „Täter" fühlt, lässt sich erkunden. Man kann auch die Stelle der Künstlerin einnehmen und auf sich zielen lassen.

Dass sich Menschen auf der Flucht zuweilen genötigt sehen, in stillgelegten Abflussröhren zu campieren, hat den Iraker Hiwa K zu seiner vor der documenta-Halle erbauten Installation inspiriert. Er lud befreundete Künstler ein, die in mehreren Reihen aufgestapelten Steinzeugrohre wohnlich einzurichten. Das Kunstwerk wird trotz seines ernsten Hintergrundes vom scharenweise angezogenen Publikum mit Belustigung aufgenommen.

Das gilt ebenso für die vom Mexikaner Antonio Vega Macotela in der Karlsaue aufgestellte „Mühle des Blutes". Ihr Vorbild sind Holzmaschinerien zur Silbergewinnung aus der frühen spanischen Kolonialzeit in Südamerika. Im Kreis laufende eingeborene Zwangsarbeiter schoben deren Antriebsstangen vor sich her. Offenbar will uns Macotela darauf hinweisen, dass die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eine lange Tradition hat. Doch auf der documenta ist davon niemand ergriffen. Freiwillige vor: Die Kinder und Erwachsenen an den Antriebsstangen verstehen die „Mühle des Blutes" als eine Art Fitness-Gerät, das beste Publikumsunterhaltung garantiert. *Veit-Mario Thiede*

documenta 14: Bis 17. September an zahlreichen Spielstätten und im Außenraum von Kassel. Geöffnet täglich 10 bis 20 Uhr, Tageskarte 22 Euro, Abendkarte (gültig ab 17 Uhr) 10 Euro, Telefon (0561) 7072770, Infos im Internet: www.documenta14.de

Zu kurz gekommen

TV-Studie: Frauen werden ungleichbehandelt

Frauen könnten im Fernsehen bald das Ruder übernehmen. Sollte Frauenschwarm Sascha Hehn als Kapitän das „Traumschiffs" jemals in ein Quotenloch manövrieren, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass er von einer Kapitänin abgelöst wird.

Vielleicht heißt sie ja Maria Furtwängler. Die Schauspielerin hat jetzt eine Studie veröffentlicht, die einiges Aufsehen erregte – weil sie von einem blonden TV-Star präsentiert wurde. Das Ergebnis, dass Frauen im Fernsehen zu kurz kommen, hätte man sich denken können. Dazu hätte es der Studie mit dem pseudowissenschaftlichen Titel „Audiovisuelle Diversität? Geschlechterdarstellungen in Film und Fernsehen in Deutschland" gar nicht erst nicht bedurft.

> Frauen lieben männliche Kapitäne

Die Studie kommt zu dem bahnbrechenden Ergebnis, dass auf eine Frau über alle Fernsehprogramme hinweg zwei Männer kommen. Es ist das alte Lied: Frauen sind unterrepräsentiert, ältere Schauspielerinnen werden benachteiligt, und Männer erklären sowieso immer die Welt.

Das Fernsehen der Zukunft sieht also so aus: Maria Furtwängler moderiert das „Heute Journal", spricht alle Texte aus dem Off, kommentiert die Fußball-Länderspiele von Jogi Löws Team und ist Mittelpunkt der täglichen Soap „Bibi, die Baumeisterin". In jedem Fall muss man sich darauf einstellen, dass das Fernsehen weiblicher wird. Es passt in die Zeit des Gender-Wahns, der Einführung von Frauenquoten in vielen Berufszweigen sowie der Feminisierung von Gesellschaft und Kultur.

Hat eigentlich schon jemand daran gedacht, eine Studie zu erstellen über die Ungleichbehandlung von Frauen in Kunst, Literatur oder Musik? Man käme zum gleichen Ergebnis: Auf eine Frau kommen über alle Sparten hinweg zwei Männer, wenn nicht sogar mehr. Ob die Beatles als Mädchenband wohl erfolgreicher gewesen wären? Und würde jemals eine Micky Jagger mit den Rolling-Stones-Ladies rocken, hätte sie Millionen von Verehrern – alles Männer. So oder so: Frauen kommen immer zu kurz.

Um der „Mona Lisa" Paroli zu bieten, sind bald Malerinnen aufgerufen, einen grinsenden Mann zu porträtieren. Und auf „Das Leiden der jungen Wertherin" einer jungen aufstrebenden Autorin müssen wir vielleicht nicht lange warten. Aber wer will es lesen?

Tatsache ist, dass all diese Klassiker von Männern auch für Frauen geschaffen wurden. Würde man mit viel Krampf versuchen, Frauenquoten in Film und Kunst einzuführen, wäre das gar nicht im Sinne eines weiblichen Publikums, dass lieber einen Sascha Hehn als „Traumschiff"-Kapitän anhimmeln möchte als eine Maria Furtwängler. *Harald Tews*

Perlenfischer im Weltall

Mit »Valerian« kommt der teuerste europäische Film in die Kinos

Seit dem 20. Juli läuft die teuerste europäische Filmproduktion in den Kinos. Der französische Science-Fiction-Film „Valerian – Die Stadt der tausend Planeten" verschlang etwa 197 Millionen Euro und lässt die bislang teuerste deutsche Produktion, Tom Tykwers 100 Millionen Euro teurer „Cloud Atlas" von 2012, weit hinter sich.

Nun muss „teuer" nicht gleich „gut" bedeuten, aber wenn der Film das Siegel von Regie-Ass Luc Besson trägt, dann lässt das einiges erwarten. Der französische Regisseur hat schon in verschiedenen Genres Meisterwerke geschaffen: Mit „Im Rausch der Tiefe" schuf er unvergessliche Bilder von Apnoe-Tauchern; mit „Léon – Der Profi" machte er Jean Reno als Auftragskiller sowie die junge Natalie Portman als Lehrling unsterblich; mit dem Science-Fiction „Das fünfte Element" gelang ihm der erfolgreichste europäische Kassenknüller.

An diesen Erfolgsfilm knüpft Besson mit „Valerian" an. Basierend auf einer französischen Comicserie wird in optisch überwältigenden 3D-Bildern ein Agentenpaar gezeigt, das im All durch Raum und Zeit reist und das eine riesige, von Millionen von Menschen und außerirdischen Kreaturen bewohnte Raumstation vor einer geheimnisvollen Macht schützen soll, die sich im Inneren wie ein Tumor ausbreitet.

Vieles kommt einem dabei irgendwie bekannt vor. Die großen, schlanken „Pearls", die zu Beginn des Films ein paradiesisches Strandleben als Perlensammler führen, ehe ihr Idyll von einer Apokalypse heimgesucht wird, erinnern an die blauen Aliens in James Camerons „Avatar". Und wer wissen will, woher „Star Wars"-Regisseur George Lucas seine Inspiration nahm für sein Schmugglerraumschiff „Millennium Falke", für Basarszenen mit einem außerirdischen Fettkloß oder für die mit ihrem Rüssel sprechenden elefantenartigen Kleinwesen, der schlage bei der schon vor 50 Jahren entstandenen Comicserie nach, die Besson jetzt im Original verfilmt hat.

Auch wenn das Ergebnis visuell beeindruckt, hat Bessons „Valerian" doch keine „Star Wars"-Qualität. Dafür fehlen bei „Valerian" klare Feindbilder. Irgendwie gehören alle zu den Guten, weshalb auch die beiden Helden nicht hell strahlend hervorstechen. Die vom US-Schauspieler Dane De Haan und dem britischen Model Cara Delevingne krampfhaft lässig gespielten Agenten Valérian und Laureline bleiben blass und humorbefreit. Dieser Film wird es schwer haben, die Produktionskosten wieder einzuspielen. *H. Tews*



Bild: Universum Film

Blasser Alien-Avatar: Die Zerstörung ihres Paradieses mobilisiert die indigenen „Pearls"

Schnelles, helles Milchgesicht

Filme, die vom Takt der Musik bestimmt sind, können nur Videoclips oder Tanzfilme sein. Der am 27. Juli in den Kinos startende „Baby Driver" ist als Actionfilm irgendwie ein Mix aus beidem. Hier bestimmt die Musik den Filmrhythmus durch schnelle Schnitte, und die wilden Verfolgungssequenzen sind choreografiert wie Tanzschritte.



Bild: 2017 Sony Pictures Releasing

Wortkarger Chauffeur: Der „Baby Driver" (Ansel Elgort)

Die originelle Idee des britischen Regisseurs Edgar Wright dahinter: Die Hauptfigur, die wegen ihres Milchgesichts Baby genannt wird und die den Fluchtwagen von Bankräubern steuert, übertönt mittels Kopfhörermusik einen durch einen Unfall herbeigeführten Tinnitus. Die Musik, darunter auch das titelgebende „Baby Driver" von Simon & Garfunkel, treibt den jungen Mann erst zu den halsbrecherischen Fahrten an.

„Baby Driver" ist wegen dieser musikalischen Grundidee kein Actionfilm der üblichen Sorte, auch wenn sich nach einem finalen Gemetzel die Reihen lichten. Das Interesse am stummen Helden bleibt auch dank Filmstar Kevin Spacey als väterlichem Bandenchef bis zuletzt bestehen. *tws*

Ein Mann muss an die Spitze

Mit Adolph wurde nach den niederländischen Königen erstmals ein Deutscher Großherzog von Luxemburg

Adolph Wilhelm Carl August Friedrich von Nassau-Weilburg war nicht nur der erste luxemburgische Großherzog seit der Erlangung der faktischen Unabhängigkeit von den Niederlanden, er war auch der erste Regent aus dem bis heute dort regierenden Haus Nassau-Weilburg. Dass er und seine Linie diese Chance erhielten, verdanken sie dem Salischen Recht.

Als nach den napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress 1815 der Deutsche Bund gegründete wurde, waren unter den Bundesfürsten gleich drei Ausländer, die außerhalb des Bundes Souveräne eines Königreiches waren. Der Herzog von Holstein und Lauenburg regierte Dänemark, der König von Hannover Großbritannien und der Großherzog von Luxemburg die Niederlande. Diese Personalunionen hatten jedoch eine Schwachstelle und das waren die unterschiedlichen Erbfolgeregelungen in den deutschen Bundesstaaten und den außerdeutschen Königreichen. In den Bundesstaaten galt diesbezüglich noch die Lex Salica. Dieses nach dem fränkischen Stamm der Salfranken benannte germanische Stammesrecht stammt aus dem frühen Mittelalter und ist wenig von der Emanzipationsbewegung geprägt. So waren Frauen von der Erbfolge ausgeschlossen. Was ursprünglich für Höfe gedacht war, wurde später – aber noch im Mittelalter – auf Throne übertragen. Diese Regelung hielt sich besonders lange in Deutschland und ist noch heute Bestandteil des Hausrechts der meisten deutschen Adelshäuser.

Die erste der genannten Personalunionen, die daran zerbrach, war die zwischen den Königreichen Hannover und Großbritannien. 1837 starb Wilhelm IV., ohne legitime Kinder hinterlassen zu haben. In Großbritannien folgte ihm das einzige Kind seines bereits verstorbenen nächstjüngeren Bruders Edward Augustus: Alexandrina Victoria, die als Queen Victoria Geschichte schrieb. In Hannover hingegen wurde Edward Augustus' nächstjüngerer Bruder, Ernst August, neuer König.

Die Personalunion Schleswigs, Holsteins und Lauenburgs mit Dänemark hätte eigentlich 1863 enden müssen, als Christian IX. Friedrich VII., der ohne legitimen Nachwuchs geblieben war, auf dem dänischen Thron folgte. Christian war zwar ein Mann, aber seine Ansprüche auf Erbe und Nachfolge Friedrichs VII. beruhten auf seiner Mutter – die eine Enkelin Friedrichs V. und eine Schwägerin Friedrichs VI. war –, also einer Frau, und waren damit für eine männliche Erbfolge wie in Holstein und Lauenburg irrelevant. Da Großbritannien jedoch aus Gründen des Gleichgewichts an einer Fortsetzung der dänischen Fremdherrschaft in Deutschlands Norden interessiert war, wurde 1852 in London von dem, was man damals „Konzert der Mächte“ nannte und heute als „internationale Gemeinschaft“ bezeichnet, entgegen dem Salischen Recht die Fortsetzung der Personalunion der deutschen Herzogtümer mit Dänemark über Friedrichs Tod hinaus beschlossen. Dass die Personalunion Friedrich VII. nur ein Jahr überlebte hatte dann andere Gründe, die nichts mit dem Erbrecht zu tun hatten.



Bild: CF

Vor 200 Jahren geboren: Adolph Wilhelm Carl August Friedrich von Nassau-Weilburg

Als letzte der genannten Personalunionen endete die zwischen Luxemburg und den Niederlanden. Ihr Ende kam 1890 mit dem Tod von Wilhelm III., der ohne legitimen Sohn geblieben war (siehe *PAZ* Nr. 7/2017). In den Niederlanden folgte ihm seine Tochter Wilhelmina.

Nachdem die Linie Nassau-Oranien mit dem Tode von Wilhelm im Mannesstamme erloschen war, fiel Luxemburg an das Haus Nassau-Weilburg. Diese Linie ist zwar mittlerweile ebenfalls im Mannesstamme erloschen, aber durch die rechtzeitige Einführung der weiblichen Thronfolge stellt die Linie bis zum heutigen Tage Luxemburgs Großherzöge.

Der erste luxemburgische Großherzog aus dieser Linie und damit der erste seit der Trennung von den Niederlanden war Adolph Wilhelm Carl August Friedrich von Nassau-Weilburg. Für Adolph war das die zweite Chance.

Zur Welt gekommen war der gebürtige Hesse am 24. Juli 1817 als ältester Sohn des nassauischen Herzogs Wilhelm I. auf Schloss Biebrich in Biebrich. Planmäßig trat er nach dem Tode des Herzogs im Jahre 1839 die Nachfolge seines Vaters im 1806 gegründeten Herzogtum an. Bei seinem Regierungsantritt erst 22 Jahre alt, interessierte er sich anfänglich mehr für die Reiterei als für die Politik. Nichtsdestoweniger erfreute sich der leutselige Regent bei seinen Untertanen größerer Beliebtheit. Das verhinderte jedoch nicht, dass der Herzog ein gutes Vierteljahrhundert nach Übernahme der Regierungsgeschäfte sein Herzogtum verlor. Gegen die Opposition setzte er einen österreichfreundlichen Kurs des Herzogtums durch, der schließlich zum Eintritt in den Deutschen Krieg von 1866 an der Seite Österreichs führte. Als Alliierter der Donaumonarchie verlor Adolph nicht nur den Krieg, sondern auch sein Herzogtum. Wie andere kleinere Verbündete des Habsburgerreiches nördlich des Main wurde auch Nassau von Preußen annektiert.

Adolph erhielt schlielich von Preußen 15 Millionen Gulden Abfindung und reiste viel – bis er 1890 mit der Übernahme der Regentschaft in Luxemburg eine neue Aufgabe übernahm. Die Tatsache, dass Preußens kleiner Nachbar im Westen nun von einem Großherzog regiert wurde, dem Preußen einst sein Herzogtum genommen hatte, hat auf die luxemburgisch-preußischen oder gar die Beziehungen zwischen dem Großherzogtum und dem Deutschen Reich keinen signifikanten Einfluss gehabt.

Adolph war in seinem zweiten Herrschaftsgebiet noch eine relativ lange Regierungszeit vergönnt, wenn man bedenkt, dass er 1890 bereits 73 Jahre alt war. Als er am 17. November 1905 starb, war der mittlerweile 88-Jährige der älteste regierende Monarch in Europa. *Manuel Ruoff*

Eine Stiftung für den preußischen Kulturbesitz

Vor 60 Jahren trat das vom Deutschen Bundestag einstimmig beschlossene Gesetz zur Gründung der SPK in Kraft

Mit dem „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung ‚Preußischer Kulturbesitz‘ und zur Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf die Stiftung“ erlangte der Bund faktisch die Kontrolle über die Kulturgüter, die im Laufe der brandenburgisch-preußischen Geschichte geschaffen oder zusammengetragen worden waren. Der vormalige Besitzer Preußen war zehn Jahre zuvor mit dem Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates vom 25. Februar 1947 aufgelöst worden (siehe *PAZ* Nr. 7/2017). Nach dem Willen der Alliierten sollte das Vermögen Preußens an jene Länder gehen, die während ihrer Besatzungsherrschaft auf dessen Territorium geschaffen worden waren – „vorbehaltlich etwaiger Abkommen“, die Gegenteiliges festlegen (Artikel III des Gesetzes Nr. 46). Gemäß dem Gesetz Nr. 19 der US-Militärregierung vom 20. April 1949 bekamen die in der US-amerikanischen Zone liegenden Länder und der von den USA kontrollierte Sektor in Berlin den dort befindlichen preußischen Kulturbesitz zugesprochen, jedoch nur in der Funktion als Treuhänder für einen späteren deutschen Gesamtstaat, der dann seinerseits eigene Bestimmungen erlassen konnte.

Die Wiedervereinigung ließ zwar noch einige Jahrzehnte auf sich warten, doch bereits die am 23. Mai gegründete Bundesrepublik Deutschland nahm für sich das Recht in Anspruch, eigene Bestimmungen zu erlassen. In ihrem Grundgesetz heißt es in Artikel 135 Absatz 2, dass „das Vermögen nicht mehr bestehender Länder“ des Deutschen Reiches zwar auf jene Länder übergehe, die nunmehr deren Aufgaben erfüllen, doch beinhaltet der Absatz 4 eine entscheidende Einschränkung: „Sofern ein überwiegendes Interesse des Bundes ... es erfordert, kann durch Bundesgesetz eine ... abweichende Regelung getroffen werden.“



Hauptsitz der SPK: Villa von der Heydt, Berlin Tiergarten

Bild: CF

Die zumindest teilweise auf bis zur Auflösung Preußens preußischem Territorium liegenden Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein schlossen am 7. Juli 1955 eine „Vereinbarung über die Verwaltung des Kulturbesitzes des ehemaligen Landes Preußen“, in der sie dem Bund jedwede diesbezügliche Kompetenz absprachen. Der ließ sich jedoch sein im Grundgesetz verbürgtes Recht nicht nehmen, und am 21. Februar 1957 beschloss der Bundestag einstimmig das „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung ‚Preußischer Kulturbesitz‘ und zur Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf die Stiftung“.

Das am 25. Juli 1957 mit der Verkündung durch Bundespräsident Theodor Heuss in Kraft getretene Bundesgesetz besagte, dass unter „dem Namen ‚Preußischer Kulturbesitz‘ ... eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin errichtet“ wird, „die mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als entstanden gilt“, und dass auf diese Stiftung „Eigentum und sonstige Vermögensrechte des ehemaligen Landes Preußen“ übergehen, die sich auf Kulturgüter erstrecken, „welche bis zum 9. Mai 1945 im Amtsbereich des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung oder im Amtsbereich des Preußischen Ministerpräsidenten verwaltet wurden“.

Hiergegen erhoben die Regierungen von Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen am 24. Januar 1958 Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Begründung lautete, dass das Gesetz in die hoheitlichen Rechte der Länder eingreife und somit gegen die Verfassung verstoße. Dem allerdings widersprachen die Richter in Karlsruhe in ihrem Urteil vom 14. Juli 1959 unter ausdrücklichem Verweis auf den Vorbehalt im Artikel 135 Absatz 4 des Grundgesetzes.

Trotzdem dauerte es noch bis zum 25. September 1961, ehe die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) ihre Arbeit aufnahm. Ihr erster Präsident wurde der aus Ostpreußen stammende Jurist und vormalige Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Hans-Georg Wormit. Ihm folgte mit Werner Knopp 1977 ein weiterer Jurist, und der Bibliothekswissenschaftler Klaus-Dieter Lehmann, bevor schließlich 2008 der renommierte Prähistoriker Hermann Parzinger an die Spitze der SPK rückte.

Mit dem offiziellen Amtsantritt Wormits im März 1962 wurde die Stiftung endlich voll arbeitsfähig. Zu diesem Zeitpunkt gehörten ihr die Staatlichen Museen im Westen Berlins, die Bestände der ehemaligen Preußischen Staatsbibliothek, soweit sie sich damals im Ausweichquartier in Marburg befanden, das Staatliche Institut für

Rechtsfähige Stiftung mit Sitz Berlin

Musikforschung samt Museum sowie das Ibero-Amerikanische Institut mit seiner Bibliothek. 1963 wurde auch noch das Geheime Staatsarchiv von Preußen mit Ausnahme der Dokumente, die in der Merseburger Zweigstelle des Deutschen Zentralarchivs der DDR lagerten, übernommen. Deren Rückführung begann erst ab 1993 entsprechend der Regelungen des Einigungsvertrages vom 31. August 1990, in dem das Stiftungsmodell auf die neuen Bundesländer übertragen wurde.

Heute verfügt die SPK über diverse Sammlungen in 20 Einzelmuseen der Bundeshauptstadt. Hinzu kommen 11,5 Millionen Bücher in den beiden Häusern der Staatsbibliothek zu Berlin und 38 000 laufende Meter Akten im Geheimen Staatsarchiv. Die jährlich etwa vier Millionen zahlenden Besucher bescheren der Stiftung dabei regelmäßige Einnahmen von rund 30 Millionen Euro. Dem stehen freilich deutlich höhere Ausgaben gegenüber: 2016 waren das 289 Millionen Euro. Diese immense Deckungslücke wird durch Drittmittel und Spenden sowie vor allem auch vermittels Zuweisungen des Bundes, aber auch der Länder geschlossen.

Seit 1975 beteiligen sich alle Bundesländer an der Finanzierung der SPK, also auch die auf niemals preußischem Territorium. Allerdings sind die Beiträge sehr unterschiedlich. Die geringsten Opfer bringt Bayern. Der bayerische Obolus liegt in etwa bei der Hälfte des hinsichtlich Größe, Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft und Steueraufkommen ungleich kleineren Saarlands. Hier kommen wohl noch alte Ressentiments gegenüber den „Saupreiß“ zum Tragen.

Aktuell belaufen sich die Zuweisungen des Bundes auf 118 und die der Länder auf 39 Millionen Euro. Nach Aussage Parzingers reichen diese staatlichen Zuschüsse jedoch nicht aus. Er sieht für 2017 einen Fehlbetrag von 15 bis 17 Millionen Euro, und das, obwohl wirklich „knallhart“ gespart werde. *Wolfgang Kaufmann*

Was wusste der Westen im Kalten Krieg?

Welche »Quellen« die Geheimdienste der Westalliierten und der Bundesrepublik CIA, MI6, DGSE und BND im Osten besaßen

Manche „Experten“ behaupten, westliche Nachrichtendienste hätten damals vom Sowjetblock „nichts gewusst“ und die deutsche Wiedervereinigung sei „völlig überraschend“ erfolgt. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Und wenn nach rund 50 Jahren auch viele Akten verschlossen bleiben, so darf man heute doch größere Spionagefälle darlegen. Mögen die technischen Möglichkeiten damals auch begrenzt gewesen sein, so konnten doch der Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten CIA (Central Intelligence Agency) und dessen britisches Pendant, der MI6 (Military Intelligence, Section 6), vom Teufelsberg in Berlin alle sowjetischen Telefongespräche bis nach Moskau abhören. Dem französischen Auslandsnachrichtendienst DGSE (Direction Générale de la Sécurité Extérieure) gelang dies wiederholt bei Sitzungen des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der SED. Der für die Auslandsaufklärung zuständige bundesdeutsche Nachrichtendienst BND (Bundesnachrichtendienst) betrieb während der damaligen Streitigkeiten Moskaus mit Peking mit Billigung chinesischer Stellen intensive Fernmeldeaufklärung gegen die UdSSR.

Beste Nachrichten gewinnt man indes durch „Quellen“ auf der Gegenseite. Nur sie können deren Gedankenwelt und Pläne erkennen. Die Motive, für die westliche Spionage unter Gefahr des Lebens tätig zu sein, waren vielfältig. Geld allein dürfte kaum jenes Risiko überwogen haben. Eigentlich ist immer eine innere Überzeugung zu finden. Prominente Russen waren oft voller Verachtung für und Hass auf ihr Sowjetsystem. Bei vielen Mitteldeutschen und manchen Polen dominierte das patriotische Pflichtgefühl, den Westen vor der Aufrüstung des Kreml und der Gefahr eines dritten Weltkrieges warnen zu müssen.

Stellvertretender Generalsekretär der UNO in New York und damit höchster Sowjetbeamter dort war Arka Schewtschenko, der 1970 persönlicher Berater des sowjetischen Außenministers wurde und bald mit Leonid Breschnew sowie anderen Politbüromitgliedern am Tisch saß. „Ihre Heuchelei und Korruption bis in die letzten Winkel ihres Lebens“ ließen ihn zum Mitarbeiter des CIA werden, dem er Interna aus dem Kreml lieferte. Als ihm Gefahr drohte, bat er in den USA um Asyl.

Rund zehn Jahre leitete Oleg Kalugin das Büro des sowjetischen In- und Auslandsgeheimdienstes KGB in der Sowjetbotschaft in Washington. Seine Nebentätigkeit ist nicht direkt erwiesen, doch später nahmen die USA den KGB-General allzu gerne auf, und allzu schnell wurde er US-Staatsbürger.

In der DDR übergab der Oberstleutnant des russischen militärischen Aufklärungsdienstes GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije) Wladimir Popow der CIA die vertrauliche Rede des Marschalls Georgij Schukow über Moskaus neue Militärstrategie sowie vieles über die neuen Atom-Unterseeboote. Sieben Jahre später wurde er hingerichtet.

Der Professor für Physiologie an die Humboldt-Universität zu Berlin und Leiter des Instituts für Arbeitsphysiologie Adolf-Henning Frucht erfuhr durch einen DDR-General von einem neuen sowjetischen Kältekampfstoff, der die Radarbeobachtungsbasen in Alaska stundenlang lahmlegen und damit Sowjetflugzeugen das ungehinderte Eindringen in den Luftraum der USA ermöglichen konnte. Anfangs zeigte sich die CIA an der Information desinteressiert, erst später verstand sie die große Gefahr für ihr Land. Nach fünf Jahren Spionage wurde Frucht von seinem Gärtner verraten. Nach zehn Jahren Haft wurde er gegen ein Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Chiles ausgetauscht. Dabei spielte die Heirat der Tochter Erich Honeckers mit einem Chilenen eine entscheidende Rolle.

Gut informiert war die CIA über die Wismut AG, die atomwaffenfähiges Uran für die UdSSR förderte. Ihr Helfershelfer erhielt „lebenslänglich“. Anna Kubiak, Haushälterin des Leiters der militärischen DDR-Spionage, floh als langjährige CIA-Agentin mit all dessen Geheimunterlagen in den Westen. In der Spionage Ost-Berlins gegen die Bundesrepublik arbeitete 32 Jahre lang ein CIA-Informant, der BND erfuhr davon erst nach dem Ende der DDR. Er war keineswegs der einzige Spion der CIA dort.

Etliche „Quellen“ saßen in hohen Positionen der politischen Spionage. Oberst Ryszard Kuklinski, der zum innersten Zirkel des Warschauer Vertrages gehörte, spielte ab 1970 Washington 40265 Seiten Geheimdokumente zu. Im Herbst 1981 wurden er und seine Familie abenteuerlich im Postwagen der US-Botschaft in Warschau nach West-Berlin geschleust. In den USA erhielten sie neue Identitäten.



Oleg Kalugin Bild: Imago

Zu den erstaunlich vielen Helfershelfern in der sowjetischen Spionage gehörte auch GRU-Oberst Oleg Penkowskij, dessen rund 10000 Seiten geheime Militärunterlagen die CIA anfangs für Fälschungen hielt. Seine Nachrichten führten dann aber schließlich zur harten Haltung der USA in der Kubakrise.


Der höchstrangige öffentlich bekannte Überläufer des KGB in den Westen zu Besuch beim US-Präsidenten am 21. Juli 1987: Oleg Gordijewskij (rechts) und Ronald Reagan

Bild: CF

Die Weigerung Moskauer Behörden, für sein todkrankes Kind ein Medikament zu kaufen, trieb Generalmajor Dmitrij Poljakow in die Armee der US-Spionage. Er wurde zur besten „Quelle“ im Sowjetmilitär. Nach einem Vierteljahrhundert konnte er enttarnt werden. Bei seiner Erschießung blieb er ohne Reue.

Das Hauptziel des MI6 war stets die UdSSR. Der wohl größte Fall war KGB-Oberst Oleg Gordijewskij. Als junger KGB-Offizier an der sowjetischen Botschaft in Kopenhagen wurde er von dem damaligen sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei in seinem Weltbild erschüttert. 1970 nahm er Kontakt zur dänischen Abwehr auf, die ihn „umdrehte“. Vier Jahre später warb der MI6 ihn an. Als er nach London kam, sorgte der MI6 dafür, dass erst der sowjetische Spionagechef in Großbritannien und anschließend auch dessen Nachfolger das Land verlassen mussten, sodass die Stelle frei wurde für seinen Schützling. Wohl aufgrund des Verrats eines KGB-Spions in den USA musste Gordijewskij 1985 nach Moskau, wo er verhört und überwacht wurde – und dennoch Kontakt zur dortigen britischen Botschaft aufnehmen konnte. Vorgeblich wegen einer „speziellen ärztlichen Behandlung“ fuhr eine der Botschaftsangestellten täglich nach Finnland. An der stark bewachten sowjetisch-finnischen Grenze warf sie unter dem Gelächter der Sowjetsoldaten den Wachhunden stets Würstchen zu. Nach einem vergeblichen Treffen sprang dann Gordijewskij an einer nicht einsehbaren Stelle im Gorki-Park in das fahrende Auto, und an der Grenze warf die Britin den Hunden besonders viele Würstchen zu und brachte sie so zum Schweigen. An jenem 20. Juli um 15.30 Uhr erreichten beide Finnland. Tags darauf mussten 31 Sowjetspione Großbritannien verlassen. Damit war das gesamte Agentennetz zerschlagen. Erstaunlicherweise erlaubte der Kreml später die Ausreise von Gordijewskijs Familie. Welcher Preis in welcher Art dafür gezahlt wurde, ist bis heute unbekannt.

Stolz, wenn auch mit Einschränkungen, ist die DSGB auf ihren Spion „Farewell“. Das Motiv dieses Wladimir Wetrow war die Liebe zu Frankreich, zu dessen freiem Leben im Gegensatz zum Sowjetsystem. Er hatte sich selber über einen Pariser Geschäftsmann angeboten, doch aus außenpolitischen Gründen hatte der französische Nachrichtendienst zunächst kein Interesse, einen „Maulwurf“ im Herzen des Sowjetgeheimdienstes zu haben. 1980 wurde Wetrow von der sowjetischen Botschaft in Paris nach Moskau in das neue Direktorat des KGB versetzt. In dessen Zentrale arbeiteten zirka 1000 Techniker und Analytiker an der Hauptaufgabe, wissenschaftlich-technische Neuerungen aus dem Westen zu beschaffen. „Farewell“ lieferte 4000 Dokumente, darunter 3000 streng geheime, und nannte die Namen von 200 Geheimdienstoffizieren und 100 Spionen im Westen. Allein Frankreich wies 47 Russen aus, darunter den KGB-Chef. Seine Verhaftung ist wahrscheinlich auf einen Direktor im französischen Außenministerium zurückzuführen, der in seinem Zorn leichtsinnig einen Vertreter der sowjetischen Botschaft für nur wenige Minuten Fotokopien von kompromittierenden Dokumenten überließ. Danach war es nicht schwer, „Farewell“ zu identifizieren und hinzurichten.

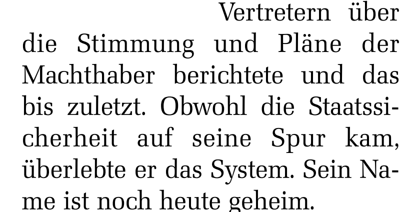

Vincenz Müller

Bild: Deutsche Fotothek / CF

Der Vorläufer des BND, die Organisation Gehlen (OG), verfügte in den ersten Nachkriegsjahren über sehr gute „Quellen“ in Mitteldeutschland. Man denke an Werner Gramsch, der als Verkehrsminister vorgesehen war und ständig Einblicke in das Transportsystem der Sowjettruppen hatte, oder an Elli Barczahn, die persönliche Chefsekretärin des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, sowie an den einstigen Generalleutnant der Wehrmacht Vincenz Müller, Vizepräsident der Volkskammer und zeitweise Stellvertreter des Verteidigungsministers, der angesichts seiner inneren Zerrissenheit später Selbstmord beging. Dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Hermann Kastner bot der sowjetische Hochkommissar in Ost-Berlin am 13. Juni 1953 den Posten des Ministerpräsidenten an – anstelle Walter Ulbrichts. Ob der Kreml dies letztlich bejaht hätte, erscheint zweifelhaft. Durch den Volksaufstand vom 17. Juni jedenfalls sah Moskau sich gezwungen, Härte zu zeigen – Ulbricht war gerettet. 1956 wurde Kastner in den Westen geschleust, hatte er doch acht Jahre für die OG sein Leben eingesetzt. Damals wurde letztere in „Bundesnachrichtendienst“ umbenannt, Standort blieb Pullach. Es gelang, den Chefdolmetscher der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin für sich zu gewinnen. Der Bau der Berliner Mauer wurde monatelang zuvor angekündigt. Angesichts der Untätigkeit des Westens damals war es lange schwierig, Mitarbeiter in höheren DDR-Positionen anzuwerben. Dennoch besaß der BND stets ein sehr umfassendes Bild über die militärische Situation im anderen Teil Deutschlands. Anfang 1989 waren ihm alle Namen und Adressen des Staatssicherheitsdienstes bekannt. Dort hatte Pullach einige Informanten. Im Spätsommer 1988 war die Anwerbung eines Mitglieds des ZK der SED gelungen, das über sehr gute Verbindungen zu Honecker wie Erich Mielke verfügte und bei jedem Treffen mit BND-Vertretern über die Stimmung und Pläne der Machthaber berichtete und das bis zuletzt. Obwohl die Staatssicherheit auf seine Spur kam, überlebte er das System. Sein Name ist noch heute geheim.

Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages in die CSSR 1968 wurde drei Monate zuvor erkannt, wie eine gutinformierte „Quelle“ in Moskau bestätigte. Ein BND-Abgesandter warnte Alexander Dubcek damals persönlich, aber er – wie auch der Westen – wollten es nicht glauben.

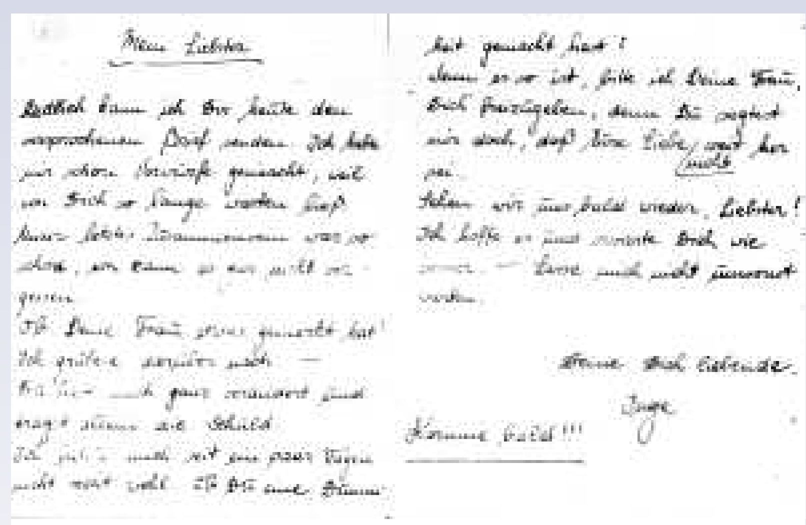
In der Sowjetunion besaß Pullach ab 1988 einen hochrangigen Mitarbeiter im Außenministerium, der laufend über die Deutschlandpolitik Moskaus berichtete. Ein einmaliger Informant war Leonid Kutergin, der 1967 beim westdeutschen Konsulat in Salzburg um Kontakte zum BND bat. Jahre später, als Oberst in der Deutschlandabteilung der KGB-Hauptzentrale in Jasenewo bei Moskau, übergab er dem deutschen Nachrichtendienst die Namen von rund 100 Sowjetspionen in der Bundesrepublik. Bei einem Einbruch stießen Kriminelle 1983 auf sein Geheimtintenpapier. Um seiner drohenden Verhaftung zu entgehen, flüchtete er mit seinem Sonderausweis nach Pullach. Seine Angehörigen hat er nie wiedergesehen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Liebesgrüße aus Ost-Berlin

Der Osten war im Kalten Krieg an der unsichtbaren Front nicht nur Opfer, sondern oft genug auch Täter. Bei dem Versuch, die Bundeswehr zu zersetzen, machte die DDR auch vor den Ehen der Bundeswehrführung nicht halt. So erhielten Offiziere der westdeutschen Streitkräfte, die nicht an ihrem Wohnsitz Dienst taten, an ihre Heimatanschrift adressierte Schreiben weiblicher Absender. Dabei hatte man seitens der DDR zumeist richtig spekuliert, dass die Ehefrauen die stark parfümierten Umschläge ihrer vermeintlichen Rivalinnen lesen würden. In den 500 bekanntgewordenen, stets gleichlautenden „Liebesbriefen“ hieß es:

„Mein Liebster, endlich kann ich Dir heute den versprochenen Brief senden. Ich habe mir schon Vorwürfe gemacht, weil ich Dich so lange warten ließ. Unser letztes Zusammensein war so schön, ich kann es gar nicht vergessen. Ob Deine Frau etwas gemerkt hat? Ich grübele darüber nach. – Du hast mich ganz verwirrt und trägst allein die Schuld. Ich fühle mich seit ein paar Tagen nicht recht wohl. Ob Du eine Dummheit gemacht hast? Wenn es so ist, bitte ich Deine Frau, Dich freizugeben, denn Du sagtest mir doch, dass Eure Liebe nicht weit her sei. Sehen wir uns bald wieder, Liebster? Ich hoffe es und erwarte Dich wie immer – ... Lasse mich nicht umsonst warten. Deine Dich liebende Inge. Komme bald!!!“


Mein Liebster
Komme bald!!!
Inge

Der „Liebesbrief“

Bild: Schlomann

Da die Offiziere durchweg in alten soldatischen Begriffen dachten und erst recht ihre Ehefrauen nie an solche Aktionen glauben wollten, ist die Behauptung nicht übertrieben, dass in jenen Tagen sehr viele Offiziere sich mehr um ihre sehr misstrauischen Frauen kümmerten als um den Dienst in der Truppe. Damit hatten die fingierten Liebesbriefe ihren Zweck erfüllt.

F.W.S

Der Moment der Woche


Foto: Les Brigandes

Markenzeichen: Zorromaske, liebliche Stimme und provokative Texte: Irène gehört zur französischen Mädchen-Popband Les Brigandes. Ihre Songs sorgen gerade im Internet für Furore. „Frau Merkel muss weg“ ist einer ihrer Hits. Darin heißt es; „Merkel ist eine Art Tyrann, eine Hexe, die mit Gefühlen spielt.“ Angeprangert wird die Rolle der Kanzlerin, in der Flüchtlingskrise. „Wir sind tolerant und wir sind gut, aber wir akzeptieren keine Unterwerfung, niemals wird der Islam unsere Religion sein“, lautet eine andere Textzeile. Die jungen Frauen aus La Salvetat-sur-Agout in der Region Okzitanien singen auf Französisch. Auf dem Internetportal Youtube sind viele ihrer Musikvideos mit deutschen Untertitel zu sehen. Aber Vorsicht: Die meisten Songs haben Ohrwurm-Qualität. Man kriegt sie schwer wieder aus dem Kopf. *FH*

»Das Salz der Erde«

In Fulda trafen sich 1300 Katholiken, die ihre »Kirche wieder mit Leben erfüllen« möchten

Als Kontrastprogramm in der Gesellschaft versteht sich das Forum Deutscher Katholiken – ein Kongressbericht.

„Wir verstehen uns als kleine Herde, nicht als eingeschüchterte Gruppe von Menschen, die sich in eine Wagenburg zurückzieht und einigelt. Wir sehen uns als eine missionarische, kreative Minderheit, die das Salz der Erde sein will und den Mut hat, ein attraktives Kontrastprogramm in der Gesellschaft zu sein“, sagt Hubert Gindert, Gründer und Sprecher des Forums Deutscher Katholiken. Anfang Juli trafen sich die Teilnehmer in Fulda zum dreitägigen Kongress „Freude am Glauben“. Er stand unter dem Motto „Fürchte dich nicht, du kleine Herde!“ (Lukas 12, 32). Der Vertreter des Papstes in Deutschland, der Apostolische Nuntius (Botschafter) Nikola Eterovic, rief das Forum, das sich als Zusammenschluss papst- und kirchentreuer Katholiken versteht, in einem schriftlichen Grußwort im Sinne des Leitwortes dazu auf, weiterhin missionarisch zu wirken.

Höhepunkt des ersten Kongresstages war für die meisten der 1300 Teilnehmer die Rede des Schirmherrn des Kongresses, des ehemaligen (und inzwischen aus der CDU ausgetretenen) Ministerpräsidenten Werner Münch zur Rolle und Bedeutung von Minderheiten in Gesellschaft, Politik und Kirche. Sein aktuelles negatives Beispiel: Die sogenannte „Ehe für alle“, die einen kulturellen Dammbruch darstelle. „Was treibt die Menschen heute um?“, fragte Münch. „Sie haben Gott weitgehend aus ihrem Leben verdrängt und suchen die totale Freiheit für ihr persönliches Glück. Aber sie staunen, dass das nicht gelingt. Wie sollte es denn auch, wenn die Politik und die Rechtsetzung die Zerstörung der Ehen und Familien, den Gender-Wahnsinn, die Missachtung des Lebensschutzes sowie die Manipulation der Natur des Menschen befördern?“ Die Amtskirche beschleunige mit ihrer Anpassung an die Lebenswirklichkeit und den Zeitgeist ihren eigenen Niedergang und negiere gleichzeitig die Gottes- und Glaubenskrise. Münch plädierte für eine neue Verantwortung von Politik und Kirche sowie den missionarischen Einsatz der „kleinen Herde“, der die Kirche wieder mit Leben erfüllt und Hoffnung über den Tod hinaus gibt.

> Die Amtskirche beschleunigt ihren eigenen Niedergang

Den zweiten Kongresstag prägte ein Vortrag des Regensburger Bischofs Rudolf Voderholzer, der sich besorgt darüber zeigte, dass das politische Mehrheitsvotum für eine „Ehe für alle“ zu einer politischen Heimatlosigkeit für Christen führe. Er rief dazu auf, das Befreiende und Positive des christlichen Eheverständnisses zu verdeutlichen. Grundlage für die politische Arbeit im Geiste des Evangeliums sei stets die Katholische Soziallehre, zu deren Lektüre er aufforderte. Würdiger Abschluss des Tages war eine eindrucksvolle Lichterprozession vieler hundert Teilnehmer mit Marienweihe vom Kongresszentrum zur Stadtpfarrkirche St. Blasius.

Der viel beachtete und intellektuell bestechende Abschlussvortrag des Dominikanerpaters Wolfgang Ockenfels beschäftigte sich mit dem Thema „Gefährdete Freiheit: Freiheit zwischen Recht und Pflicht“. Der renommierte Sozialethiker gab eine klare Hilfestellung, unsere menschliche Freiheit richtig zu verstehen und sie entsprechend anzuwenden und sich für sie einzusetzen.

In einer anschließenden Resolution appellierten die Teilnehmer an die erwachsenen Christen, jungen Menschen ein Vorbild zu sein. Die Zukunft des Christentums hänge immer von der kommenden Generation ab. Junge Menschen brauchten glaubwürdige Vorbilder, die mit Begeisterung vorlebten, welche Kraft der christliche Glaube habe, wie wahr und schön er sei und wie viel Gutes man damit anderen Menschen geben könne.

Feierlicher Abschluss des Kongresses war das Pontifikalamt des emeritierten Kurienkardinals Paul Josef Cordes aus Rom, der an den Aufruf zur Neuevangelisierung durch Papst Johannes Paul II. erinnerte: Sie sei das Gegenteil von Versorgungsmentalität und Anspruchsdenken, wie dies in den Anfängen des Christentums der Fall gewesen sei. Die Treue zu Papst und Kirche erhalte heutzutage wenig Applaus. „Wir sehnen uns nach Annahme und nach der Resonanz für unsere Glaubensbotschaft“, so Kardinal Cordes. Engagierte Christen rief er auf, sich nicht damit zu begnügen, sich beim Herrn wohl zu fühlen, sondern hinauszugehen wie die Jünger nach Pfingsten und in der Welt missionarisch zu wirken.

Roger Zörb

Der Autor ist Vorsitzender des Bundes Katholischer Rechtsanwälte und der Gesellschaft zur Förderung christlicher Verantwortung sowie Herausgeber dreier Festschriften für Benedikt XVI.

Kinder sind happy, Erwachsene doof

Ein Phänomen, das viele Politiker freut und verantwortungsvolle Denker erschreckt: Die Infantilisierung unserer Gesellschaft

Doofe Erwachsene: Immer so ernst und angestrengt. Dann lieber Kind bleiben. Sollen sich doch andere einen Kopf über komplizierte Dinge wie Politik und so'n Zeug machen. Was sagst du? Ich bin infantil? Warte nur, dafür streck ich dir meine Zunge raus.

Kinderkanal? Walt-Disney-Channel? Wenn der 40-jährige Kilian Reichert, die Werbefigur des Mobilfunkanbieters 1&1 auf einem Tretroller über die TV-Bildschirme rollt, wird sich wohl so mancher erwachsene Zuschauer irritiert fragen, ob er im falschen Programm gelandet ist. Mitnichten: Er schaut RTL, Pro7 oder Vox. Kilians Albernheiten sollen ihm die Vorzüge einer Allnet-Flat nahebringen. Das Unternehmen 1&1 setzt ganz auf die Infantilisierung unserer Gesellschaft. Im Fernsehen lässt sie sich besonders plakativ beobachten. Nehmen wir zum Beispiel die unsäglichen Samstagabendshows der Privatsender. Mögen Elton (46) oder Oliver Pocher (39) auch im gestandenen Mannesalter sein, ihr Verhalten erinnert eher an Vorpubertierende mit Allnet-Flat beim Kinderpsychologen. Dies führte schon vor 20 Jahren dazu, dass der „Spiegel“ das Fernsehen als den „größten virtuellen Sandkasten der Republik“ bezeichnete. Seither ist es noch deutlich extremer geworden.

Weitere typische Kennzeichen der grassierenden Infantilisierung sind zum Beispiel der Siegeszug der Erwachsenen-Malbücher. Mittlerweile bietet der Online-Händler Amazon unzählige Produkte wie „Mein verzauberter Garten“ an, die gestresste Volljährige animieren sollen, Buntstifte in die Hand zu nehmen. Dazu kommen diverse Spiele vom Paintball, bei dem man in Lausbubenmanier mit Farbkugeln auf andere schießt, bis zum „Geocoaching“, der modernen technisierten Variante der guten alten Schnitzeljagd. Ja, selbst die Ernährung bleibt von der Infantilisierung nicht ausgenommen. So findet der Schokoriegel „Kinder Pingui“ immer mehr Liebhaber unter den „Großen“. Dieser Trend gilt letztlich sogar für Säuglingsnahrung. Marktumfragen haben ergeben, dass inzwischen etwa jedes zehnte Glas mit Baby-Brei der Firma Hipp von Erwachsenen ausgelöffelt wird.

> Jedes zehnte Glas Hipp-Babybrei löffeln Erwachsene aus

All das bildet freilich nur die Spitze des Eisbergs, der für ein sehr viel tiefergreifendes, kollektives Peter-Pan-Syndrom steht. Ausdruck desselben ist die weitgehende regressive Entgrenzung. Das heißt, den Betroffenen fehlen wesentliche Merkmale des Erwachsenseins wie die Fähigkeit zur Selbstbeherrschung beziehungsweise zum Maßhalten, Frustrationstoleranz, differenziertes logisches und realistisches Denken, Rücksicht, Zuverlässigkeit, Diskretion und Anstand sowie – besonders wichtig – Verantwortungsbewusstsein.

Ursachen für diese Infantilisierung gibt es mehrere. Zum Ersten sträuben sich viele Menschen instinktiv gegen das Älterwerden, da die Gesellschaft in ihrem weit verbreiteten Jugendlichkeitswahn das Alter stigmatisiert hat und Altersweisheit oder Alterswürde kaum noch kollektive Wertschätzung erfahren. Zum Zweiten hat sich seit den islamistischen Terroranschlägen des 11. September 2001 eine kindliche Sucht nach Genuss und Ablenkung breitgemacht, um die niederschmetternde Erkenntnis zu verdrängen, dass nun schon wieder Krieg herrscht. Und zum Dritten versuchen viele Erwachsene auch deshalb „klein“ zu bleiben, damit sie in die Rolle des angeblich hilflosen Opfers der „gnadenlosen Gesellschaft der Großen“ schlüpfen können.

Außerdem sind Werbeindustrie und Wirtschaft für die Infantilisierung verantwortlich. Die Leute sollen konsumieren – und je kindisch-ungezügelter sie dabei ihren Bedürfnissen freien Lauf lassen, umso besser. Maßhalten und Vernunftdenken verdirbt den Konzernen nur die Bilanzen! Besser, die Leute wollen sich alles und sofort „holen“, wie ein Dreijähriger im Spielzeugladen. Dann brummt das Geschäft.

Wahre Goldesel sind auch Erwachsene, die infantilen Freizeitbeschäftigungen nachgehen – bis hin zum Betriebsausflug in den Vergnügungspark ohne die lästige Mitnahme irgendwelcher Alibi-Kinder. In der Freizeit- und Unterhaltungsbranche werden hierzulande pro Jahr rund 140 Milliarden Euro umgesetzt. Zum Vergleich: Die Rüstungsindustrie erwirtschaftet 20 Milliarden.

Des Weiteren hat die Wirtschaft auch durch die sogenannte „Infantilisierung der Angestellten“ zur allgemeinen Regression in der erwachsenen Bevölkerung beigetragen, wenn eine leitende Angestellte beispielsweise Schreibtische fordert, die mindestens ein Drittel größer sind als die ihrer Mitarbeiter. In diesem Falle steckte freilich keine eigennützige Absicht dahinter – vielmehr handelt es sich um einen meist doch eher unerwünschten Nebeneffekt des Verlustes an Autonomie und der Unterdrückung selbstständigen Denkens infolge hierarchisch-repressiver Formen der Unternehmenskultur.

In der Politik dagegen scheint der Effekt höchst erwünscht. Zwar kommt es zu keiner Umsetzung der altbekannten Forderung des nunmehrigen Anti-Pegida-Barden Herbert Grönemeyer, die da lautete „Kinder an die Macht!“ Vielmehr gilt: „Durch Kinder an die Macht!“ Denn Erwachsene, die in mentaler Unmündigkeit verharren, sind definitiv leichter zu regieren. Sie quengeln zwar oft und laut, können aber mittels Fernsehen, Sport und vielerlei technischem

> Mutti Merkel und Vater Staat

Schnickschnack leicht wieder ruhiggestellt werden. Entscheidungen werden über die Köpfe der Mitglieder der infantilen Gesellschaft hinweg getroffen, was durchaus zu lauten und trotzigen Protesten führen kann, aber mehr passiert dann in der Regel nicht. Weil den meisten die erwachsen-konstruktiven Strategien fehlen, mit der Situation umzugehen. Bockig Wahlen zu boykottieren, ist ein Ausdruck dieser kindlichen Hilflosigkeit.

Ansonsten geht die infantile Gesellschaft natürlich davon aus, dass der Vater Staat ziemlich mächtig und zugleich unendlich wohlhabend ist – genauere Zahlen will aber kaum jemand wissen, oder die Bedeutung derselben wird nicht realisiert. Deshalb sehen viele auch kein Problem darin, Menschen aus aller Welt in Deutschland zu alimentieren. Mit anderen Worten: Die naiv-hysterische „Willkommenskultur“ in der „Flüchtlings“-Krise war auch Ausdruck der Infantilisierung unseres Landes. Verträumte Kinder, denen es höchst selten an etwas existenziell Wichtigem gemangelt hat, sind gerne bereit, mit ihren vielen neuen, exotischen Spielkameraden zu teilen – „Mutti Merkel“ weiß schon, was sie tut, und „Vater Staat“ schüttet sein Füllhorn aus, das niemals leer wird, denken diejenigen, welche auch als Erwachsene kindisch geblieben sind. Und davon gibt es eine ganze Menge.

Wolfgang Kaufmann



Ausbruch aus der „gnadenlosen Gesellschaft der Großen“: „Internationaler Kissenschlacht-Tag“ in den USA, hier in einem Washingtoner Park

Bild: pa

Kindliches Gehabe

1997 wurde das Phänomen erstmals erkannt

Als erster, hat der US-amerikanische Schriftsteller, Gesellschaftskritiker und Protagonist der Männerbewegung, Robert Bly, auf das Phänomen des infantilen Denkens und Verhaltens vieler Erwachsener von heute hingewiesen. In seinem 1997 erschienenen Buch „Die kindliche Gesellschaft“ kritisierte er den weit verbreiteten Verlust der Fähigkeit zur Triebkontrolle und führte diesen auf den allgemein akzeptierten Drang nach ungehemmter Selbstverwirklichung zurück.

Dem schloss sich 2004 Blys Landsmann Richard Sennett, ein Soziologe, in der Studie „Respekt im Zeitalter der Ungleichheit“ an. Hier wurde dann auch erstmals von der „Infantilisierung der Angestellten“ in unserer modernen Arbeitswelt gesprochen. Späterhin machten der Wiener Philosoph Robert Pfaller und der belgische Psychologe Paul Verhaeghe den Siegeszug des Neoliberalismus für das kindische Gehabe vieler Menschen verantwortlich. Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang Pfallers Buch „Wofür es sich zu leben lohnt“ von 2011 (Fischerverlag, 9,99 Euro). *WK*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 29 – 21. Juli 2017

MELDUNGEN

Besuch vom Botschafter

Allenstein – Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Polen, Rolf Nikel, hat den ermländisch-masurischen Woiwoden Artur Chojecki besucht. Sie sprachen über eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur, Touristik und Wirtschaft. Chojecki hofft, mithilfe der Botschaft leichter Zugang zu Investoren zu bekommen. Nikel unterstrich, dass Polen der fünftgrößte Handelspartner Deutschlands sei und dass immer mehr polnische Unternehmer in Deutschland investieren wollten. Er versprach, sich nach seiner Rückkehr nach Warschau mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer diesbezüglich zu treffen. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7j: Hohenstein [Olsztynek] – Zalusken [Załuski], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Sorquitten [Sorkwity], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. *E.G.*

Cranz verliert sein historisches Antlitz

23 Vorkriegsbauten sollen der Abrissbirne zum Opfer fallen – Platz für Luxusapartments

Die Cranzer Stadtverwaltung hat große Pläne: 23 Häuser im Zentrum sollen – Bürgerprotesten zum Trotz – abgerissen werden, die Mieter müssen umziehen.

Das Ostseebad Cranz erfreut sich bei Russen wachsender Beliebtheit. Und das, obwohl die Stadt im Gegensatz zu Rauschen keine gute Infrastruktur hat. Dafür gibt es aber hier noch einen Strand und die Nähe zur Kurischen Nehrung. Gerade viele Mos-kauer haben eigene Wohnungen an der Ostseeküste. Die Nachfrage wächst ständig. Um diese zu befriedigen, werden immer neue Grundstücke – meist in Wassernähe – zur Bebauung freigegeben. Nach Sahnegrundstücke am Meer gibt es eine regelrechte Jagd.

So hat die Behörden von Cranz beschlossen, ein ganzes Viertel im historischen Teil der Stadt direkt am Meer abzutragen und die Mieter auf Wohnungen am Stadtrand zu verteilen. 23 Häuser aus der Vorkriegszeit wurden als einsturzgefährdet eingestuft. Sie sollen deshalb abgerissen werden. Die Stadt hat einen Wettbewerb zur „Entwicklung dieses Gebiets“ ausgeschrieben. Es geht um den Bereich in der Nähe der „Windrose“ auf der Promenade. Die 1,5 Hektar große Fläche befindet sich in der Nähe des Hotels Ostpreußen (heutige Straßennamen Moskowskaja, Wolodarskogo, Tschkalowa, Oktjabrskaja). Die Mieter erfuhren von dem geplanten Abriss erst aus den Zeitungen..

Unmittelbar nach Bekanntwerden sammelten Bürgerinitiativen Unterschriften gegen den Abriss und sandten eine Petition an Gouverneur Anton Alichanow mit der Bitte, die Abrisspläne zu stoppen.

In der Petition heißt es: „Es gibt allen Grund zur Annahme, dass die Häuser auf der ‚schwarzen Liste‘ Merkmale von Objekten des kulturellen Erbes sowie eines Denkmals der Geschichte und Architektur haben, und ihr Zustand ist nicht so hoffnungslos, wie die Beamten der Verwaltung es glauben machen wollen. Der Verlust von Altbauten verursacht einen irreparablen Schaden am Erscheinungsbild der Stadt und ihrer historischen Gestalt. Es ist doch merkwürdig, dass erst vor Kurzem Reparaturen an den Fassaden vorgenommen wurden und im Moment der Fassadenrenovierung der Weiterbetrieb der Gebäude außer Frage stand.“

Einige dieser Vorkriegsbauten befinden sich zwar tatsächlich in einem schlechtem Zustand und müssten dringen restauriert werden. Ein Teil von ihnen wurde erst im vergangenen Jahr mit Mitteln der öffentlichen Hand repariert. Neben Fassaden wurden auch Dächer erneuert, und sie sehen nun recht stattlich aus.



Beide vom Abriss bedroht: Echte Ruine (l.) und bereits renoviertes Haus im Cranzer Zentrum Bilder: J.T.

Alichanow reiste persönlich an und sah sich die Häuser an. Seiner Meinung nach befinden sich mindestens sechs in einem guten Zustand. Zudem fehlten Expertisen, aus denen hervorginge, dass die Häuser baufällig seien. Wenn man weiß, wie üblicherweise in solchen Fällen gehandelt wird, ist kaum daran zu zweifeln, dass die nötigen Dokumente bald auftauchen werden.

Die Cranzer Stadtverwaltung hat angekündigt, die vom Abriss bedrohten Häuser zu untersuchen, um die aufgebrachte Öffentlichkeit zu beschwichtigen. Die Auftragnehmer, welche den Zuschlag erhalten, sollen den technischen Zustand der Gebäude untersuchen und klären, ob es sich um Denkmäler des kulturellen Erbes handelt.

Gleichzeitig erklärten die Verantwortlichen, dass sie nicht alle auf der Liste stehenden Häuser abreißen wollten: „Wir planen, dass der Investor, der die Ausschreibung um die Entwicklung des Gebiets für sich entscheidet, nicht den Abriss dieser Häuser, sondern ihre Sanierung, Rekonstruktion und Restaurierung betreibt. Denn es handelt sich wirklich um ein historisches Zentrum und wir erwarten, dass es in der Form wiederhergestellt wird, wie es vor 1945 war.“

Was gewöhnlich nach einer solchen „Wiederherstellung“ geschieht, ist nicht schwer zu erraten. Alle Bauten werden früher oder später abgerissen und an ihrer Stelle Luxusapartments gebaut. Ein Grundstück für den Bau eines fünfstöckigen Luxushauses ist bereits eingezäunt.

Die Mieter der Häuser, deren Abriss schon feststeht, sollen angeblich in den Bereich des städtischen Friedhofs umgesiedelt werden. Sie reagierten mit Galgenhumor, indem sie meinten, dann hätten sie es ja nicht mehr so weit auf ihrem letzten Weg. Alle wissen, dass sie in den neuen Häusern mehr Komfort haben werden, aber es ist eine Sache, in einem Haus zu leben, aus dessen Fenstern man auf die Wellen des Meeres blickt, und eine völlig andere, wenn man am Stadtrand lebt und auf einen Friedhof sieht.

Cranz bietet derzeit einen seltsamen Anblick. In den Außenbezirken rund um das Zentrum entstehen immer neue Wohnbezirke, die immer weiter in den Grüngürtel hineinreichen. Im Zentrum herrscht dagegen Verwüstung, da die Behörden sich beharrlich weigern, die alten Wohnhäuser und deren Fassaden zu sanieren.

Trotz aller Petitionen und Expertisen dürften deshalb bereits in Kürze alle 23 Altbauten verschwunden sein.

Jurij Tschernyschew

Schloss Steinort soll zur WM 2018 nutzbar sein

Restaurierungsarbeiten gehen nur schleppend voran – 1000 Betten, Marina, Golfplatz und Museum in Planung

Mehrere Gemeinden im südlichen Ostpreußen hatten vor Jahren zur Rettung des Schlosses in Steinort aufgerufen. Derzeit dauern diese Bestrebungen durch die Deutsch-Polnische Stiftung zur Erhaltung der Kulturdenkmäler an, die das Gebäude im Spätherbst 2009 übernommen hat. Die Stiftung hat eine Gesellschaft für die Verwaltung des Denkmals gebildet. Innerhalb weniger Jahre gelang es, das Dach des Gebäudes dank der gesammelten Mittel der Stiftung zu reparieren sowie Decken und Balken vor dem Zerfall zu schützen.

2014 wurden im Schloss Entwässerungs- und Isolierungsarbeiten durchgeführt, die mit Mitteln der Familie von Lehndorff finanziert wurden. Die Familie verkaufte auf einer Auktion in London einen Teil der Einrichtung vom Schloss Steinort. Die eingenommenen 50 000 Euro spendete sie für die Rettung des Schlosses. Diese Arbeiten wurden durch einen Experten aus der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt.



Bislang nur teilweise restauriert: Schloss Steinort Bild: Slavomir Milejski/CF

Die Behörden von Angerburg wollten die Arbeiten zusammen mit der Deutsch-Polnischen Stiftung zur Erhaltung der Kulturdenkmäler weiterführen. Die Stadt beantragte die Aufnahme in die Liste der wichtigsten Projekte im Rahmen des Operationellen Programms Ostpolen 2014–2020. Die Kosten für die Modernisierung des Schlosses betragen fast 50 Millionen Euro. Die Hälfte der Mittel soll von der EU kommen und die andere Hälfte soll ein privater Investor tragen, den die Gemeinde von Angerburg finden muss.

Die Deutsch-Polnische Stiftung zur Erhaltung der Kulturdenkmäler hat knapp 750 000 Euro für die Durchführung des Sanierungsprojekts gesammelt. Die Dokumentation sollte im Juli 2016 Jahre abgeschlossen sein. Die Behörden von Angerburg hoffen, dass das Schloss noch vor der Fußball-WM 2018 renoviert sein wird.

Das restaurierte Schloss Steinort soll 1000 Betten in Luxus-Appartements, eine moderne Marina, Tennisplätze, einen Golfplatz sowie einen Landeplatz für Kleinflugzeuge und Hubschrauber bieten. Im Schloss soll es auch ein Museum geben, in dem die Touristen historische Exponate der Vorbesitzer von Residenzen betrachten können. Zuvor kündigte die Familie von Lehndorff an, Gefäße des Schlosses Steinort, die sie aus anderen deutschen Museen wiederbekommen hat, nach der Renovierung des Schlosses als Dauerleihgabe auszustellen.

Es soll auch ein europäisches Schulungszentrum für Handwerk und Denkmalpflege sowie das Decken von Reetdächern entstehen. Das Schloss in Steinort hat eine lange und reiche Geschichte. Es wurde in den Jahren 1689 bis 1691 gebaut. Das ursprünglich im Barockstil gehaltene Gebäude wurde im Laufe der Jahre mehrmals umgebaut. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhielt es sein derzeitiges Aussehen. Es war der Sitz der Familie von Lehndorff. Nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler, an dem Heinrich von Lehndorff beteiligt war, fiel das Schloss in die Hände des Außenministers des Dritten Reiches, Joachim von Ribbentrop. 1945 entging Steinort der Zerstörung. In den Jahren 1945 bis 1947 wurde es Sammelpunkt des von den Sowjets konfiszierten Eigentums, das für den Transport in den Osten bestimmt war.

Im Jahr 1949 wurde in Steinort und seiner Umgebung die Staatliche Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft angelegt, und das Schloss wurde für Büros, Wohnungen und Hauswirtschaftsräume genutzt.

Später ging das Schloss in den Besitz des Polnischen Seemännischen Bunds, der Gemeinde von Angerburg und eines österreichischen Unternehmers. Dann kaufte es ein privates Unternehmen aus Warschau. Doch der Investor hatte kein Geld, um das Schloss zu restaurieren, und er übergab es im Herbst 2009 an die Deutsch-Polnische Stiftung zur Erhaltung der Kulturdenkmäler.

Der Zustand des Schlosses hat sich deutlich verschlechtert, weil es immer noch an ausreichenden Investitionen fehlt, um den gesamten Komplex zu retten. So kann es immer noch nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet werden. Gegenwärtig ist das historische Gebäude nur teilweise restauriert.

Leszek Chaburski



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

was doch ein altes Gesangbuch bewirken kann, das von aufmerksamen Lesern vor dem Reißwolf bewahrt wurde und nun durch unsere Ostpreußische Familie seinen richtigen Platz gefunden hat. In Folge 27 berichteten wir von dem Fund, den Frau **Karin von Seggern-Lange** in der Helgoländer Kirche entdeckt und uns zugesandt hatte, damit wir die eigentliche Besitzerin aus Danzig-Langfuhr, die es 1927 erhalten hatte, ausfindig machen konnten. Leider erbrachten auch unsere Bemühungen nicht den geringsten Hinweis, und es blieb die Frage offen: Wohin mit dem Evangelischen Gesangbuch für Ost- und Westpreußen und den darin lose einliegenden alten Zeitungsausschnitten über Veranstaltungen in der Luther-Kirche von Danzig-Langfuhr, die als Doku-Material schon sehr interessant sind – wenn, ja wenn es in die richtigen Hände kommt. Und die gehören nun der Kustodin **Grazyna Patryn**, die im Heimatmuseum von Krockow in Hinterpommern eine beachtliche Kulturarbeit leistet, die weit in die deutsche Vergangenheit zurückgeht. Als Beispiel sei nur die zurzeit laufende Königsberg-Ausstellung genannt. Auch die von dem Museum herausgegebenen Bücher vermitteln einen Einblick in das kulturelle Leben vergangener Jahrhunderte wie das Buch „So sein wie Fichte“. Der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte hatte hier zwei Jahre als junger Hauslehrer der Familie von Krockow verbracht, angeblich auf den Rat von Kant, als Fichte nach seinem Studium ohne eine feste Anstellung in Königsberg lebte. Hier, so dachte ich, hätte das Gesangbuch einen sicheren und sichtbaren Vitrinenplatz, und so übergab unser alter Freund **Horst Zander**, der ebenfalls in Hinterpommern lebt, der Kustodin persönlich den Fund aus der Helgoländer Kirche. Ein kleines Dankeschön hatte ich erwartet, aber was nun kam, überraschte mich doch sehr, denn Frau Patryn gab in einem Brief, in dem sie auch auf andere ihr überlassene Zeitdokumente einging, ihrer Freude an dem Gesangbuch wie folgt Ausdruck:

„Glauben Sie mir, ich kann es schwer in Worte packen, wie ich es ausdrücken möchte. Ich bin sehr gerührt und geehrt über Ihre Großzügigkeit. Haben Sie vielen Dank vor allem für das Gebetsbuch mit seiner tollen Geschichte. Das ist im Augenblick wirklich die tollste Geschichte, die ich bei der Führung durch unsere Ausstellung erzählen kann – und es gibt niemanden, der nicht von ihr angetan ist und ohne das Nachdenken das Museum verlässt. Erlauben Sie mir, diese Geschichte in Form eines Artikels zu veröffentlichen?“

Dieser Dankesbrief wird sicherlich auch die Retterin des Gesangbuches erfreuen, selbst wenn sich die einstigen Besitzer nicht gemeldet haben. Aber dass dieses alte Gesangbuch nun als eines der wertvollsten Exponate in einem Heimatmuseum seinen endgültigen Platz findet, statt im Reißwolf zu landen, das ist schon wirklich eine erfreuliche Geschichte – die unsere Ostpreußische Familie schrieb.



Kirche in Mühlhausen Bild: Bildarchiv Ostpreußen

Und auch bei der nächsten findet sie den richtigen Weg, den wir schon in Folge 27 angedeutet hatten: Es handelt sich um die Bildersammlung, die Frau **Ingrid Kira** aus Bad Vilbel im Nachlass ihres 1900 geborenen Onkels gefunden hatte, der mit den alten Fotos das Gedenken an die Memelheimat bis zu seinem Tod bewahrte. Frau Kira wollte diese Bilddokumente aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gerne weitergeben – aber an wen? Also zuerst einmal an die Ostpreußische Familie. Ein Blick in die unsortierte Sammlung genügte, um festzustellen, dass es sich um eine Familiengeschichte aus Memel handelt, die hier bildlich dokumentiert wird in 88 Aufnahmen aus Fotoateliers und frühen Privataufnahmen, ergänzt durch Postkarten aus Memel um die Jahrhundertwende, unsortiert und zum Teil leider auch nicht beschriftet. Diese Sammlung gehörte in Fachhände, erst dann würde ihr dokumentarischer Wert erkennbar sein. Ein Anruf bei Frau **Karin Gomolka**, und der Weg war gewiesen. Die Leiterin der Düsseldorfer Gruppe der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise bot sich an, die Sammlung ihrem Archiv in Memel zu übermitteln, was dann auch geschah.

Nun werden die alten Aufnahmen, die zum Teil aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammen, von den Archivarinnen ausgewertet und zu einem Familienbild geordnet, das als Bildchronik einen untrüglichen Einblick in das damalige Leben in Memel bietet, der auch Besuchern vermittelt werden soll. Wie und wann – das werden wir dann erfahren und an die Ostpreußische Familie weitergeben. Frau Ingrid Kira wird sich gefreut haben, als ihr dieses von Frau Gomolka mitgeteilt wurde. „Ich konnte die Bilder nicht einfach wegwerfen“, sagt sie. Ein Glück, dass sie es nicht getan hat.

Und dann war da das alte Foto von einer zerstörten Straße nach dem Russeneinfall im Ersten Weltkrieg – aber in welcher ostpreußischen Stadt? Herr **Norbert Haack** aus Duderstadt wollte es wissen, und wir brachten seinen Suchwunsch in Folge 26. Zwar hat er bisher noch keine endgültige Lösung erhalten, aber wenn sie kommt, wird er sie uns wissen lassen. So freue ich mich zuerst einmal über seinen Dank für die Veröffentlichung, aber noch mehr für seine guten Wünsche zu meiner Genesung. Und er bezieht auch andere Leser mit ein, wenn er schreibt: „Eine große Freude beschenkte uns die *PAZ* Nr. 26, denn Sie sind wieder da und mit Ihnen die Ostpreußische Familie. Mit allen treuen Freunden wünsche ich Ihnen noch recht viel Schaffenskraft in Ihrer Tätigkeit für Ostpreußen. Ich wünsche Ihnen weiterhin alles erdenkliche Gute!“ Mein Dank gilt allen alten und neuen Freunden, die an mich gedacht haben, seit sie beim Ostpreußentreffen in Neuss erfuhren, dass ich im Krankenhaus lag. Frau **Irmtraud Sigrid Bießner** aus Neuss beschreibt das mit eindringlichen Worten: „Beim Ostpreußentreffen machte am Nachmittag die geflüsterte Mitteilung die Runde: Ruth Geede hatte einen Unfall, ja, aber sie hatte sich ‚nur‘ etwas gebrochen. Na ja, bei jemandem, der etwas älter ist, heißt das absolut nichts Gutes. Aber jetzt finde ich wieder in gewohntem Ton Ihren Brief an ‚mich‘! Ich freue mich so sehr darüber, dass ich mich spontan hinsetze, um Ihnen meine besten Wünsche zur Genesung zu senden!“ Also, da muss man ja wieder auf die Beine kommen, im wahrsten Sinne des Wortes. Übrigens ist Frau Bießner auch auf das von Herrn Haack übermittelte Foto eingegangen: „Es ist leider nicht Neidenburg, obwohl dort der zerstörte Markt nach dem 21. August 1914 auch so aussah.“ Da kennt sich Irmtraut Bießner, eine geborene **Kalwa**, gut aus, und sie ist bemüht, das Andenken an diese masurische Stadt zu bewahren. Im Augenblick ist sie dabei, alte Fotos aus Neidenburg in ein Internet-Archiv einzuscannen.

Unsere alten ostpreußischen Ortsnamen sind immer wieder ein Grund zu Anfragen, denn sie können leicht zu Irrtümern führen. Meistens handelt es sich um Orte mit prussischen, litauischen oder masurischen Namen, die 1938 umgetauft wurden. Aber im Fall von Frau **Christel Meurer** aus Loffenau ist es ein alter deutscher Name, der eigentlich keine Schwierigkeiten bereiten sollte – wenn es ihn nicht zweimal in Ostpreußen gäbe: Mühlhausen – einmal im Kreis Pr. Holland gelegen, zum anderen im Kreis Pr. Eylau südlich von Königsberg. Beide Orte sind Ordensgründungen, beide haben sich in die Geschichte unserer Heimat eingeschrieben, man denke nur an die jüngste Tochter Martin Luthers, Margarete von Kuenheim, die im nördlichen Mühlhausen begraben liegt. Aber in unserem Fall geht es um eine Geburt, und zwar um die von Frau Meurer, die als **Christel Dagmar Jäger** am 24. Dezember 1944 in Mühlhausen geboren wurde. Besiegelt mit dem Stempel vom „Standesamt Mühlhausen Ostpr.“ Ein Fluchtkind, denn die Familie stammte aus Sanden im Kreis Angerapp, wo der Vater **Otto** Jäger als Gutsgärtner tätig war. Sein Arbeitsplatz wird das Vorwerk Sandenwalde gewesen sein, von wo das Ehepaar Jäger auf die Flucht ging, Frau **Erna** geborene **Buddning** hochschwanger. Frau Meurer besitzt noch die am 30. Dezember 1944 ausgestellte Geburtsurkunde, die für sie jetzt ein Wegweiser ist, denn sie will ihren Geburtsort kennenlernen. Und so reiste sie schon dreimal nach Ostpreußen, um die Heimat ihrer Eltern zu erkunden, und besuchte dabei auch Mühlhausen im Kreis Pr. Holland, begann dort nachzuforschen, aber es gab keine Unterlagen mehr über die betreffenden Vorgänge. Sie erfuhr erst später, dass es noch ein zweites Mühlhausen in Ostpreußen gab, eben jenen Kirchenort in Natangen südlich von Königsberg.

Und nun fragt Christel Meurer: In welchem Mühlhausen bin ich geboren? Niemand konnte ihr bisher helfen, und da ist nun die Ostpreußische Familie gefragt. Meiner Meinung nach kann es sich nur um Mühlhausen im Kreis Pr. Eylau handeln, denn es gibt noch einen zweiten Hinweis für diesen Fluchtweg: Christel wurde im Flüchtlingslager 22 in Kopenhagen getauft. Folglich muss die Familie bei der großen Rettungsaktion über See nach Dänemark gekommen sein, was wahrscheinlich über Pillau erfolgte. Deshalb erste Fragen in dieser Suchaktion, die uns noch länger beschäftigen wird: Wer kannte die Familie Jäger aus Sandenwalde, wer ging mit ihr zusammen auf die Flucht? Wer erinnert sich von den ehemaligen Bewohnern der beiden namensgleichen Orte an diese Flüchtlingsgeburt am Heiligen Abend? Wer war im dänischen Flüchtlingslager 22 mit der Familie Jäger zusammen? Frau Meurer würde sich freuen, wenn ihre Frage nach dem Ort, in dem sie zur Welt kam, geklärt werden könnte und sie auf ihrer nächsten Ostpreußenreise ihren wirklichen Geburtsort findet. (Christel Meurer geborene Jäger, Bocksteinweg 7 in 76597 Loffenau, Telefon 07083 3573, E-Mail: meurer-loffenau@oneline.de)

Eure

Ruth Geede



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Doppeltes Gedenken in Kattowitz

Vor 95 Jahren wurde Ostoberschlesien annektiert, vor 97 Jahren das Autonomiestatut der Woiwodschaft Schlesien proklamiert

Am 3. Juli wurde in Warschau der 95. Jahrestag der Inkorporation Ostoberschlesiens in den polnischen Staat gefeiert. Aus diesem Anlass präsentierte das Kattowitzer Institut für Nationales Gedenken (IPN) ein Jubiläumsabzeichen, das an das Ereignis erinnert und eine Replik des am 20. Juni 1922 in Krakau geprägten Abzeichens darstellt.

„Der einzige Unterschied ist die Größe. Unser Abzeichen ist etwas kleiner, damit es zu keiner Verwechslung auch unter Sammlern kommen kann. Dieses Abzeichen zeigt den schlesischen Adler mit Krone und war damals ein Zeichen der Freude über den Anschluss der Region an die Republik Polen“, sagte Aleksandra Korol-Chudy vom IPN Kattowitz gegenüber Polskie Radio 24.

Aus Anlass des Jubiläums wurde am 5. Juli im Kattowitzer IPN eine Konferenz durchgeführt, bei der der Öffentlichkeit das IPN-Abzeichen präsentiert wurde. Eingeladen waren unter anderem auch Gymnasiasten aus Berun [Bierun] und Radzionkau [Radzionkow], deren Schulen den Namen „Schlesische Aufständische“ tragen, sowie aus dem Lyzeum der „Freunde des oberschlesischen Landes“ aus Königshütte [Chorzow]. Während der Konferenz wurde an die feierliche Begrüßung der polnischen Armee auf dem Kattowitzer Ring genauso erinnert, wie an den Besuch Marschall Jozef Pilsudskis im August 1922 in Kattowitz, mit der die Annexion unterstrichen wurde.

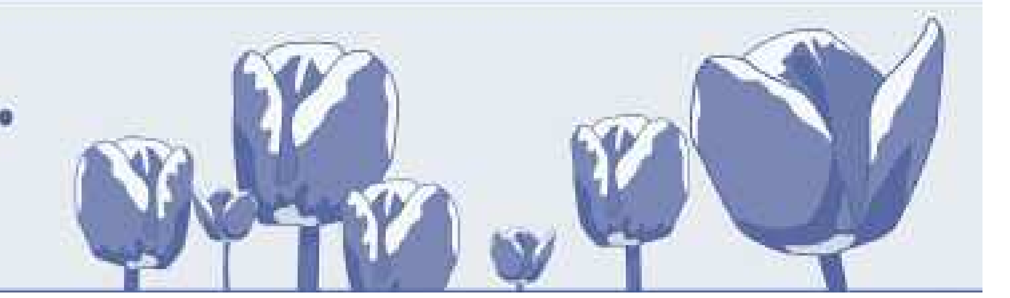
Im September 1922 wurden Wahlen zum Kattowitzer Sejm (Landtag) durchgeführt und die Oberschlesische Autonome Woiwodschaft gegründet. Der westliche Teil Oberschlesiens mit vielen Dörfern, in denen es bei einer Volksabstimmung polnische Mehrheiten gab, verblieb beim Deutschen Reich. Doch die nun polnisch gewordenen Großstädte Ostoberschlesiens bescherten den Deutschen im Gesamtabstimmungsgebiet eine deutliche Mehrheit – in Kattowitz zum Beispiel betrug der Anteil der deutschen Option über 80 Prozent.

Mitglieder einer sogenannten Rekonstruktionsgruppe präsentierten bei der Konferenz Schülern die Uniform und Ausrüstung der polnischen Aufständischen. „Als IPN wollen wir dieses freudige Ereignis feiern und zeigen, wie wichtig es ist, an diese historische Begebenheit und ihre Jubiläen zu erinnern. Doch das Jubiläum ist erst das Präludium zur Einhundertjahrfeier der Erlangung der polnischen Unabhängigkeit im nächsten Jahr“, so Andrzej Sznajder, Leiter des IPN Kattowitz. „Wir wollen daran erinnern, dass die letztendliche Übernahme eines Teils Oberschlesiens kein Geschenk von niemanden an Polen war, sondern die Konsequenz vieler Bestrebungen, Kämpfe und diplomatischer Bemühungen – eines enormen Engagements der oberschlesischen Bevölkerung und – was man nicht vergessen darf – eines enormen Engagements der polnischen Gesellschaft, die diesen Bestrebungen der Rückkehr (Ober-)Schlesiens zu Polen sehr stark und aktiv angefeuert hat“, so Sznajder im Polskie Radio 24.



Jedes Jahr am 15. Juli in Kattowitz: Marsch der Autonomiebewegung Bild: Wagner

Auch die in Ostoberschlesien starke Bewegung für die Autonomie Oberschlesiens feiert, aber ein anderes Datum. Am 15. Juli wird der jährliche Marsch der Autonomiebewegung durch Kattowitz’ Straßen ziehen. Gedacht wird des 97. Jahrestages der Proklamation des Autonomiestatuts der Woiwodschaft Schlesien durch das polnische Parlament 1920. Die damalige Autonomie, die nach dem Ende der NS-Zeit bis heute nicht wieder hergestellt wurde, trug zur wirtschaftlichen Konsolidierung der Region in der Zwischenkriegszeit bei. Die oberschlesischen „Autonomisten“ streben ein Polen der Regionen an und betonen die deutschen, tschechisch-böhmischen und polnischen Einflüsse der Region gleichermaßen, anstatt einseitig national die Geschichte zu deuten. Ob bei der Kundgebung, die fast schon einem Volksfest ähnelt, fröhliche Oberschlesier mit dem „Inkorporationsabzeichen“ laufen werden ist daher unwahrscheinlich beziehungsweise nur mit satirischer Intention denkbar. *Chris W. Wagner*



Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Staats, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, am 26. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

Göbel, Christel, geb. **Schulz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, am 24. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Nadrowski, Anna, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Vogel, Brigitte, geb. **Rockstroh**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bräunig, Elli, geb. **Acktun**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 21. Juli

Burger, Dora, geb. **Josuttis-Siegenthaler**, aus Lyck, Bismarckstraße 36, am 26. Juli

Felke, Helena, geb. **Kaminski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

Kurtz, Edeltraut, geb. **Liebich**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juli

Litzbarski, Lene, geb. **Cybulla**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Greifenberg, Hildegard, geb. **Kukowski**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 26. Juli

Griesel, Emmi-Wanda, geb. **Brussas**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 25. Juli

Herrmann, Fritz, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 27. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Riecken, Hildegard, geb. **Glaubitt**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 23. Juli

Schimnossek, Elisabeth, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 25. Juli

Wagner, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Juli

Wasilewski, Mathilde, geb. **Kaminski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brendel, Antonie, geb. **Bemba**, aus Königsfließ, Kreis Lötzen, am 26. Juli

Mäckle, Irmgard, geb. **Pallasch**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Marzischewski, Heinz, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 23. Juli

Matzeit, Ella, geb. **Broszeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Juli

Menzemer, Lieselotte, geb. **Karaschewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 22. Juli

Niebler, Gertrud, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 21. Juli

Schellong, Günter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli

Schuba, Hildegard, geb. **Reetz**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 24. Juli

Strodt, Ursula, geb. **Ruhnau**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Zabel, Margarete, geb. **Krüger**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Abbott, Eva-Maria, geb. **Paprotka**, aus Treuburg, am 25. Juli

Bottke, Helene, geb. **Siminoff**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 27. Juli

Ewert, Ulrich, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juli

Falk, Elsa, Kreis Gerdauen, am 25. Juli

Hammann, Waltraut, geb. **Schönhoff**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 22. Juli

Holubek, Sonja, geb. **Gall**, aus Wehlau, Kreis Wehlau, am 22. Juli

Joswich, Erika, geb. **Ballnus**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Klipp, Liesbeth, geb. **Jackson**, aus Windau und Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 22. Juli

Kruse, Eva-Edith, geb. **Sieloff**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 25. Juli

Nikulski, Irmgard, aus Gollen, Kreis Lyck, am 22. Juli

Petermann, Siegfried, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 21. Juli

Radigk, Herbert, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 25. Juli

Schmedemann, Frieda, aus Soldahnen und Spirgsten, Kreis Lötzen, am 21. Juli

Schweers, Lieselotte, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 22. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Duszny, Emil, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 21. Juli

Fiedrich, Kurt, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli

Heinsch, Gertrud, geb. **Dehnert**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 25. Juli

Lange, Dorothea, aus Pfaffendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli

Mick, Hilda, geb. **Crispin**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 27. Juli

Schunder, Waltraud, geb. **Baranowski**, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 24. Juli

Stiller, Alfred, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 25. Juli

Weiß, Christel, aus Norkitten, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Wienand, Brunhild, geb. **Horn**, aus Wehlau, am 23. Juli

Wnuck, Harri, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Assmus, Rosemarie, geb. **Stern**, aus Ortelsburg, am 21. Juli

Bönsch, Herta, geb. **Jankowski**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 21. Juli

Gesick, Heinrich, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 27. Juli

Jautelat, Heinrich, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 21. Juli

Löffler, Theodor, Kreisgruppe Düsseldorf, am 1. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brennemann, Ernst, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli

Czapla, Christa, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 21. Juli

Donder, Edith, geb. **Kania**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 27. Juli

Dworak, Irma, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Juli

Fabian, Günter, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

Ganswind, Günter, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 25. Juli

Glanert, Lydia, geb. **Nowotsch**, aus Treuburg, am 24. Juli

Glowienka, Helga, geb. **Skuttnick**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 22. Juli

Klement, Christel, geb. **Kubernus**, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 24. Juli

Knackstädt, Christel, aus Königsberg, am 27. Juli

Labusch, Horst, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli

Mamet, Edith, geb. **Mlodoch**, aus Klein Sakrau und Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 26. Juli

Marzowka, Margarete, geb. **Kiejewski**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juli

Rahlmeyer, Margarete, geb. **Petereit**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 22. Juli

Rimmek, Werner, aus Lötzen, am 27. Juli

Stoll, Edith, geb. **Brand**, aus Neidenburg, am 26. Juli

Taranowski, Georg, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Weihs, Gerhard, aus Klein Stürlack, Kreis Lötzen, am 27. Juli

Wieberneit, Heinz, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bergen, Walter, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 8. Juli

Blechert, Arthur, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 21. Juli

Botzek, Helmut, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 26. Juli

Büsing, Gisela, geb. **Lemke**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Chitralla, Irmgard, geb. **Lendzian**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Juli

Dembski, Helmut, aus Klein Lensk, Kreis Neidenburg, am 24. Juli

Fasbinder, Urte, aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 26. Juli

Fraaz, Günter, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 25. Juli

Friebner, Ingrid, geb. **Sarkowski**, aus Lyck, am 21. Juli

Hagemann, Gabriele, geb. **Gorontzi**, aus Ortelsburg, am 26. Juli

Kolnisko, Heinrich, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 22. Juli

Kollat, Christa, geb. **Buttgereit**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 25. Juli

Kressmer, Egon, aus Lyck, am 26. Juli

Lange, Elsbeth, geb. **Duddek**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 27. Juli

Minga, Harry, aus Lauken, Kreis Lötzen, am 22. Juli

Potschka, Dr. med. Klaus, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 26. Juli

Sadlowski, Horst, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

Sander, Regina, geb. **Meier**, aus Ortelsburg, am 24. Juli

Schulze, Christiane, geb. **Heckel**, aus Bäslack, Kreis Rastenburg, am 21. Juli

Strothteicher, Helga, geb. **Dufke**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 23. Juli

Suttka, Erika, geb. **Kaczenski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Wachs, Helga, geb. **Krzysanowski**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

Wagner, Helga, geb. **Borkowski**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 23. Juli

Wieschollek, Werner, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Ziemek, Siegfried, aus Binien, Kreis Lyck, am 26. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Baß, Eckhardt, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 26. Juli

Berndt, Brigitte, geb. **Roschkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

Frey, Ursula, geb. **Riegel**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 26. Juli

Kobialka, Manfred, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 24. Juli

Pehn, Gerhard, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 26. Juli

Walter, Waltraud, geb. **Naschokin**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 23. Juli



Meier, Bernhard, und Ehefrau Wally, geb. **Kindler**, beide aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 26. Juli

TERMINE DER LO

2017

22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018

17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Heimatfahrt

Sonnabend, 5. bis Sonntag, 13. August: Sommerreise Ebenrode-Schloßberg-Eydtkau, ab Wuppertal. Anfragen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, info@scheer-reisen.de.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Übergabe der Bruderhilfe

Dienstag, 1. bis Freitag, 4. August, Heinrichswalde: Teilnahme am Stadtfest und Übergabe der Bruderhilfe.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Pillauer Heimattreffen

Sonnabend, 5. bis Sonntag, 6. August, Eckernförde: 63. Pillauer Heimattreffen. Informationen: Erika Kruse, Telefon (04346) 6011463.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Kreistagssitzung

Sonnabend, 9. September, 9 Uhr, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, Bad Nenndorf: Kreistagssitzung. Gemäß § 5 Nr. 4 unserer Satzung vom 29. September 2012 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagssitzung, die für den 9. September 2017, 9 Uhr, im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, anberaumt wird, vor der Ladungsfrist in der Preußischen Allgemeinen Zeitung bekanntzugeben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschickt.

Unser Hauptkreistreffen

Wir laden zu unserem Hauptkreistreffen am 9. und 10. September 2017 nach Bad Nenndorf ein. Veranstaltungsort ist das Hotel Esplanade in der Bahnhofstraße 8, in dem uns Räume zur Verfügung stehen. Zu unserem diesjährigen Hauptkreistreffen laden wir alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, ein.

Folgendes **Programm** hat unser Festausschuss zusammengestellt:

Sonnabend, 9. September, 10 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Hansen (Infostand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan; Öffnungszeiten werden vor Ort festgelegt);

9 bis 11 Uhr: Kreistagssitzung

11 Uhr: Begrüßung

Im Laufe des Tages: Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung)

14 bis 16 Uhr: Filmvorführungen über Ostpreußen vor 1945 und den Kreis Gerdauen nach 1945

16.30 bis 18 Uhr: „Ich war doch erst neun – Meine unfreiwillige Kindheit in Lettland“ - Lesung: Benita Junge nach den gleichnamigen Erinnerungen ihres Vaters Bernhard Kattoll, Jessen (früher Rosenthal bei Muldszen/Mulden)

18.30 Uhr: Begrüßung und gemeinsames Abendessen, anschließend gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen (eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen), musikalische Begleitung: Klaus-Dieter Dust

Sonntag, 10. September:

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Hansen (Infostand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan; Öffnungszeiten werden vor Ort festgelegt)

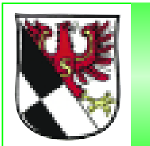
11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade (Musikalischer Rahmen: Klaus-Dieter Dust, Begrüßung durch den Kreisvertreter, Ostpreußischer Festvortrag, Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes)

14 bis 16 Uhr: Filmvorführungen über Ostpreußen vor 1945 und den Kreis Gerdauen nach

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

1945. (Änderungen vorbehalten). Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Esplanade, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail kontakt@hotel-esplanade.de, wo für die Besucher des Treffens Einzelzimmer und Doppelzimmer mit Frühstück zum Sonderpreis von 62 Euro beziehungsweise 84 Euro pro Nacht zur Verfügung stehen. Bitte geben Sie bei der Buchung an: Sonderpreis für Hauptkreistreffen Gerdauen.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Sommerfest

Sonnabend, 22. Juli: Goldaper Sommerfest in Goldap.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistagswahlen am 2. September

Sonnabend, 2. bis Sonntag, 3. September, Burgdorf: Kreistreffen.

Sonnabend, 2. September, 12 Uhr, im Veranstaltungssaal des Hotels Haase in Burgdorf: Mitgliederversammlung. In diesem Jahr werden – gemäß der Satzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – die Wahlen zum Kreistag (Kirchspiel- und Stadtvertreter) durch die eingeschriebenen Mitglieder durchgeführt. Den Mitgliedern (Stand Juni 2009), insgesamt 131 Stimmberechtigte, wird in den nächsten Wochen ein detailliertes Schreiben diesbezüglich im Auftrag der Kreisvertreterin durch die zweite stellvertretende Kreisvertreterin Viola Reyentanz zugesandt.

Balga
Regina Holweger, geb. Holweger, * 11. Mai 1962 in Salzgitter, Am Heller 15, 38229 Salzgitter, Telefon (05341) 178173, E-Mail regina.holweger@t-online.de
Bladiau
Wolfgang Milewski, * 11. September 1939 in Schölen, Carmannstr. 11, 53879 Euskirchen, Telefon (02251) 59603, E-Mai: wolfgang-milewski@t-online.de
Brandenburg
Hans-Hartwig von Platen, * 2. April 1953 in Rehren, Streesower Dorfstraße 15, 19357 Karstädt/GT Streesow, Telefon (038788) 589955, E-Mail HHPlaten@t-online.de
Dt. Thierau
z. Zt. nicht besetzt
Eichholz
Joachim Ruhnau, * 17. November 1965 in Köln, Schützenstraße 14, 56305 Döttesfeld, Telefon (02685) 987573, E-Mail joachim.ruhnau@online.de
Eisenberg
Elke Ruhnke, geb. Schweitzer, * 15. April 1966 in Wuppertal, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 461613, E-Mail ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de
Grunau-Alt Passarge
Heidrun Claret, geb. Schemmerling, * 18. Juni 1939 in Königsberg, Im Letten 14, 79848 Bonndorf, Telefon (07703) 7980
Heiligenbeil-Land
z. Z. nicht besetzt
Heiligenbeil-Stadt-Mitte und -Süd
z. Zt. nicht besetzt
Heiligenbeil-Stadt-Nord
Siegfried Schulz, * 6. August 1939 in Heiligenbeil, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, E-Mail: s.schulz@dokom.net
Hermsdorf-Pellen
z. Zt. nicht besetzt
Hohenfürst
Elke Ruhnke, geb. Schweitzer, * 15. April 1966 in Wuppertal, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 461613, E-Mail ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de
Lindenau
Z. Zt. nicht besetzt
Pörschken
Christian Perbandt, * 26. Oktober 1960 in Berlin, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052, Fax (05132) 588695, E-Mail perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de
Tiefensee
Kurt Woike, * 23. Juli 1940 in Arnstein, Graue-Burg-Str. 117, 53332 Bornheim, Telefon (02227) 908570, Fax (02227) 4505, E-Mail Woike_KM@web.de
Stellvertreterin: Margot Kohn
Waltersdorf
Die Amtsinhaberin Lieselotte Ollmann kandidiert aus Altersgründen nicht mehr.
Zinten-Land
Irmgard Lenz, geb. Wengel, * 17. Juli 1936 in Maggen, Karl-Fränkel-Ring 11, 88074 Meckenbeuren, Telefon (07542) 4649, E-Mail lengard36@t-online.de
Stellvertreter: Bernd Schmidt
Zinten-Stadt
Viola Reyentanz, geb. Schlenger, * 25. September 1961 in Lauchhammer, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax (035343) 61480, E-Mail reyvio@web.de
Siegfried Dreher, * 11. Mai 1937 in Königsberg, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, Telefon (04102) 61315, E-Mail M.S.Dreher@t-online.de

Weitere Wahlvorschläge nimmt bis zum 27. August Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal an.

Laut Wahlordnung vom 6. September 1997 gilt hierfür Folgendes: „Alle in der Heimatkreiskartei eingetragenen Personen, die durch Abgabe einer schriftlichen Beitrittserklärung die Mitgliedschaft erworben haben, sind für den Kreistag wahlberechtigt und wählbar. ... Die Wahlvorschläge müssen enthalten: Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimatort sowie jetzige Anschrift des Vorschlagenden und des Kandidaten; ferner das Kirchspiel, für das der Kandidat vorgeschlagen wird. Wahlvorschläge können ausnahmsweise auch noch in der Sitzung vor dem jeweiligen Wahlgang gemacht werden. Diese Wahlvorschläge müssen die Unterschriften von drei wahlberechtigten Mitgliedern tragen. Personen, die nicht in der Kreiskartei geführt werden, die weder selbst noch deren Vorfahren oder deren Ehegatten aus dem Kreis Heiligenbeil stammen, können auf Vorschlag kandidieren, sie müssen die Mitgliedschaft erlangen, wenn sie in den Kreistag gewählt werden. ... Jedes Mitglied der Kreisgemeinschaft darf für sein Kirchspiel nur einen Kirchspielvertreter und ein Ersatzmitglied zur Wahl vorschlagen.

Ausnahme: Für das Kirchspiel Heiligenbeil-Stadt können drei und für das Kirchspiel Zinten-Stadt können zwei Kirchspielvertreter vorgeschlagen werden.“





INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe Hamburg
Mittwoch, 2. August: Kultureller Vortrag oder Autorenlesung.

Heimatgruppe Köln
Mittwoch, 26. Juli, Informationen über Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail C.Maschke@netcologne.de.





JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Bericht über die Hilfsaktion

Während des Aufenthaltes des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Johannisburg, Dr. Manfred Solenski, in Johannisburg hat ein besonders herausragendes soziales Hilfsereignis stattgefunden, von dem es zu berichten gilt.

Am 14. Juni wurde von dem Deutschen Verein „Hilfe und Tat“ aus Achim, unter der Federführung von Uwe Remmers, dem Johannisburger Deutschen Freundeskreis für die Stadt und den Bezirk Johannisburg in einer Sonderaktion ein großes Kontingent an neuwertiger Krankenhausausstattung überbracht.

Mit einem 40-Tonnen-Lastwagen mit Anhänger sowie einem Personentransporter mit Anhänger wurde die Entfernung von 1200 Kilometern zurückgelegt und der nicht einfache und sperrige Transport von sechs Angehörigen des Vereins „Hilfe und Tat“ begleitet.

Das Transportgut bestand aus technisch hochwertigen Sachspenden, wie Krankenhausbetten, den dazugehörigen Matratzen und Nachtkonsolen sowie Rollatoren. Der Vorsitzende des Deutschen Vereins „Rosch“, Herr Dietmar Leymanczyk, ließ es sich nicht nehmen, dem Direktor des Johannisburger Kreiskrankenhauses, Marek Skarzynski spontan diese Hilfsgüter zur dortigen Verwendung in verschiedenen Abteilungen des Krankenhauses anzubieten, was in dankbarer Freude angenommen wurde.

Dieses hilfreiche Ereignis ist ein Hinweis auf die besondere Hilfsbereitschaft im Rahmen eines guten und zukunftsorientierten Miteinanders zum Wohle und einem menschlichen Dasein aller Bürger in unserer gemeinsamen Heimat, dem Kreis Johannisburg.

Manfred Solenski

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Transport gelungen: Betten für das Kreiskrankenhaus Johannisburg werden entladen Bild: privat





LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Münzen erzählen Geschichte – Am 24. Juni fand die dritte gemeinsame Kulturtagung der "Nordost"-Landsmannschaften Ostpreußen mit Memelland, Westpreußen mit Danzig, Pommern, Deutsch-Baltischer Freundeskreis sowie Weichsel-Warthe im Haus der Heimat in Stuttgart statt.

Hans-Werner Carlhoff referierte über „Alte Münzen des Ostseeraums: Von der Zeit des Deutschen Ordens im 13. Jahrhundert bis zum Ende des Herzogtums Kurland 1795“. Zahlreiche Landsleute und Gäste der fünf Landsmannschaften, Schlesiens und Sudetendeutsche nahmen an der Kulturtagung teil, die sowohl am Vortrag als auch an dem Gedanken, neue Wege in der landsmannschaftlichen Zusammenarbeit zu beschreiten, interessiert waren. Prominenteste Gäste waren Iris Ripsam, MdB, und der neu gewählte Landesvorsitzende des BdV Baden-Württemberg und der Landtagsabgeordnete Konrad Epple.

In seiner Begrüßung hob Hans-Werner Schwalke, LM Westpreußen, hervor, dass mit diesen gemeinsamen Kulturveranstaltungen die „Nordost“-Landsmannschaften neue Wege beschreiten wollen zum gemeinsamen Kennenlernen. Ebenso wollten sie ein buntes Bild des reichhaltigen historischen Bestandes und des kulturellen Erbes der ehemaligen deutschen Ostprovinzen bieten.

Als Referent zum Thema „Alte Münzen des Ostseeraums: Von der Zeit des Deutschen Ordens im 13. Jahrhundert bis zum Ende des Herzogtums Kurland 1795“ hatte sich Hans-Werner Carlhoff zur Verfügung gestellt, der auf Grund seiner familiären Wurzeln sowohl in der Landsmannschaft Weichsel-Warthe als Landesvorsitzender von Baden-Württemberg wirkt und sich als Beauftragter der baden-württembergischen Deutsch-Baltischen Landsmannschaft im Baltischen Katharinenstift in Sulz am Neckar engagiert. Carlhoff ist auch als Vorstandsvorsitzender der „Stiftung Kulturwerk Wartheland“ und Stiftungsratsmitglied der „Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk (NoKw)“ tätig.

Die wechselvolle Geschichte des Ostseeraums, aufgezeigt durch alte Münzen, die in Pommern bis zum Finnischen Meerbusen und entlang der großen Flussläufe von Oder, Weichsel, Memel und Düna vor Jahrhunderten im Umlauf waren, bildete den Hintergrund der diesjährigen Kulturtagung. Archäologische Ausgrabungen und Schatzfunde entlang der Ostseeküste brachten Münzen der römischen Kaiserzeit zu Tage. Sie sind, wie auch kufische Münzen, also Geldstücke mit arabischen Schriftzeichen aus dem 7. bis 11. Jahrhundert, die bei Grabfunden im baltischen Raum auftauchten, Zeichen des schon seit der Antike bestehenden Handels mit Bernstein, Fellen und Wachs. Vor allem ab 1235 mit dem Auftreten des Deutschen Ordens in Preußen finden sich Geldstücke, die in dem weitläufigen Herrschaftsbereich dieses Ordens als Zeichen zunehmenden Handelsverkehrs, aber auch als Demonstration territorialen Besitzes angesehen werden können. Gängig sind Mitte des 13. Jahrhunderts Brakteaten, also einseitig auf dünnem Silberblech geprägte Pfennige sowie Denare (Dickpfennige), die zumeist das Schild des Deutschen Ordens, teilweise auch den Reichsadler zeigen. Unter dem Hochmeister Winrich von Kniprode (1351–1382) werden „Halbschoter“ geprägt. Die gängigen Umlaufmünzen sind vor allem silberne Schillinge.







Erfreut über die gemeinsame Veranstaltung: Hans-Werner Carlhoff, Iris Ripsam, Uta Lüttich und Hans Werner Schwalke (v. l.). Zwei Beispiele der seltenen Münzen (u.) Bilder: privat

In seiner „numismatischen Zeitreise“ stellte Carlhoff die Münzen des Deutschen Ordens von 1235–1525 in Preußen vor, streifte die Geschichte des Herzogtums Preußen (1525–1618) und präsentierte Gepräge westpreußischer Städte wie Danzig, Elbing und Thorn in den Jahren 1454–1601. Einen gewissen Schwerpunkt bildete die Darstellung der Münzen des „Livländischen Ordens“. In den Anfängen, im ersten Drittel des 13. Jahrhunderts, lief in dessen Gebieten das Geld der Handelsleute um. Hauptprägestätten waren Riga und Reval. Als besonders schöne Beispiele von hervorragender Münzprägekunst zeigte Carlhoff Münzen des Ordensmeisters in Livland Wolter von Plettenberg (um 1450–1535). Wolter von Plettenberg, 1529 zum Reichsfürsten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation erhoben, war nicht nur ab 1522 die unblutige Einführung der Reformation in Livland zu verdanken, sondern auch eine fast 60-jährige Friedenszeit.

Da Carlhoff zu seinem Vortrag auch einige interessante und besonders schöne Originalobjekte mitgebracht hatte, war es für die Teilnehmer der Veranstaltung ein Erlebnis, einen „Örtug“ aus dem 14. Jahrhundert, einen „Schilling“ des Deutschordensmeisters Conrad von Jungingen (1393–1407), einen „Ferding“ von 1533 aus Dorpat, eine „Halbmark“ von 1554 von Wilhelm von Brandenburg, einen „Sechsgröscher“ aus Westpreußen von 1626 mit dem Bild des polnischen Königs Sigismund III., einen „Thaler“ von Herzog Jakob von Kurland aus dem Jahre 1644 oder einen goldenen „Dukaten“ von Herzog Peter Biron aus dem Jahre 1780 in die Hand zu nehmen.

Die Landesvorsitzende der Ostpreußen, Uta Lüttich, dankte Herrn Carlhoff für dessen von allen Teilnehmern dieser Tagung mit Begeisterung aufgenommen Vortrag, der, wie sie wörtlich sagte „eine eindrucksvolle und spannende Geschichtsstunde“ gewesen sei. Dass diese Veranstaltung erfolgreich war und die Besucher im „Haus der Heimat“ faszinierte, zeigt sich auch daran, dass der Referent im Anschluss gleich mehrfach wegen weiterer Referate zum hier dargelegten Thema angefragt wurde.

H. W. C./Uta Lüttich

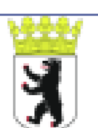


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

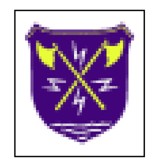
Altmühlfranken – Freitag, 28. Juli, 19 Uhr, Kastaniengarten Gastwirtschaft „Röschelskeller“, Gunzenhausen: Sommerabend der Landsmannschaften.

München – Freitag, 28. Juli, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: Gemeinsame Kaffeetafel mit Lesung von Herbert Tennigkeit „Meine Heimat Ostpreußen – Erinnerungen an ein geliebtes Land“.

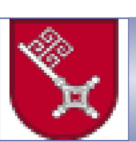


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



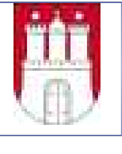
BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Landesgruppe – Sonnabend, 23. September, ab 7.30 Uhr bis zirka 20 Uhr: Tagesfahrt nach Schwerin. Nachdem alle, die im Vorjahr die Drei-Tagesfahrt nach Greifswald und zum Treffen in Neubrandenburg mitmachten, über das Programm mit Chören und Kulturgruppen junger Teilnehmer aus dem polnischen, russischen und litauischem Teil Ostpreußens sowie dem Treffen aller 40 Heimatkreise begeistert waren, haben wir beschlossen, auch das diesjährige Treffen der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern als Ziel einer Gruppenreise anzubieten. Wir starten am 23. September um 7.30 Uhr ab ZOB Bremen (Cinemaxx) und werden um zirka 10.15 Uhr in Schwerin ankommen. Die Rückfahrt ist um 17.15 Uhr vorgesehen, sodass wir um zirka 20 Uhr wieder in Bremen sein werden.

Der Preis beträgt pro Person: 39,50 Euro zuzüglich Eintritt zum Treffen: 7 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person.

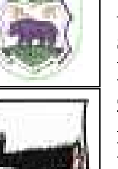
Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden. Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, spätestens bis zum 1. August, an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801 zu übermitteln.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

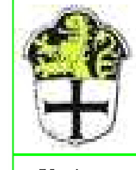


MEMEL-STADT MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesnheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: 0174-9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim.

Treffen aller Memelländer

Freitag, 4. August, Otto-Scheu-Gelände, Heydekrug: Treffen aller Memelländer.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreistreffen

Das Kreistreffen findet in diesem Jahr nicht am dritten September-Wochenende, sondern am 30. September und 1. Oktober, zudem an einem neuen Standort, der Niedersachsenhalle (unweit des bisherigen Tagungshotels Niedersachsenhof) statt. Bitte schon jetzt Unterkunft buchen (über die Tourist-Info Verden, Telefon 04232–12345). *M.L.*



PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

Terminänderung

Im Hinblick auf Umbauarbeiten in unserem bisherigen Veranstaltungslokal Hotel/Restaurant Klosterbrunnen in Itzehoe müssen wir unser Hauptkreistreffen in diesem Jahr verlegen nach Hotel/Restaurant Café Schwarz, Breitenburger Straße 14, 25524 Itzehoe, Telefon (04821) 2987.

Sonntag, 10. September, 11 Uhr, Café Schwarz: Festveranstaltung

14 Uhr: Öffnung des Saales im Café Schwarz

16 Uhr: Historisches Rathaus, Markt 1–3, Ständesaal, Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft Pr. Holland

zirka 17.45 Uhr: Haus der Heimat, Hinter dem Klosterhof 19, Besichtigung

20 Uhr: Musikalischer Heimatabend, Saal Café Schwarz.

Gudrun Collmann
Geschäftsführerin

RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Tag der offenen Tür

Donnerstag, 27. Juli, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Neuss: Tag der offenen Tür.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Treffen Johanna-Wolff-Schule

Mittwoch, 9. bis Sonntag, 13. August, Alte Messe Leipzig, Breslauer Straße 33, 04299 Leipzig: Diesjähriges Treffen der ehemaligen Johanna-Wolff-Schüler.

Der Preis für ein Einzelzimmer beträgt 60 Euro und für ein Doppelzimmer 75 Euro mit Frühstück und einem Ticket der Mitteldeutschen Verkehrsbetriebe für Fahrten in Leipzig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Geplante Unternehmungen: Stadtrundfahrt mit Begleitung, Besuch des Völkerschlachtdenkmals, Schiffsrundfahrt und Besuch der Thomaskirche mit Kantaten der Motetten. Anmeldungen zum Treffen nimmt die Schulsprecherin Frau Irmgard Steffen unter der Telefonnummer (0611) 844938 gerne entgegen.

WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Stadtfest in Wehlau

Donnerstag, 3. bis Donnerstag, 10. August: Reise zum Stadtfest in Wehlau. Informationen erteilt Gerd Gohlke, Sykerstraße 29, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586, E-Mail gerd.gohlke@wehlau.net. Das Reiseprogramm ist nachzulesen unter www.kreisgemeinschaft-wehlau.de.

Termine und Berichte

Wir sind für Sie da und veröffentlichen gerne alles, was es aus den Heimatkreisen, Landesgruppen, Kreisgruppen und anderen Zusammenschlüssen der Landsmannschaft Wichtiges zu berichten gibt. Wann und wohin ihre Termine, Texte und Fotos geschickt werden sollten, haben wir hier noch einmal notiert.

Wann: Spätestens fünf Arbeitstage vor dem Erscheinungstermin (jede Woche am Donnerstag) der anvisierten *PAZ*-Ausgabe sollten ihre Termine, Fotos und Berichte in der Redaktion vorliegen. Längere Texte, die auf dem Postwege gesandt werden, sollten uns schon einige Tage früher erreichen.

Wohin: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: „Mit heißem Herzen gearbeitet, Käthe Kollwitz vor 150 Jahren in Königsberg geboren.“ Kaffee und Schmandkuchen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

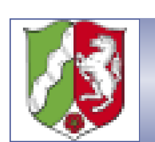
Wiesbaden – Donnerstag, 27. Juli, 15 Uhr, Erbenheim, Kleingartenverein am Wasserwerk: Sommer-Gartenfest. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet. Zu Beginn verwöhnen wir Sie mit Kaffee und leckeren Kuchen. Musikalisch unterhält Sie das bewährte Duo Budau und Dr. Hübethal. Wir freuen und, wenn Sie am Gartenfest teilnehmen. Wegen der Essensdisposition bitte anmelden bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 bis zum 17. Juli. Sollten Sie nach erfolgter Anmeldung am Gartenfest nicht teilnehmen, muss das bestellte Essen dennoch bezahlt werden, da wir die gemeldeten Portionen verbindlich gebucht haben. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt, überdachte Bereiche stehen zur Verfügung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 21. Juli, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppen. – Dienstag, 25. Juli, 16.30 Uhr, Hotel „Novum“ (ehemals „Ibis“), Blumenhaller Weg 43: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 3. August, 15 Uhr, in den Räumen der Kreisvereinigung, Wilhelmstraße 1b, 2. Stock: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Bonn – Dienstag, 25. Juli, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 4: Treffen des Frauenkreises. – Dienstag, 1. August, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74: Sommerstammtisch, freier Meinungsaustausch in lockerer Runde. – Sonnabend, 5. August, 15 Uhr, Gedenkstein am Rhein, Nähe Beethovenallee: Gedenken an die Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen. Anschließend gemeinsames Beisammensein im Schänzchen, Biergarten am Rhein, Nähe Beethovenallee.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30-20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus: Chorproben der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter der Leitung von Radostina Hristova.

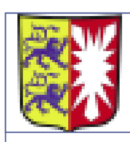
Neuss – Donnerstag, 27. Juli, 15 bis 18 Uhr, Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 28. Juli, 14 Uhr, Wiesencafé Breiteiche: Sommerfest mit Programm.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Landesgruppe – Zur Delegiertenversammlung am 25. Juni 2017 konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner 58 Teilnehmer im „Haus der Heimat“ in Kiel begrüßen. In eindrucksvollen Worten gedachte Jochen Gawehns der im letzten Jahr verstorbenen Landsleute. In seinem Grußwort ging der Landesvorsitzende des BdV Schleswig-Holstein, Fedor Mrotzek, auf den am 20. Juni zum dritten Mal begangenen Gedenktag „Opfer, Flucht und Vertreibung“ ein. Er würdigte die Arbeit der wachsenden Gruppe der Russlanddeutschen und ging auf den Baufortschritt des Deutschlandhauses in Berlin ein. Er dankte für die Arbeit der Ostpreußen.

Manfred Lietzow von der OMV hob hervor, dass in den Heimatverbänden noch reges Leben besteht. In der Politik gibt es jedoch das Problem, dass junge Politiker die Werte unserer Heimat nicht mehr ausreichend verinnerlichen. Probleme gibt es jetzt in Polen zur deutschen Minderheit.

In seinem Rechenschaftsbericht führte der Landesvorsitzende Edmund Ferner aus, dass er seit der letzten Vertreterversammlung 23 Termine und Veranstaltungen wahrgenommen hat. Er ging auf eine Reihe von Veranstaltungen ein. In Abwesenheit der Landesfrauenbeauftragten Gisela Harder verlas der Landesvorsitzende deren Bericht, insbesondere über das Sommerfest 2017 in Osterode in Ostpreußen. Vom Landesvorsitzenden wurden Ulla Guttowski, Mölln und Bruno Schumacher, Mölln für ihre Verdienste mit dem Verdienstabzeichen geehrt. Gerhard Saltzmann, Lehnsahn wurde für seine besonderen Verdienste mit dem Ehrenzeichen in Silber geehrt.

Den Kassenbericht gab der Schatzmeister Peter Gerigk. Neben weiteren Erläuterungen stellte er heraus, dass trotz der durch sinkende Mitgliederzahlen bedingten rückläufigen Einnahmen das Vermögen des Landesverbandes leicht gestiegen sei. Nach dem Bericht der Kassenprüfer erfolgte die einstimmige Entlastung des Vorstandes und der Kassenführung. Ebenso wurde der Haushaltsplan für das Jahr 2017 einstimmig genehmigt. Bei den Wahlen des Vorstandes wurden der 1. Landesvorsitzende Edmund Ferner, der 2. Landesvorsitzende Georg Baltrusch, der Schatzmeister Peter Gerigk und der Beisitzer Edwin Falk einstimmig wiedergewählt. Als Schriftführer wurde neu in den Landesvorstand einstimmig Hans-Albert Eckloff, Bad Schwartau gewählt.

Einen umfassenden Bericht über die letzte Tagung der OLV in Wuppertal hielt Peter Gerigk, mit anschließender Diskussion. In seinem Vortrag „Was bedeutet der Wirtschaftsboykott gegen Russland für über 6000 Firmen aus Deutschland? – Welche wirtschaftlichen Beziehungen verbinden uns mit Polen? – Welche Migrationskosten kommen auf uns zu?“ führte Viktor Heese aus, dass nach der erfolgreichen Entspannungspolitik in den 1970er/80er Jahren und dem Fall des Kommunismus 1989 sich die Beziehungen Deutschlands zu den großen Nachbarn Russland und Polen merklich verschlechtert haben. Zwischen den Tagesordnungspunkten sang die gesamte Delegiertenversammlung deutsche Volkslieder und zum Schluss das Ostpreußenlied.

Bad Oldesloe – Der Juli-Nachmittag der Ost-und Westpreußen in Bad Oldesloe stand im Zeichen der drei Geburtstagskinder. Die Vorsitzende hatte ihre Geschichte „Der Geburtstagsstrauß“ mitgebracht, die sich so etwa in Bad Oldesloe zugetragen hatte.

Anschließend berichtete Hildegard Neppessen, die Seniorin der Gruppe, über ihren langen Lebensweg. Sie wurde am 3. Juli 1927 in Duisburg geboren, nachdem ihre Eltern kurz vorher das Memelland verlassen mussten. Nach schweren Kinder- und Jugendjahren machte sie ihre Prüfung als Einzelhandelskauffrau. Mit einem Jugendfreund gründete sie eine eigene Familie, die ihr bis zum heutigen Tag Freude und Erfüllung gebracht hat. Auch heute fragen sie die Enkelkinder, wenn sie etwas wissen möchten. So findet auch die Familiengeschichte, die Frau Neppessen recherchiert hat, bei den jungen Familienmitgliedern großes Interesse. In den anschließenden Gesprächen ging es um Familiengeschichten und um frühere Erlebnisse in der Heimat.

Geburtstagskinder des Monats waren: Hildegard Neppessen (90), Karla Baltrusch und Ulrich Klemens. *Gisela Brauer*

Brobrowskis Spur

Fotoausstellung in Lüneburg

In diesem Jahr wäre er 100 Jahre alt geworden: Der in Tilsit geborene Johannes Bobrowski (1917–1965). Er gilt als einer der bedeutendsten deutschen Dichter des 20. Jahrhunderts. In seinem literarischen Werk hat er sich auch intensiv mit seiner Heimatregion, der Landschaft und dem Miteinander der dort lebenden Volksgruppen auseinandergesetzt. Passend dazu zeigt das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg vom 8. Juli bis 8. Oktober Bilder des litauischen Fotografen Arturas Valiauga. Auf den Spuren Bobrowskis ist er mit seiner Kamera auf Entdeckungsreise gegangen. Eine Topographie des Lebens und Schaffens des Dichters ist entstanden.



Inspirierend: Die ostpreußische Landschaft Bild: Arturas Valiauga

Am 16. August erinnert das Landesmuseum dann nicht nur mit Fotokunst, sondern auch mit einer szenischen Lesung an den Dichter. Die Berliner Schauspielerin und Sängerin Christiane Görner trägt Gedichte, Prosa und Zeitzeugenberichte vor. Bettina Erchinger begleitet sie am Klavier. Beginn ist um 18.30 Uhr.

Weitere Informationen: Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 759950, Fax (04131) 7599511, E-Mail: info@ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de.

Geöffnet ist die Ausstellung „Johannes Bobrowskis Litauen: Beiderseits der Memel, zwischen Osten und Westen“ von dienstags bis sonntags zwischen 12 und 17 Uhr. Der Eintrittspreis in das Museum beträgt 3 Euro, ermäßigt zwei Euro. Für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre ist der Museumsbesuch umsonst. *OL*

schott. Seeungeheuer | Europ. Weltraumorganisation (Abk.) | absondern, getrennt halten | Fluss zur Seine | Preisschild | orient. Reisbranntwein | Ehrgefühl, Haltung | kleiner, dunkler Raum | frühere schwed. Popgruppe | Feingewicht für Edelmetalle | essbare, kleine Garnele | nervöse Muskelzuckung | Sittenlehre | Stellvertreter (Kurzwort)
künstliches Wangenrot | kleines Stück
Gewürz-, Arzneipflanze | gefeierter Künstler | sich abmühen (ugs.) | Anerkennung | Nachbar | schmaler Spalt; Schramme | franz. Stadt an der Loire
poetisch: Adler | Flüssigkeitsansammlung im Gewebe | Symptom, Merkmal
Gebäudestütze | jedoch, hingegen | geschickte Täuschung | Behältnis für Feinbackwaren | gefallsüchtig; eingebildet | kleinere Glaubensgemeinschaft | radioaktives Schwermetall | Kirchengalerie
anfänglich | Aufbrühhilfe für Heißgetränke | als Gespenst umgehen
Ausdehnungsbegriff | in der gleichen Weise | Ebbe und Flut | Behauptung, Leitsatz | mittelgroßer Papagei | Himmelskörper
feierliche Amtstracht | erzieherische Härte | Verhältniswort | redlich; angesehen | bewegl. Schließvorrichtung
Fechthieb | Sinnbild; Kennzeichen | ohne Klang (Stimme)
Kultbild der Ostkirche | Getreideart | Eier legen und ausbrüten | Unsinn
Gallert aus Gelatine, Knochen | unnachgiebig, hart | sehr feucht | nicht außen
glätten, planieren | Training, praktische Erfahrung | gälischer Name Irlands
hasten | Edelgas | britische Schriftstellerin (Jane)
Handelsniederlassung (Ausland) | Schmuckstück | ein Schiff stürmen | Platzdeckchen (engl.) | nur wenig
befestigtes Hafenufer | Ebereschenart
nord. Schicksalsgöttin | eine Zahl | deutscher Komponist | Muse der Geschichte | Romanfigur bei Erich Kästner | in der Tiefe
Popmusikstil Jamaikas | bereitwillig | Opernsologesang | linker Nebenfluss der Donau | Druckbuchstabe
Großindustrieller | Windschattenseite e. Schiffs
Kind e. Mehrlingsgeburt | Abkürzung für im Auftrag | Einheitenzeichen für Hertz | Titel arabischer Fürsten | Zufluchtsort (griech.)
türkische Währungseinheit | Kfz-Zeichen Peine
nicht gewiss; gefahrvoll | Betonung; Tonfall | Zugspitzgewässer

PAZ17_29

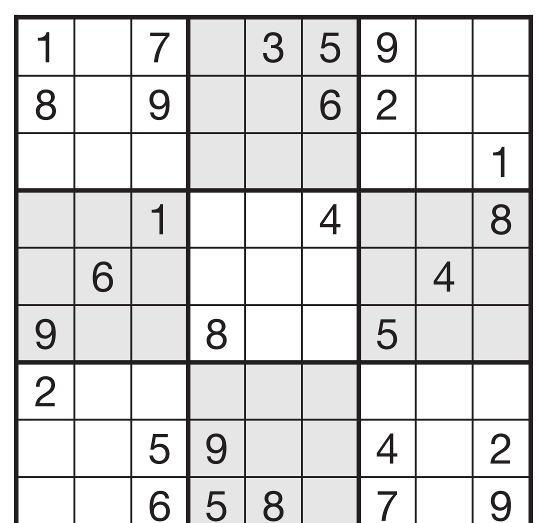
So ist's richtig:

Sudoku:

Diagonalrätsel: 1. weitab, 2. Maehre, 3. Zusage, 4. Hausse, 5. Eselei, 6. Esther – Wasser, Brause

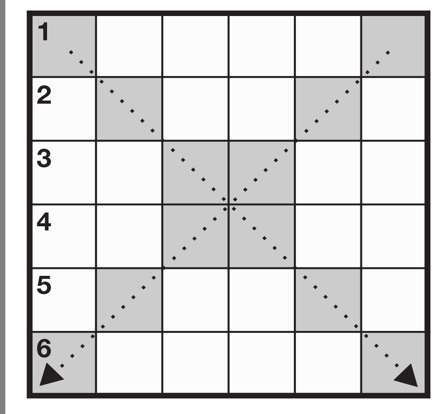
Kreiskette: 1. warnen, 2. ernten, 3. munden, 4. Taunus, 5. Prater – Warenmuster

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



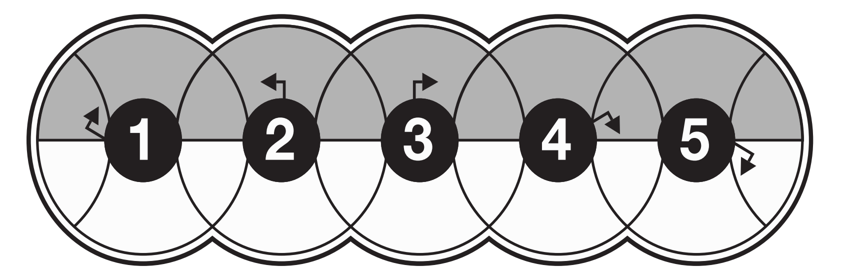
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, erscheinen in den beiden Diagonalen zwei Getränke.

1 fern, entlegen
2 altes, abgemagertes Pferd
3 Versprechen, Zusicherung
4 Steigen der Börsenkurse (franz.)
5 dumme, törichte Handlung
6 Frauenname; Buch im A.T.

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für ein Ansichts- und Qualitätsmodell.

1 auf eine Gefahr hinweisen, **2** Früchte einbringen, **3** gehoben für gut schmecken, **4** deutsches Mittelgebirge, **5** Park mit Vergnügungsplatz in Wien



Erst Ferienhäuser, dann Fabrikhallen

Ein Vortrag im Heimatmuseum Lötzen über dänische Internierungslager von 1945 bis 1949

Das Thema „Flüchtlinge“ ist in aller Munde. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über Menschen berichtet wird, die ihre Heimat verlassen haben und denen im Deutschland des Jahres 2017 Willkommenskultur, Teilhabe und Integration geboten werden sollen – drei Begriffe, die bei einer über 70 Jahre zurückliegenden Flüchtlingskrise im Nachbarland Dänemark keine Rolle spielten. Das wurde auch bei einem Vortrag von Karl-Georg Mix im Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in der Patenstadt Neumünster deutlich.

Der emeritierte Pastor aus Lübeck berichtete über ein Martyrium, das fast einer Viertelmillion Menschen aus dem deutschen Osten zwischen 1945 und 1949 in dänischen Internierungslagern widerfahren ist. Mix, Jahrgang 1936, weiß sehr genau, wovon er spricht. Als Achtjähriger strandete er mit Eltern und Geschwistern selbst in einem der Lager. 2005 legte er nach langer Recherche eine wissenschaftlich-solide Aufarbeitung dieses sonst wenig beachteten Kapitels des Zweiten Weltkriegs in Buchform vor. Unter seinen Zuhörern waren auch einige Zeitzeugen, darunter eine aus Stuhm in Westpreußen stammende 92-jährige Neumünsteranerin, die seinerzeit als junge Lehrerin die Kinder in einem Lager auf der Insel Fanö unterrichtete.


Bild: Krüger

Karl-Georg Mix beim Vortrag in Neumünster: Als Achtjähriger strandete der heute 81-Jährige selbst in einem Lager in Dänemark

Der Vortrag von Karl-Georg Mix war von Verständnis und Mitgefühl geprägt – für die Internierten, aber auch für die Dänen, die es nur mit Mühe und teils sehr widerwillig schafften, der Flüchtlingsmassen einigermaßen Herr zu werden. Dabei hatten es die Menschen, die aufgrund eines Befehls von Adolf Hitler vom 4. Februar 1945 an vor den anrückenden Sowjets auch ins von Deutschen besetzte Dänemark evakuiert wurden, zunächst gut getroffen. Die ersten von ihnen wurden von der deutschen Wehrmacht in hübschen Ferienhäusern mit Meerblick, aber auch in Schulen, Turnhallen oder Kasernen untergebracht. Sie erhielten Betreuung und Geld. Außerdem konnten sie sich relativ frei bewegen. Nicht wenige wähnten sich nach den vorausgegangenen Gefahren und Entbehrungen in einem Land, in dem „Milch und Honig fließen“. Das änderte sich nach der Kapitulation und dem Abzug der deutschen Truppen Anfang Mai 1945 schlagartig.

Menschlich auf niedrigem Niveau

Die Siegermächte verdonnerten Dänemark zur weiter andauernden Aufnahme der Deutschen. Das kleine Königreich befand sich in einer politischen Ausnahmesituation, dänische Widerstandskämpfer sahen die Chance, die eine oder andere offene Rechnung – auch mit ihren Landsleuten – zu begleichen. Die unbeliebten Gäste, die man in erster Linie als neuerliche „Invasoren ohne Uniform“ sah, wurden in eilends hergerichtete Barackenlager, teilweise aber auch in leerstehende Fabrikhallen verfrachtet. Insgesamt entstanden über 100 Lager, das größte in Oksböl an der Westküste Jütlands hatte bis zu 37 000 Insassen. Jedem Flüchtling standen 2,5 Quadratmeter Lebensraum zu. Manchmal wurde auch das noch unterschritten. Stacheldraht rundum, schlechte Verpflegung, Seuchengefahr, eine mangelhafte medizinische Versorgung, Ungeziefer und das Fehlen jeglicher Privatsphäre setzten den Menschen schwer zu.

Nur Frauen, Kinder und alte Männer, die man nicht einmal mehr zum „Volkssturm“ eingezogen hatte, lebten in den Lagern. Gerade diese alten Männer mit ihrer langen Lebenserfahrung schafften es aber, zur Verbesseung der Situation beizutragen. Mit handwerklichem Können schufen sie aus zurückgebliebenem Kriegsschrott neue Gebrauchsgegenstände, mit ihrem Organisationstalent bauten sie – von gutwilligen Dänen unterstützt – eine Selbstverwaltung innerhalb der Lager auf. Sport, anspruchsvolle Kulturangebote und sogar ein sehr hochentwickeltes, dreigliedriges Schulsystem gehörten dazu. Dänischunterricht war aber verboten. Die unfreiwilligen Gastgeber wollten die „Gäste“ so schnell wie möglich wieder vom Hals haben, was vor allem die Briten mehr als vier Jahre lang erfolgreich zu torpedieren wussten. Jede „Fraternisierung“ zwischen Dänen und Deutschen war derweil streng verboten. Niemand aus den Lagern sollte auf die Idee kommen, in Dänemark eine mögliche neue Heimat zu sehen.

Mix konnte aber auch viele Beispiele für Menschlichkeit und pragmatisches Miteinander liefern. Zum Teil nahm das skurril wirkende Züge an, die über 70 Jahre später sogar für einen Lacher gut sind. Er berichtete von Wachsoldaten, die ein Fußballspiel von Flüchtlingsjungen beobachten sollten, nach wenigen Minuten aber ihre Karabiner in die Ecke stellten, um selber mitzukicken. Es gab dänische Bewacher, die noch nie in ihrem Leben ein Gewehr in der Hand gehalten hatten, nun aber die Flüchtlinge in Schach halten mussten. In der Not erbarmte sich ein alter deutscher Feldwebel, ihnen die wichtigsten Grundsätze und Handgriffe näherzubringen – damit keine Unfälle passieren. Tatsächlich fielen auch einige tödliche Schüsse in den Internierungslagern. Zumeist waren haarsträubende Missverständnisse der Auslöser. Willkürliche Gewalt gegen die Flüchtlinge gab es nur selten, aber die Anrede „Tyske Svin“ (deutsches Schwein) war durchaus üblich. Alles in allem – so kann das Fazit wohl lauten – zeigten sich die Dänen im Vergleich zu einigen anderen Siegern des Zweiten Weltkrieges menschlich, wenn auch auf einem nach heutigen Maßstäben eher niedrigen Niveau.

Dänische Ärzte verweigerten die Hilfe

Auf das dunkelste Kapitel kam man dann während der Nachfragen aus dem Zuhörerkreis zu sprechen. Allein im Jahre 1945 starben 13 000 Internierte, darunter 7000 Kinder unter fünf Jahren. Säuglinge hatten praktisch kaum Überlebenschancen. Hauptgrund dürfte neben fehlender Milch – obwohl teilweise in Sichtweite der Lager große Kuhherden auf satten, grünen Wiesen weideten – die schlechte medizinische Versorgung gewesen sein. Der dänische Ärzteverband hatte im März 1945 beschlossen, deutschen Flüchtlingen generell keine Hilfe zu leisten. Immerhin: Einige Mediziner hielten sich nicht daran und folgten ihrem Gewissen – wurden dafür aber manchmal von Landsleuten angefeindet. Auch das Rote Kreuz Dänemarks lehnte seinerzeit jedes Engagement ab, weil „die Stimmung der Bevölkerung gegen die Deutschen“ sei. Im Ergebnis überlebten 80 Prozent der Kleinkinder ihre Internierung nicht. Dies hat übrigens die dänische Historikerin und Ärztin Kirsten Lylloff 60 Jahre nach Kriegsende erstmals mit einer Fülle an Belegen öffentlich gemacht und eine langanhaltende Diskussion im Königreich angestoßen. Immerhin, so rechnete sie ihren Landsleuten vor, seien „mehr deutsche Flüchtlinge in dänischen Lagern ums Leben gekommen, als Dänen während des ganzen Krieges“. *Joachim Krüger*

Zum Weiterlesen: ***Karl-Georg Mix: „Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–1949“,*** *Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2005, gebunden, 231 Seiten, 51 Euro*

Versuchsballon

Zu: So versagt der Bundestag (Nr. 28)

Die Debatte im Bundestag am 30. Juni mit gleichzeitiger Abstimmung über die „Ehe für alle“ wirft aus meiner Sicht – egal wie man zu dem Vorgang steht – Fragen auf: Wir haben eine Bundeskanzlerin, die nun zum dritten Mal (nach dem Ausstieg aus der Atomkraft und der Flüchtlingswelle) ihren Emotionen freien Lauf lässt und von heute auf morgen ihre eigene Meinung zur Disposition stellt. Das wäre im Einzelnen nicht schlimm, aber die Abgeordneten der CDU/CSU folgen ihr stets blind – auch ohne Fraktionszwang und schaffen dann mit dem willigen Koalitionspartner „emotionale Tatsachen“.

Völlig ungeplant und ohne sachliche Abwägung wird nach diesen Entscheidungen die vollkommen kopflose Umsetzung angegangen, mit immensen Kosten für unseren Staat (und uns). Können wir uns wirklich noch lange Regierungen und Bundeskanzler leisten, die so emotional gesteuert und augenscheinlich sachlichen Argumenten nicht mehr zugänglich sind?

Die roten und grünen Fraktionen des Bundestages haben eine Mehrheit im Hohen Haus. Wenn Martin Schulz nur ein Jahr eher SPD-Vorsitzender geworden wäre, hätte es für ihn zum Kanzler – nach einem Misstrauensvotum gegen Angela Merkel – gereicht. Dass er es jetzt nicht mehr versucht, ist der Tatsache geschuldet, dass der nächste Wahltermin zum Bundestag schon feststeht. Dass ein solch schneller Regierungswechsel möglich ist, hat das Jahr 1982 gezeigt, als Helmut Schmidt abgewählt wurde. Ist uns allen klar, dass dies am 30. Juni der „Versuchsballon“ war, eine rot-rot-grüne Bundesregierung zu erhalten – egal, was die SPD, die Grünen oder die Linke jetzt zu Koalitionsaussagen veröffentlichen?

Es verfestigt sich der Eindruck, dass alle Fraktionen des Bundestages – ob in der Regierung oder in der Opposition – die (fast) gleiche Meinung zu den meisten Themen vertreten. Abweichungen betreffen Termine, hier und dort Geld oder Formulierungen. Was sollte man noch am 24. September wählen, wenn die AfD keine wirkliche Alternative zurzeit darstellt? Sollte man überhaupt noch wählen gehen? **Dr. Eibe Hinrichs, Knüllwald**

Heimat und Familie – was ist das?

Zu: Sehnsucht nach Heimat und Familie (Nr. 26)

Die Deutschen sehnen sich nach traditionellen Werten wie Heimat und Familie? Die Deutschen? Das bezweifle ich. Viele Deutsche wissen doch überhaupt nicht mehr, was Heimat und Familie ist. Da muss aber noch einiges in den nächsten 15 Jahren geschehen. Tradition und Heimat sind doch vor allem von jüngeren Menschen verpönt. Es sind diese Menschen, die sich von der Politik haben einreden lassen, dass das etwas mit Rechts zu tun hat.

Tradition und Heimat sind Begriffe, die man Moslems zugesteht. Wenn man Freiheit will, muss man dafür kämpfen. Sie kommt nicht einfach so. Noch schwerer ist es, die Freiheit zu erhalten. Auf Ablehnung stoßen autoritäre Konzepte zur Kontrolle, Ordnung und Sicherheit. Hier muss zunächst geklärt werden, was die Deutschen eigentlich unter autoritär verstehen. Ein gewisses Maß an Autorität ist überall in unserem Leben jedoch erforderlich. Das hat nichts mit Freiheitsentzug zu tun.

Die Deutschen befürchten den Verlust der Hoheit über die eigenen Daten? Es hat auch schon vor 15 Jahren Menschen mit dieser Befürchtung gegeben. Diese wurden ausgelacht. Sollten also ausgerechnet jene Menschen, die damals gelacht haben, heute Angst haben? Die Deutschen haben den Wunsch, die klassische Familie solle an Bedeutung gewinnen? Da muss aber noch ein gewaltiges Umdenken erfolgen. Wissen doch viele nicht mehr, was Familie eigentlich bedeutet. Solidarität mit wem? Sie lässt zumindest unter den Deutschen stark zu wünschen übrig. Solidarität gegenüber allem, was nicht Deutsch ist, ist in. Was ja auch der Parole der Politik entspricht.

Sehnsucht nach Heimat und Familie? Dann muss sich jeder Wähler genau überlegen, wo er im September sein „X“ auf den Wahlzettel macht. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**



Lieber ein Europäer als ein Deutscher? Der europäische Staatsakt für den verstorbenen früheren Bundeskanzler Helmut Kohl war in Straßburg anscheinend besser aufgehoben als in Berlin, obgleich doch der Mauerfall als großes Verdienst von Kohl gilt Bild: pa

Folgerichtiger Mummenschanz für Kohl

Zu: Ein angemessener Trauerakt? (Nr. 27)

In zwei Stellungnahmen auf der Titelseite Ihrer Zeitung konnte man scheinbar Widersprüchliches zum Hinscheiden Helmut Kohls lesen: Deutschland habe dem „Vater der Einheit“ viel zu verdanken, und dies sei unstrittig. Und andererseits, niemand könne behaupten wollen, Kohl habe langfristig auf die Wiedervereinigung hingearbeitet.

Wie ich finde, sind beide Aussagen falsch. Kohl hat stets ganz eindeutig die Abschaffung aller Nationalstaaten mit dem Ziel einer Einewelt-Regierung beabsichtigt. Die Vereinigten Staaten von Europa = EU sind ein Meilenstein dahin gewesen. Die D-Mark-Abschaffung und aktuell der Kontrollverlust der staatlichen Außengrenzen sind weitere Schritte auf dem Weg dorthin.

Vor diesem Hintergrund darf man sagen, dass Kohl sehr wohl langfristige Ziele verfolgt hat. Die sogenannte friedliche Revolution und Mauerfall sind genauso wenig zufällig entstanden wie später die orangenen Revolutionen oder der arabische Frühling, der die Grundlagen schaffen sollte für die heutige Migrationsbombe.

Somit hat Kohl wie Adenauer, Schmidt, Schröder, Merkel, Herzog, Rau, Gauck, Carstens, Schäuble und andere die Deutschen nach Strich und Faden hinters Licht geführt und alles andere als deutsche Interessen vertreten. So war es nur folgerichtig, dass im EU-Parlament in Straßburg der Mummenschanz für Kohl zelebriert wurde. **K. Weiß, Berlin**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

»Outgesourct«

Zu: Stets wohlgelitten (Nr. 24)

Nun ist es soweit: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron kapituliert. Sie hat vor Wirtschaftsvertretern erklärt, sie könne sich ein europäisches Wirtschaftsministerium und einen europäischen Finanzminister, sowie einen europäischen Eurofonds vorstellen. Was früher von Deutschland strikt abgelehnt wurde, soll nun Wirklichkeit werden. Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik sollen „outgesourct“ und unter französische Direktive gestellt werden. Das wird teuer. Denn offensichtlich will Frankreich sich auf deutsche Kosten sanieren und unsere Entwicklungsmöglichkeiten dämpfen. Wer stoppt den politischen Amoklauf?

Nun wird auch noch bekannt, dass die Kanzlerin ihren Widerstand gegen die Homo-Ehe aufgegeben hat. Jetzt steuert sie uns nicht nur in den politischen, sondern auch in den moralischen Abgrund. **Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf**



Schuljunge Trump

Zu: Flegel Gabriel (Nr. 20)

Dass Sie das undiplomatische Verhalten des Bundesaußenministers Sigmar Gabriel kritisieren, ist verständlich, das Schweigen der Kanzlerin allerdings darf einen nicht wundern. Wie in der Geschichte der Diplomatie wohl selten, präsentiert das Glückwunschtelegramm Angela Merkels an US-Präsident Donald Trump den kaum versteckten Affront, ihn wie einen Schuljungen darauf hinzuweisen, dass „eine enge Zusammenarbeit“ nur auf der „Basis gewisser Werte“ angeboten wird: „Demokratie“, „Freiheit“, „Respekt vor der Würde des Menschen unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung“ und anderes. Es gab bei uns kaum ein Echo auf diese grenzüberschreitende Belehrung eines ausländischen Staatsoberhauptes. **Dr. Arthur Schanz, Overijse/Belgien**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Vor Sporen wird gewarnt

Wenn Kunst zum Gesundheitsrisiko wird – Die Biennale in Venedig kann anstrengend und ansteckend sein

Venedig an sich ist schon anstrengend – wegen der vielen Sehenswürdigkeiten, die keiner verpassen will. Kommt alle zwei Jahre die Kunst-Biennale hinzu, die gegenwärtig noch bis zum 26. November läuft, dann kann ein Besuch für Kunstbeflissene schnell in Stress ausarten.

Die Installation kommt so harmlos daher, dass es gleich mal verdächtig ist: Weiße Schwäne thronen auf blauen Halbkugeln, im Hintergrund eine Leinwand mit Wasser. Was das soll? Müßige Frage. Der freundliche tschechische Pavillon ist jedenfalls die Ausnahme in den „Giardini“, dem Gartengelände am Ende des Canal Grande.

Alle zwei Jahre werden die 1895 entstandenen Pavillons von internationalen Künstlern bespielt, dann pilgert die Kunstwelt nach Venedig und erwartet Skandale, Provokationen, Staunenswertes und Verrätseltes auf dem weiträumigen Gelände, das von der überlaufenen Rialto-Brücke und den monstergroßen Kreuzfahrtschiffen so unendlich weit weg scheint. Strohhüte wandeln zwischen Pinien, das obligatorische Schwarz der Szene wird von flatternden Blumenkleidern und goldbesetzten Sandalen abgelöst.

Die 85 Pavillons wechseln zwischen Geisterbahn und Wunderkammer. Bei den Israelis sind die Räume mit seltsamem Gewölle – also Nahrungsresten von Vögeln – gefüllt, vor austretenden Sporen wird gewarnt. Kaum hat man den Pavillon der Amerikaner betreten, droht eine Art Meteorit von der Decke zu fallen, nur wer sich an der Wand entlang drückt, erhascht einen Blick auf die Arbeiten des hochgelobten Mark Bradford. Dann endlich der Deutsche Pavillon, gelegen zwischen denen von Kanada (zerborstenes Holzdach, Wasser dringt aus kaputten Rohren) und Korea (Rotlicht-Fassade mit „Free Orgasm“-Angeboten).

Trutzig steht er da, 1938 im Stil der faschistischen Architektur umgebaut, seitdem alle zwei Jahre von Künstlern in Frage gestellt. Mal wurde der Betonboden aufgerissen, mal inszenierte der bereits schwer erkrankte Christoph Schlingensief eine Abschiedshalle. In diesem Jahr also eine Installation von Anne Imhof. Eine mehrstündige Performance wird angekündigt, allein: Die vorgebauten Zwinger, in denen sonst Dobermänner laufen – leer. Der Innenraum, wo die Besucher über einen höhergelegten Glasboden rutschen – eine unbespielte Bühne. Die Performance läuft nur vormittags, belehrt eine schwarzgekleidete Hilfskraft.

Die Enttäuschung hält sich in Grenzen: Wer die Biennale besucht, um Inhalte zu verstehen, so wie man den Kontext eines Romans versteht oder ein Altarbild von Riemenschneider, ist hier fehl am Platz. Was etwa ist von Erwin Wurm zu halten, der vor dem österreichischen Pavillon einen Lastwagen auf den Kopf stellt? Verkehrte Welt, der Unfall als Manifest, jeder kann sich etwas dazu denken oder auch nicht. Und doch unterminiert Wurm höchst subtil die vertraute Wahrnehmung: Wer sich auf dem Podest unter dem kippelnden Fahrzeug niederlässt, wird unversehens ein Teil seiner Skulptur.

Ungeheuer Mensch: Skulptur von Damien Hirst am Canal Grande *Bild: Martin*

Bei den Brasilianern überrascht ein Gitter, in dem Kieselsteine stecken, daraus wachsen besenartige Strunken. Die Japaner haben eine zarte Pagode aus Hölzern installiert und einen Kreis aus Lumpen in die Mitte des Raums gelegt, in der Mitte ein Loch. Aus der unteren Etage steigt dann und wann ein Besucher-Kopf hoch, guckt sich um, grinst verlegen, taucht wieder ab.

Verschiedene Ebenen, eine verrutschte Welt, in der auf nichts mehr Verlass ist, interpretiert der Besucher und fragt sich: Wo bleibt überhaupt das allgegenwärtige Thema Flucht? Zum Beispiel im australischen Pavillon: Tracy Moffat zeigt untergehende Schiffe mit verzweifelten Menschen, collagiert diese Bilder mit Filmszenen, in denen Schauspieler wie Liz Taylor und James Steward ein angstvolles Gesicht aufsetzen. Gespieltes Entsetzen versus echte Katastrophen.

„Viva arte viva“, es lebe die Kunst, nennt die französische Kuratorin Christine Macel ihre diesjährige Schau und wurde für dieses schlichte Motto prompt gescholten, denn Mäkelei gehört in der Szene unbedingt dazu. Ein gewisser Kunst-Overkill auch: Spätestens nach dem sechsten Pavillon beginnen die Bilder im Kopf zu flirren, der Magen signalisiert Hunger, die Füße schmerzen. Nur gut, dass die Rasenflächen zwischen den Pavillons als Picknick-Wiesen taugen, auf denen das Kunstvolk zwischenlagert und verdaut.

> Kunstkonsum schnell mit einem Aperol Spritz weggeschluckt

Zweiter Tag: Venedig als Wundertüte. Treppauf, treppab geht es auf der Suche nach den „Collaterali“-Ausstellungsorten, Palästen also, in die für sechs Monate die Kunst eingezogen ist. In einem Palazzo nahe der Accademia-Brücke lässt Aserbeidschan eine Reihe von Gesichtern in der Landessprache sprechen, darunter eine Video-Tapete aus flirrenden Buchstaben.

Vor dem Palazzo Grassi am Canal Grande windet sich ein Mensch, umschlungen von einem Monster – eine überdimensionale Skulptur von Damien Hirst. Im Dunkel der Kirche San Samuele ein verstörender Zusammenprall sakraler und zeitgenössischer Kunst: Körperteile liegen auf dem Boden, ein halber Torso hängt von der Decke. In einer Vitrine eine langgezogene Jesus-Skulptur mit gebrochenem Blick. Eine Haarsträhne fällt aus dem gläsernen Sarg. Den Besucher fröstelt es, und das hat nichts mit der Kühle der Kirche zu tun. „Ask your body“ nennt Evan Penny seine hyperrealistischen Skulpturen.

Weiter zum Arsenale, den Hallen der früheren Werftanlage. Waren die Giardini-Pavillons nach Ländern gebündelt, ergießt sich die Kunst hier in unsortierter Fülle. Ein fein gesponnenes Zelt lädt zum Rückzug ein, wer will, kann drinnen auf eine Trommel schlagen. „A sacred place“ nennt der Brasilianer Ernesto Neto diesen Ort. Daneben Zeichnungen vom Walfang, wie aus einem Kinderbuch entlehnt: Kananginak Pootoogook heißt der Künstler, ein Inuit.

Wer durch sengende Hitze zum Ende der Werft geht, landet schließlich im Pavillon der Gastgeber. Sage keiner, die Italiener hielten es gerne mit der Leichtigkeit des Seins: in dieser Schreckenskammer liegen nachgebildete Leichen in nachempfundenen Bleikammern, umfasst von einer Art Blasenhaut. Es riecht verdächtig, wieder wird vor Sporen gewarnt. Schnell wieder raus, über die nächste Brücke gelaufen und im Café einen unverdächtigen Aperol Spritz bestellt.

Die steinernen Löwen vom Palast nebenan blinzeln träge in die Sonne, die Strohhüte sitzen schief, Sandalen werden von müden Füßen gestreift. Beim Bezahlen rutscht ein blauer Pass aus der Tasche, ausgestellt in einem der Arsenale-Pavillons. Er berechtigt den Inhaber zum freien Zugang der ganzen Welt, verifiziert nur mit einem, meinem, Fingerabdruck. *Anne Martin*

Hohes Friedensfest für alle

8. August ist frei – Die Augsburger verdanken den Protestanten einen zusätzlichen Feiertag

An jedem 8. August genießen die Augsburger einen Extra-Feiertag. Wer an dem Tag aus dem Umland kommt und dort einkaufen möchte, hat schlechte Karten: Alle Läden sind geschlossen. Dafür treffen sich viele Bürger der Stadt auf dem Rathausplatz an einer Friedenstafel. Seit 1950 feiern sie auf diese Weise das Hohe Friedensfest, das seinen Ursprung dem Dreißigjährigen Krieg verdankt. Denn am 8. August 1629 hatte man den Protestanten Augsburgs die Ausübung ihres Glaubens untersagt. Erst im Westfälischen Frieden 1648 wurde ihnen die Gleichstellung der Römisch-Katholischen Kirche zuteil, die bereits 1555 im Augsburger Religionsfrieden formuliert worden war. In Erinnerung an den Tag ihrer Unterdrükkung feierten die Protestanten 1650 erstmals das Hohe Friedensfest – am 8. August und verschafften den Augsburgern damit die meisten Feiertage in der ganzen Republik.

Aus dieser Geschichte leitet Augsburg den aktuellen Auftrag als Friedensstadt ab: Niemand soll mehr aufgrund seiner Religion oder Herkunft ausgeschlossen werden. Heute leben hier Menschen unterschiedlichen Glaubens, fast 45 Prozent der Bewohner haben Zuwanderungsgeschichte. Daher wird das Friedensfest seit vielen Jahren interreligiös und interkulturell mit einem mehrwöchigen Kulturprogramm gefeiert, das am 23. Juli mit der „Kleinen Friedenstafel“ am Oberhauser Bahnhof (Helmut-Haller-Platz) startet und mit der „Großen Friedenstafel“ auf dem Rathausplatz Augsburg am 8. August endet.

Das Hohe Friedensfest umfasst in diesem Jahr um die 60 Veranstaltungen, darunter Konzerte, Theater, Lesungen, Gespräche, Filme, Ausstellungen, Kunstinstallationen, Führungen und Feste, die sich unterschiedlichen Facetten des Themas „Bekennen“ widmen. Das Spektrum der Formate reicht dabei von Historischem zu Experimentellem, von Popkultur bis Klassik und von Unterhaltung bis Streitgespräch.



Am 8. August wird geschlemmt: Friedenstafel vor dem Rathaus *Bild: Christian Menkel*

Mit dem diesjährigen Thema knüpft das Kulturprogramm auch an das Motto des Augsburger Reformationsjubiläumprogramms „Mutig bekennen – friedlich streiten“ an. Dazu passend ist die Auftaktveranstaltung auf der Brechtbühne am 23. Juli um 20 Uhr ein Streitgespräch zum Thema Religion/Islam zwischen dem Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad und dem Professor für Islamische Religionspädagogik, Mouhanad Khorchide, zu ihrem gemeinsamen Buch: „Ist der Islam noch zu retten? Eine Streitschrift in 95 Thesen“.

„Der Taubenschlag“, ein Begegnungs- und Kreativort mit eigenem Programm und Mitmachmöglichkeiten, wird ab dem 21. Juli begleitend zum Festivalzeitraum auf dem Königsplatz realisiert. Ein musikalischer Höhepunkt ist wieder das „Festival der Kulturen“ am 27. und 28. Juli mit der schon traditionell bei diesem Fest verankerten Weltmusik von internationalen Gruppen und lokalen Künstlern.

Das Festivalprogramm endet mit dem Augsburger Stadtfeiertag am 8. August mit ökumenischen Gottesdiensten, dem Kinderfriedensfest und einem Festkonzert. Für viele ist die Augsburger Friedenstafel beim Hohen Friedensfest ein Höhepunkt: Ein riesiger öffentlicher Empfang an weiß gedeckten Tischen auf dem Rathausplatz, an denen hunderte Augsburger und Besucher mitgebrachte Speisen teilen.

Am 8. August gibt Oberbürgermeister Kurt Gribl außerdem den nächsten Preisträger des Augsburger Friedenspreises bekannt. Die Auszeichnung der Stadt Augsburg wird alle drei Jahre an Personen vergeben, die sich um ein tolerantes und friedfertiges Miteinander von Menschen mit unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägung verdient gemacht haben.

Beim Friedensfest zeigte sich nur das Wetter häufig nicht ganz friedlich. Jetzt hoffen alle nur, dass wenigstens die Friedenstafel nicht ins Wasser fällt. *H. Tews*

Alle Festivaltermine im Internet: www.friedensstadt-augsburg.de

Dick und glücklich

Studie zeigt, wie Beziehungen einen ändern

Beziehungen können dick machen. Davon kann so manches altes Ehepaar ein Lied singen, das ein paar Pfunde zu viel auf die Waage bringt. Aber das heißt nicht, dass man damit unattraktiver wird. Im Gegenteil: Die Partner schätzen aneinander Eigenschaften wie Großzügigkeit oder Sparsamkeit, was sie in den Augen des jeweils anderen attraktiv erscheinen lässt.

Wir möchten so geliebt werden, wie wir sind, auch mit unseren Ecken und Kanten. Diesen Anspruch dürfte so ziemlich jeder in einer Partnerschaft haben. Aber Beziehungen können Menschen verändern, und ob und wie das passiert – dieser Frage ist das Meinungsforschungsinstitut Forsa jetzt nachgegangen. Im Auftrag der RaboDirect-Bank hat es in einer Beziehung lebende Frauen und Männer dazu befragt, inwiefern sie sich durch ihren Partner verändert haben.

> Partner schätzen Rücksichtnahme sehr

„Das Wunderbare am Menschen ist, dass er wohl derselbe bleibt, aber nicht der gleiche“ – so der Schriftsteller Wilhelm Raabe. Dies gilt auch für deutsche Paare: Sie erkennen zwar einen Wandel bei sich und beim Partner, dieser ist jedoch in der Regel von positiver Natur. So sagen 24 Prozent, dass sie durch ihre Beziehung humorvoller geworden sind – im Gegensatz zu lediglich vier Prozent, die meinen, nun weniger zum Lachen zu haben als in ihrer Singlezeit. Auch finden 14 Prozent der Befragten, dass die Partnerschaft sie attraktiver gemacht habe. Vor allem jüngere Personen unter 30 Jahren (28 Prozent) sehen das so. Nur drei Prozent der in einer Partnerschaft Lebenden fühlen sich unattraktiver.

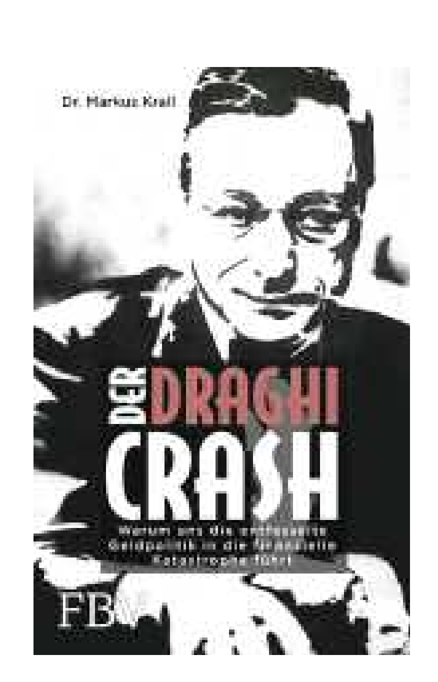
Allerdings gibt jeder Vierte zu, in der Beziehung Pfunde zugelegt zu haben. Der Attraktivität tut das offenbar aber keinen Abbruch. Die Zunahme an Körperfülle betrifft übrigens Männer (25 Prozent) und Frauen (24 Prozent) gleichermaßen.

Eine Charaktereigenschaft wird anscheinend ganz besonders durch eine Partnerschaft beeinflusst: die Rücksichtnahme. 50 Prozent der Befragten wurden nach eigenen Angaben im Laufe der Beziehung rücksichtsvoller, kaum jemand (drei Prozent) schätzt sich dagegen selbst als egoistischer ein. Vor allem Männer (55 Prozent; Frauen: 46 Prozent) meinen, dass die Partnerschaft ihnen dabei geholfen habe, sich besser in den anderen Menschen hineinzuversetzen und sich entsprechend freundlich und taktvoll zu verhalten.

Man sieht: In der Ehe darf man ohne schlechtes Gewissen essen und wird trotzdem geliebt. *tws*

Politische Zeitbombe

Markus Krall spricht sich gegen eine Finanz-Planwirtschaft aus



Der Autor Markus Krall fragt: „Wollen wir den Weg der Planwirtschaft, der letztlich ein Weg der Knechtschaft und Sklaverei ist, bis zur bitteren Neige zu Ende gehen, indem wir die vermeintliche Rettung den Apologeten eines neuen Sozialismus in die Hände geben? Wollen wir den marktwirtschaftlichen sozialen Rechtsstaat bewahren oder das Heil im planwirtschaftlichen Bevormundungsstaat suchen?“

Sein Buch ist ein mutiger Weckruf an die „wirtschaftlichen und akademischen Eliten“, dem Eigentum und der „Vertragsfreiheit als dem Herzstück der Marktwirtschaft“ wieder Geltung zu verschaffen. Einem aufrüttelnden Prolog folgen acht Kapitel, die übersichtlich und auch für Nicht-Volkswirte verständlich sind, den Finger in die Wunden der Politik legen und Korrekturmöglichkeiten zeigen. Es beginnt mit „Wetterleuchten des Crashs“, bei der die Europäische Zentralbank, das „geldpolitische Zentralkomitee“ unter die Lupe genommen wird. Kopf der EZB ist Mario Draghi, der eine Geldpolitik betreibe, die unweigerlich zum „Crash“ führe. Draghi gehe davon aus, dass „nur genügend Geld gedruckt werden muss, dann wird die Inflation schon anspringen“. Doch je mehr Geld Draghi druckt, desto mehr Deflation schaffe er und ruiniere das Bankensystem so gründlich, bis kein Staat mehr genug Geld habe, um die Banken wie 2007 nochmals zu retten.

In „Die Planwirtschaft des Geldes“ arbeitet Krall heraus, warum Geld und Zins eine so überragende Bedeutung in der Marktwirtschaft haben, die über den Preis Angebot und Nachfrage in einer Tauschwirtschaft ins Gleichgewicht bringen. Gleichheitswahn habe den Staat so stark in die freie Preisbildung der Märkte hineinpfuschen lassen, dass eine politische Umkehr schier unmöglich scheine. Preisvorschriften und Nullzinsen seien auch eine „strukturelle Form von Gewalt“. Wir lebten bereits in einer „Geld-Planwirtschaft“, die in eine „totale Überwachung jedes Zahlungs- und Einkaufsvorgangs“ münde. Der Gipfel sei der Plan, das Bargeld abzuschaffen.

> Geld drucken ruiniert das Bankensystem

Die Welle an Regulierungen versuche, den Markt durch Bürokratie zu ersetzen. Sie sei ein Instrument der Machtausübung. Sie habe die Anmaßung, die Menschen vor sich selbst schützen zu müssen. Aber: „Während sich die Bürokratie einbilden kann, sie würde aus dem Berg von Daten, den sie erschafft, klug werden, sitzt sie in Wahrheit auf einer Halde von Datenmüll, die sie nicht lesen, verarbeiten, geschweige denn interpretieren kann.“ Die Politiker würden sich Kompetenz und Wissen anmaßen, die sie gar nicht besäßen. Sie ersetzten Markt durch Bürokratie, doch alle Regulierungen seien in Wahrheit „Instrumente der Machtausübung“ und hätten mit Ordnungspolitik nichts zu tun. Ein Lehrbeispiel der „Arroganz der Macht“ von überstaatlicher Gewalt sei der „Stresstest“ von Europas Banken. Er war ein totaler Reinfall, doch was die Bürokraten nicht sehen wollten, das gebe es nicht.

In Kapitel sechs wird die „Zerstörung des Kreditsystems“ durch die verheerende Politik des Nullzinses dargestellt. Wir stehen vor einem „Geldmengenparadox“, das „Deflation“ auslöst, welche die EZB mit ihrer „aggressiven Geldmengenpolitik“ eigentlich zu verhindern trachtete. Zehn Jahre Finanzkrise und Euro-„Rettung“ haben Europa eine geldpolitische und gesamtwirtschaftliche Zeitbombe beschert, die in ihrer Größe ihresgleichen suche. Sie könnte dazu führen, dass Deutschland „der größte Hedgefonds der Welt“ werde. Noch würden mit künstlichen Nebelwänden die „gewaltigen Zahlungsbilanzungleichgewichte zwischen den Ländern des Euroraums verdeckt“. Die Zahlungsbilanzdefizite landeten alle als Überziehungskredite bei der Bundesbank. Zum Schaden komme dann noch der Spott: „Spinnt ihr, ihr Deutschen? Ihr seid doch schuld am Scheitern des Euro mit euren Überschüssen und eurem Geiz!“

Wenn Sie wissen möchten, wie es weitergeht, dann lesen Sie das Kapitel „Ein Weg aus der Falle“. Es werde kein leichter, sondern ein dorniger und schmerzhafter Weg sein, denn immer komme die Hybris vor dem Fall. Das Fazit im Epilog lautet „Freiheit in Gefahr“. Krall: „Ich fordere eine Renaissance der Freiheit. Der Staat kommt nicht zuerst. Die Zentralbank kommt nicht zuerst. Der Mensch, seine Freiheit, seine Individualität, sein Wert, seine Würde kommen zuerst!“ *Wolfgang Thüne*

***Markus Krall: „Der Draghi-Crash. Warum uns die entfesselte Geldpolitik in die finanzielle Katastrophe führt“**, Finanzbuch-Verlag, München 2017, gebunden, 208 Seiten, 17,99 Euro*

Luther in Litauen

Reformation im Großfürstentum



Der Leipziger Universitätsverlag ließ es sich nicht nehmen, im Luther-Jahr 2017 „Die Reformation im Großfürstentum Litauen und in Preußisch-Litauen (1520er Jahre bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts)“ als deutsche Ausgabe herauszubringen. Die Autorin, Inge Lukšaite, Emerita der Abteilung für Studien zum Großfürstentum Litauen am Litauischen Institut für Geschichte, stellt in ihrer breit angelegten Quellenarbeit (662 Seiten, insgesamt 1372 Fußnoten in zehn Abschnitten) folgende Fragen in den Vordergrund:

Welche kulturellen Entwicklungen vollzogen sich in den Gesellschaften des Großfürstentums Litauen und des Herzogtums Preußen im 16. Jahrhundert und zu Beginn des 17. Jahrhunderts? Welche Möglichkeiten eröffnete die Reformation zur Lösung der kulturellen Probleme in diesem Gebiet?

Die Wissenschaftlerin untersucht das Verhältnis der Gesellschaft zur Schrift, zum Lernen und zum Buch in den verschiedenen Muttersprachen und überprüft die Kontakte zu den europäischen Wissenschafts- und Verlagszentren. Der Wandel des Glaubens und der Glaubensauffassungen gerät ebenfalls in ihr Blickfeld. Ihre analytische Vorgehensweise ermöglicht es, die Interpretationen bereits bekannter Fakten abzuwägen und allgemeine Entwicklungslinien zu verstehen. So gelangt sie zu dem Ergebnis, dass die Reformation in der Region ein Brennglas der kulturellen Innovation und Interaktion war.

Der erwartungsvolle Leser, der über die engeren Grenzen hinausblicken und neue Pfade beschreiten möchte, wird durch eine Fülle überraschender Entdeckungen sowie mit einem enormen Erkenntnisgewinn zur Reformationsgeschichte belohnt.

Die Übersetzungsarbeit von Lilija Künstling und Gottfried Schneider kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Man spürt geradezu, wie der anspruchsvolle litauische Text didaktisch einfühlsam für den deutschen Leser aufbereitet wurde. Dabei kommt die ausdrucksstarke, klare Sprache über weite Strecken ohne jedes Fremdwort aus.

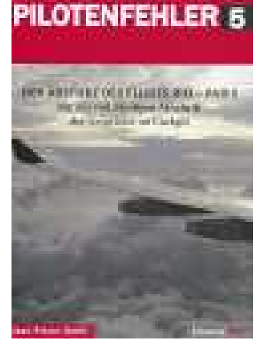
Das Quellen- und Literaturverzeichnis wurde von Jürgen Hennings auf der Grundlage der Fußnoten und des Abkürzungsverzeichnisses der litauischen Originalausgabe erstellt.

Ein Abbildungsverzeichnis, ein Personenverzeichnis sowie ein Verzeichnis der geografischen Namen schließen das einmalige Werk ab. *Lothar Förmer*

***Inge Lukšaite: „Die Reformation im Großfürstentum Litauen und in Preußisch-Litauen (1520er Jahre bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts)“**, Leipziger Universitätsverlag GmbH 2017, gebunden, 662 Seiten, 49 Euro*

Letzte Cockpit-Worte

Irre Luftfahrt-Katastrophen



Es gibt irre Geschichten über Abstürze oder Beinahe-Katastrophen in der Luftfahrt. Da verschiebt ein Copilot während des Fluges seinen Sitz so ruckartig nach vorne, dass er mit seinem Körper den Steuerknüppel nach vorne drückt. Die Passagiermaschine gerät daraufhin in den Sturzflug, der den Copiloten zwischen Sitz und Instrumenten so stark einklemmt, dass er das Steuer nicht mehr bewegen kann. Erst der Flugkapitän, der vom WC-Gang zurückeilt, kann die Situation im letzten Moment retten.

Diese und andere haarsträubende Beispiele stellt der Luftfahrtexperte Jean-Pierre Otelli in seinem Buch „Pilotenfehler 5“ vor, wobei er die Dialoge der Cockpitaufzeichnungen durch die Sprachbox wiedergibt und kommentiert. Sie zeugen von Schnarchlauten eines Piloten, während das Flugzeug in den Abgrund fliegt, und von „Stall“-Warnungen, welche die Piloten eines Airbus-Fluges von Rio de Janeiro nach Paris falsch interpretierten. Diese Katastrophe vom Juni 2009, bei der beim Absturz in den Atlantik 228 Menschen starben, ist der dramatische Höhepunkt eines aufwühlenden Buches, das aber keine Angst vorm Fliegen machen soll. *H. Tews*

***Jean-Pierre Otelli: „Pilotenfehler 5“**, Éditions JPO, Clamecy 2017 (deutschsprachige Ausgabe), Broschur, 264 Seiten, 24 Euro*

Wie Europa ruhmreich wurde

Ein Wirtschaftswissenschaftler erklärt den Aufstieg mit Konkurrenz



Der Wirtschaftswissenschaftler Philip T. Hoffmann stellt die interessante Frage, warum ausgerechnet Europa zwischen 1492 und 1914 eine den Globus beherrschende Weltmacht war? Der Autor, der am California Institute of Technology Wirtschaftsökonomie und Geschichte lehrt, geht diesem Thema in seinem Buch „Wie Europa die Welt eroberte“ eingehend nach. Ein Vergleich zwischen Europa im 9. Jahrhundert und dem muslimischen Nahen Osten sowie Südchina zur selben Zeit zeigt, dass diese Regionen wesentlich fortschrittlicher waren. Und das in vielerlei Hinsicht, sei es kulturell oder technologisch.

Was also machte dieses wilde, unzivilisierte West-Europa des ausgehenden Mittelalters so stark, dass es die Weltmeere beherrschen konnte und überall auf der Welt Kolonien errichtete? Die Chinesen erfanden das Schießpulver zwar, jedoch entwickelten die Europäer die „gunpowder technology“ stets weiter. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt der frühen Neuzeit tat sein Übriges. Nach dem Tod Karls des Großen existierte kein einheitliches Imperium mit übergeordneter Macht mehr. Der europäische Kontinent war in einen bunten Flickenteppich von Regionalmächten zerpflückt. Konkurrenz der Fürsten untereinander um Ruhm, Ehre und Macht herrschte vor.

Hoffmann erklärt, dass sich hieraus eine besondere Form des militärischen Wettbewerbs entwickelte. Und begründet diese mit einem sogenannten „Turniermodell“, bei dem die Beteiligten enorme Anstrengungen unternahmen in der Hoffnung, einen Gewinn einzufahren. Die Herrscher mussten ständig im Kriegszustand sein, deren Austragung jeweils mit Feuerwaffen stattfand. Woraus sich eine stetige Weiterentwicklung der Waffentechnologie ergab. Für die sich bekämpfenden Fürsten mussten die Kosten der Kriegführung gering sein und am Ende ein wertvoller Gewinn locken.

Auch die Verbreitung technischer Innovationen trug zur militärischen Überlegenheit der Europäer bei. Etwa ab dem 16. Jahrhundert entwickelte sich Europa zu einer Art Weltrüstungsschmiede und exportierte Feuerwaffen und Waffen-Experten in die damals bekannte Welt. Faktenreich und detailliert erklärt der Autor die Gründe für die Weltmachtstellung Europas über viele Jahrhunderte.

Man mag dem Autor in seinen Ausführungen folgen oder nicht. Interessant ist es jedoch, weltgeschichtliche Fragen aus der Sicht eines Wirtschaftswissenschaftlers beantwortet zu bekommen. *Silvia Friedrich*

***Philip T. Hoffman: „Wie Europa die Welt eroberte“**, Theiss-Verlag, Darmstadt 2017, gebunden, 336 Seiten, 24,95 Euro*

Amerika im Zweiten Weltkrieg

Jay Winik zeichnet ein genaues Bild von Präsident Roosevelt und seinen Entscheidungen im Jahr 1944



Wer den Verlauf des Zweiten Weltkriegs aus US-amerikanischer Sicht erfahren möchte, muss dieses Buch zur Kenntnis nehmen. Im Zentrum stehen Präsident Roosevelt und sein politisches Handeln im Jahr 1944. Jay Winik bezieht sich fast ausnahmslos auf amerikanische Quellen. Wichtig war für ihn der britische Historiker Ian Kershaw mit seiner Hitlerbiografie.

Die entscheidenden politischen und militärischen Ereignisse, an denen Roosevelt mitgewirkt und die er gestaltet hat, werden ausführlich dargestellt. Behandelt werden der Lend-and-Lease-Act vom Februar 1941, der Kriegseintritt der USA als Folge von Pearl Harbor 1941, seine wichtigsten Kriegskonferenzen mit Churchill sowie die Dreiergespräche mit Stalin in Teheran und Jalta, die Forderung Stalins nach einer zweiten Front – Nordafrika, Italien oder Frankreich, die Invasion in Frankreich, bekannt als D-Day. Roosevelts vierte Kandidatur als Präsident der USA und sein Tod am 12. April 1945.

Roosevelt wird als Persönlichkeit und als Politiker vorgestellt. Er war nicht gesund und ständig auf einen Rollstuhl angewiesen. Es ist beachtlich, wie er trotz seiner körperlichen Gebrechen sein Amt ausüben konnte. Neben allen politischen und militärischen Problemen und Entwicklungen belastete die Judenfrage den Präsidenten während des Krieges bis zu seinem Tod. Dieses Thema zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Es zeigt, wie heftig und kontrovers die Diskussion bis Kriegsende in den USA und ihren Bündnispartnern war.

Bereits im Juli 1938, als sich die antisemitischen Aktivitäten steigerten, hatte der Präsident 32 Staaten in die französische Stadt Evian am Genfer See geladen, um Aufnahmemöglichkeiten für gefährdete Juden aus Deutschland zu beraten. Das Ergebnis war ein Fiasko. Golda Meir, die spätere israelische Ministerpräsidentin, die in Evian teilnahm, schrieb, sie verspüre eine Mischung aus Wut, Frustration und Entsetzen. Im Laufe der folgenden Jahre wurden die Informationen über das System der Konzentrationslager und der im besetzten Polen eingerichteten Vernichtungslager der SS immer konkreter. Berichte von geflohenen Häftlingen aus NS-Konzentrationslagern erreichten die amerikanische Regierung. Sie zeigten die Brutalität und Grausamkeit der Vernichtungsmaschinerie. Es sind beklemmende Passagen, die der Leser zu verarbeiten hat.

Aber nicht nur Berichte von Insassen, sondern auch Fotos der Anlagen von Auschwitz, die Flugzeuge der Alliierten gemacht hatten, lagen den Entscheidungsträgern in der amerikanischen Regierung vor. Es begann eine harte interne Diskussion über eine Bombardierung der Vernichtungslager. Sie geschah bekanntlich nicht.

Winik schildert die Auseinandersetzungen innerhalb der amerikanischen Regierung, aber auch mit den Briten, Stalin war daran nicht zentral beteiligt. Roosevelts Vision war nach den Erfahrungen des gescheiterten Völkerbundes nach dem Ersten Weltkrieg und unter dem Eindruck des von ihm entscheidend geführten Zweiten Weltkrieg die eine Welt des Friedens unter dem Dach der Vereinten Nationen. An der Verwirklichung dieses Zieles orientierte er seine Politik, die zur Voraussetzung die bedingungslose Niederlage des Dritten Reichs hatte. Dass Stalin andere Ziele verfolgte, konnte oder wollte der Präsident zu seinen Lebzeiten nicht einmal ahnen.

Zahlreiche Fotos und Illustrationen ergänzen die Darstellungen. Winiks Buch beschreibt die Jahre des Zweiten Weltkrieges aus der Sicht der Entscheidungsträger wie auch den Menschen und Politiker Roosevelt. Für ihn war die Durchführung der Invasion in Frankreich 1944, die die zweite Front brachte, das entscheidende Ereignis auf dem Weg zum Sieg über Deutschland. Das Buch ist für geschichtlich und politisch Interessierte zu empfehlen. *Karlheinz Lau*

***Jay Winik: „1944 – Roosevelt und das Jahr der Entscheidung“**, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2017, gebunden, 569 Seiten, 39,93 Euro*

Berichtigung

Bei der Besprechung des Buchs von Ralf Zielinski, „Die Geschichte der Marinekaserne Glückstadt ...“ hat bei der Angabe der E-Mail-Adresse der Fehlerteufel zugeschlagen.

Die richtige Adresse lautet: **zielinskizille2@t-online.de**



Silke Osman (Hrsg.)
Der Redliche Ostpreuße 2018
Ein Kalenderbuch für 2018
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2018, jetzt mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure und Architekten wie Marie Thierfeldt, Nicolaus Coppernicus, Carl Steffeck, Gertrud Bischoff, Katharina Szelinski-Singer, Elisabet Boehm, Friedrich Reusch, Johannes Marienwerder, Johanna Wolff, Richard Friese u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Siegfried F. Wiechert, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva Maria Sirowatka, Hildegard Rauschenbach, Hedwig von Lölhöffel, Hans-Ulrich Stamm, Joachim Ringelnatz, Walter Adamson, Robert Budzinski, Grete Fischer, Agnes Harder, E.T.A. Hoffmann, Johann Gottfried Herder u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533182 Gebunden 9,95 €



Karl Knoblauch
Dem Ende entgegen
Mit dem Fallschirm-Panzerfüsilier-bataillon 2 „Hermann Göring“ in Ostpreußen 1944/1945
121 S/W-Abb. 221 Seiten
Nr. P 575720 Geb. 14,95 €

Leutnant Karl Knoblauch, nach Stationen bei der Radfahrschwadron 195 der 95. Infanteriedivision und als Beobachter in der 4.(F)/14 Fernaufklärerstaffel der Luftwaffe bei einem Einsatz schwer verwundet, meldet sich nach seiner Genesung im Lazarett zum Fallschirm-Panzerkorps „Hermann Göring“. Als Zugführer eingesetzt erlebt der Autor die schweren Abwehrschlachten um Ostpreußen 1944/45. Die Schilderungen dieser grauenvollen Abwehrkämpfe gegen einen übermächtigen Gegner, das schreckliche Schicksal der Zivilbevölkerung während der Kämpfe und auf der Flucht zeigen das ganze Grauen des Krieges.



Dr. Hans Heinz Rehfeldt
Mit dem Eliteverband des Heeres „Großdeutschland“ tief in den Weiten Russlands
Gebunden mit farbigem Überzug. 244 Abbildungen. 375 Seiten
Nr. P 575773 14,95 €

Als Hans Heinz Rehfeldt im Herbst 1941 seine Ausbildungszeit beim Ersatzbataillon des verstärkten Infanterieregiments „Großdeutschland“ beendet, ahnt er noch nicht, welch wechselvolles Soldatenschicksal ihn erwartet. Der Krieg in Russland war bislang siegreich verlaufen. Am 3. November 1941 in Orel angekommen, wird Hans Heinz Rehfeldt bei den Gefechten um Tula zum ersten Mal mit dem Krieg konfrontiert. Im Granatwerferzug der 8. Kompanie des II. Bataillons erlebt er die verlustreichen Abwehrkämpfe während des kalten russischen Winters 1941/42. Es folgen die Kämpfe um Woronesch, die Abwehrschlacht um Rshew und die größte Panzerschlacht am Kursker Frontbogen um Bjelgorod und Charkow beim Unternehmen „Zitadelle“.



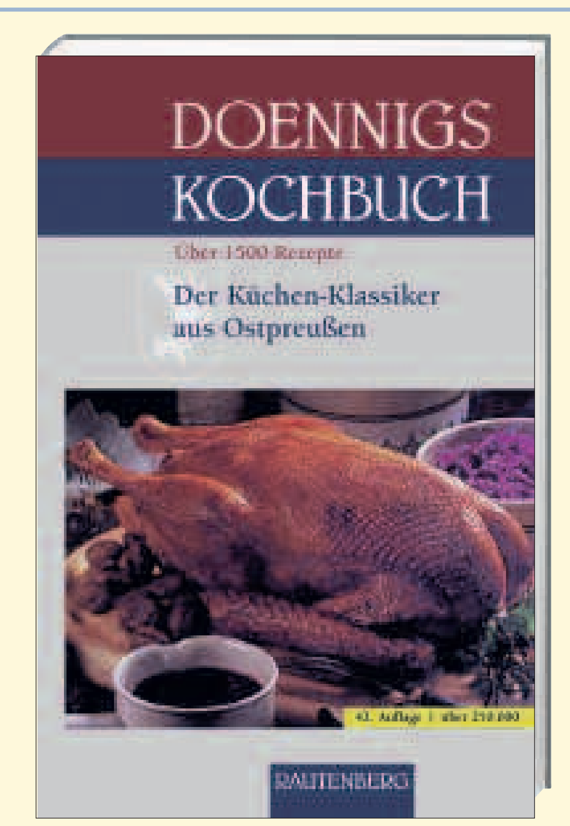
Im Fadenkreuz der Scharfschützen
Scharfschützen im Zweiten Weltkrieg
Die vorliegende außergewöhnliche, interessante und informative Anthologie beleuchtet in fesselnder Weise die Erfolgs- und Lebensgeschichten von zehn erfolgreichen Scharfschützen des Zweiten Weltkriegs wie Simo Häyhä, Ljudmila Pawlitschenko, Wassili Saizew, Sepp Allerberger, Harry M. Furness und viele mehr. Im Privatleben still und bescheiden, wurden sie durch die Umstände des Kriegs gezwungen, ihre Aufgaben an den Fronten zu erfüllen. Jeder von ihnen war hervorragend, ohne sich mit seinen Taten zu brüsten. Die einzelnen Porträts wurden von namhaften englischsprachigen Militärjournalisten verfasst, die es damit ausnahmslos geschafft haben, die Scharfschützen und deren Kriegserlebnisse anschaulich und fesselnd darzustellen. Der vorliegende Band wird durch umfangreiches Fotomaterial vervollständigt. Ein sehr lesenswertes Werk für alle, an diesem Thema interessierten Leser. 224 Seiten
Nr. P 540091 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €

Franz Kurowski
Feldwebel Kurt Knispel
Der erfolgreichste Panzerschütze und Panzerkommandant des Zweiten Weltkrieges
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575734 Geb. 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Kurt Knispel, dem wohl erfolgreichsten Panzerschützen und Panzerkommandanten des Zweiten Weltkriegs. Mit über 160 Panzerabschüssen stand Kurt Knispel an der Spitze der Panzerasse, und doch ist nur sehr wenig über ihn bekannt. Als Tigerkommandant bei der schweren Panzerabteilung 503 stand er mit Panzerkommandanten wir Oberfeldwebel Rondorf und Feldwebel Heinz Gärtner an den Brennpunkten des Krieges im Einsatz. Im Kaukasus, an der russischen Nordfront, bei der Operation Zitadelle, im Kessel von Tscherkassy und vielen anderen kriegsentscheidenden Schlachten als Feuerwehr eingesetzt, kämpfte er mit seiner Abteilung gegen einen oft übermächtigen Gegner. Am 29. April 1945 wenige Tage vor Ende des Krieges fand Kurt Knispel mit seiner Besatzung in seinem Tiger den Tod.

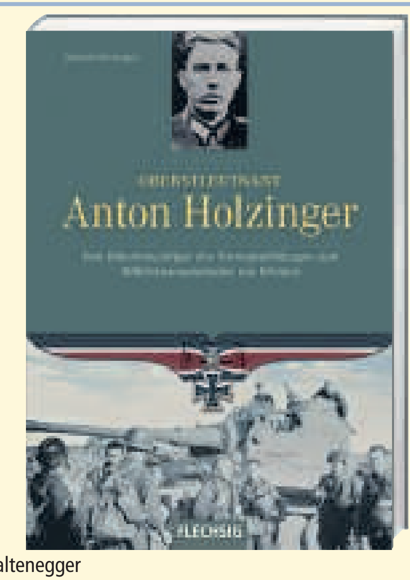



Hans-Joachim Röll/Thomas Wende
In der Hölle der Atlantikschlacht – Die Feindfahrten des Wachoffiziers Rudi Walther auf U 87, U 256 und U 92 1942–1945
Dies ist die Geschichte von Oberleutnant zur See Rudolf Walther. Am 30. Juni 1922 in Dohna, Sachsen, geboren, trat er am 1. Oktober 1940 als Seeoffiziersanwärter in die Kriegsmarine ein. Nach seiner Grundausbildung, gefolgt von der praktischen Bordausbildung auf dem Zerstörer Z 24 wurde er auf U 87 kommandiert, mit dem er an zwei Feindfahrten unter Kapitänleutnant Joachim Berger teilnahm, die ihn vom Nordatlantik bis zur Neufundlandbank und Nova Scotia führten. Als I. Wachoffizier auf U 256, eines der wenigen U-Boote, die zu einem Flak-U-Boot umgebaut worden waren und das unter dem Kommando von Werner Brauel stand, erlebte er die Hölle der Atlantikschlacht der Jahre 1943 und 1944. Schon längst waren die deutschen Unterseeboote vom Jäger zum Gejagten geworden. Mit Beginn der Invasion am 6. Juni 1944 stand auch U 256 am Gegner, wurde allerdings durch Bombentreffer derart beschädigt, dass es zurück zum Stützpunkt musste. Die Besatzung von U 256 übernahm U 92 in Brest und Rudolf Walther war wiederum als I. Wachoffizier mit an Bord. Im Januar 1945 folgte ein Kommandantenlehrgang in Danzig und die Kommandierung auf U 3011, einem Boot von Typ XXI, des zu dieser Zeit wohl modernsten U-Bootes der Welt. 368 S.
Nr. P 540093 Gebunden 19,95 €

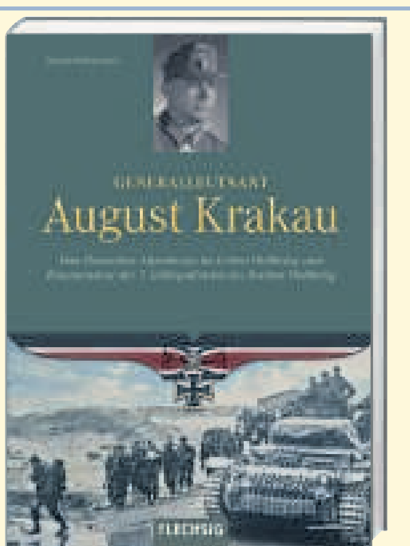


M. und E. Doennig/Gertrud Brostowski
Doennigs Kochbuch
Das ostpreußische Familien-Kochbuch
Im Jahr 1891 begründeten die Geschwister Doennig in Königsberg eine Kochschule. Sie arbeiteten drei Jahre lang mit solchem Erfolg, dass sie gezwungen waren, wesenlich größere Räume anzumieten, um die stetig wachsende Schülerinnenzahl aufnehmen zu können. Um das zeitraubende Diktieren von Rezepten zu vermeiden, entstand dieses Kochbuch, dass als Standardwerk der Kochkunst in alle ostpreußischen Haushalte Einzug hielt. Das inzwischen in 43. Auflage erschienene Werk enthält über 1.500 Rezepte. 632 Seiten
Nr. P 1061 Gebunden 19,95 €

Roland Kaltenegger
Blutende Fronten
Truppenärzte, Sanitäter und Rotkreuzschwestern im Zweiten Weltkrieg
Dieses Buch ist alles andere als ein Heldenepos, wie man es tausendfach über den Krieg kennt. Denn das Leben im Graben- und Stellungskrieg mit seinem Schlamm, dem Wasser und den Ratten sowie den menschenverachtenden Tages- und Nachtmärschen während der „Blitzkriege“ ohne die entsprechenden Ruhepausen ist nichts Heroisches, sondern es macht das Leben der geschundenen Frontsoldaten zur Hölle. Aus diesem Grund geht es hier auch nicht um die großen Schlachterfolge und Siege der Generalität, sondern um die stumme Pflichterfüllung von Menschen, die der Krieg schicksalhaft zusammengewürfelt hat und die vielfach vor Angriffsbeginn im Morgengrauen verspürten, dass sie bereits am Abend tot sein werden, noch ehe die Sonne blutrot am Horizont des Schlachtfelds versinkt. In diesem Werk geht es in erster Linie um die Darstellung der leidenden Frontsoldaten und der permanent überforderten Truppenärzte und Sanitäter sowie um das Leben der Rotkreuzschwestern im Inferno des Schlachtgetümmels, um ihr persönliches Schicksal, ihre Ängste, Sorgen und Nöte; aber auch um die Gewissensqualen und Sehnsüchte am Rande der menschlichen Existenz; um den Tod auf dem Schlachtfeld, wenn sich Mann gegen Mann unausweichlich gegenüberstehen. - 384 S.
Nr. P 540075 Gebunden 16,95 €



Roland Kaltenegger
Oberstleutnant Anton Holzinger – Vom Ritterkreuz des Norwegenfeldzuges zum Militärkommandanten von Kärnten
Dies ist die Geschichte von Oberstleutnant Anton Holzinger. Am 30. Dezember 1901 in Pola geboren, trat er am 6. August 1918 als Kriegsfreiwilliger in die k. u. k. Armee ein. 1938 wurde Anton Holzinger in die Deutsche Wehrmacht übernommen. Mit dem Gebirgsjägerregiment 138 nahm er am Polenfeldzug teil. Beim Feldzug gegen Norwegen wurde er für seine Verdienste als Führer einer Kampfgruppe beim waghalsigen Unternehmen „Wildente“ mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. An der Lizafront schwer verwundet, kam er zur Genesung in die Heimat und wurde anschließend zum Kommandeur des II. Bataillons des Gebirgsjägerregiments 756 ernannt. Mit diesem Verband ging es im Eilmarsch nach Afrika und zum Einsatz im Brückenkopf von Tunesien, um Rommels Truppen zu Hilfe zu eilen, die sich durch die Landung der Alliierten in Algerien in einen Zweifrontenkrieg gezwungen sahen. Nach Kampfeinsätzen auf dem Balkan, wurde er zum Regimentskommandeur des Gebirgsjägerregiments 136 in der 2. Gebirgsdivision ernannt und erlebte das Kriegsende in der Alpenfestung. In der Zweiten Republik Österreichs trat Anton Holzinger in die B-Gendarmerie ein, um dann im Bundesheer als Brigadier und General bis zum Militärkommandanten von Kärnten aufzusteigen. 160 S.
Nr. P 540084 Gebunden 9,95 €

Roland Kaltenegger
Generalleutnant August Krakau – Vom Deutschen Alpenkorps im 1. Weltkrieg zum Kommandeur der 7. Gebirgsdivision im 2. Weltkrieg
Dies ist die Geschichte von Generalleutnant August Krakau. Am 12. September 1894 in Pirmasens geboren, trat er im Alter von knapp zwanzig Jahren in die Bayerische Armee ein und erlebte den Ersten Weltkrieg als Offiziersanwärter und Leutnant im Deutschen Alpenkorps an der Westfront, auf dem Balkan und im Kampf an der Isonzofront. In der deutschen Wehrmacht übernahm er zunächst Aufgaben in der Kommandantur des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr und führte dann als Bataillonskommandeur das II. Bataillon des Infanterieregiments 41 mit dem er am Feldzug gegen Polen teilnahm. Am 5. Februar 1940 wurde er zum Kommandeur des Infanterieregiments 85 ernannt. Als bei der Aufstellung der 5. Gebirgsdivision des Generals Julius Ringel das Infanterieregiment 85 als Gebirgsjägerregiment 85 in die „Gams-Division“ eingegliedert wurde, war er als dessen Kommandeur am Durchbruch durch die griechische „Metaxaslinie“ maßgeblich beteiligt und wurde für seinen mutigen und entschlossenen Einsatz auf Kreta als Oberst am 21. Juni 1941 mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. Im Sommer 1942 wurde er als Generalmajor auf den finnischen Kriegsschauplatz geholt, um die zusammengeführte 7. Gebirgsdivision als Generalleutnant bis zum Kriegsende als dessen Kommandeur zu führen. 160 Seiten
Nr. P 540083 Gebunden 9,95 €

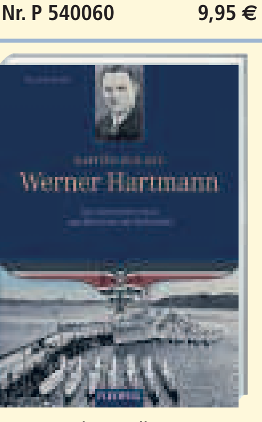
Roland Kaltenegger
Gefreiter der Reserve Matthäus Hetzenauer
Vom erfolgreichsten Scharfschützen der Wehrmacht zum Ritterkreuzträger
160 S/W-Abb. 160 S./Gebunden
Nr. P 540060 9,95 €

Dies ist die Geschichte des Gefreiten der Reserve Matthäus Hetzenauer. Am 23. Dezember 1924 als Sohn einer Tiroler Bauernfamilie in Brixen im Thale geboren, wurde er im September 1942 zum Gebirgsersatzbataillon 140 nach Kufstein eingezogen und im Januar 1943 auf dem steirischen Truppenübungsplatz Seetaler Alpe zum Scharfschützen ausgebildet. Nach seiner Ausbildung zu seiner Kompanie zurückgekehrt, ging er 346 Mal als Sieger im Kampf gegen feindliche Scharfschützen und Maschinengewehrbesatzungen hervor. Als erfolgreichstem Scharfschützen der Deutschen Wehrmacht wurde ihm auf Vorschlag des Divisionskommandeurs der 3. Gebirgsdivision, Paul Klatt, noch am 17. April 1945 das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen.

Roland Kaltenegger
General der Gebirgstruppe Hans Schlemmer
Vom Höheren Artilleriekommandeur an der Ostfront zum Kommandierenden General in der Armee „Ligurien“
Dies ist die Geschichte von General der Gebirgstruppe Hans Schlemmer. Am 18. Januar 1893 in Nesselwang im Allgäu geboren, nahm er mit dem 5. bayerische Feldartillerieregiment am Ersten Weltkrieg teil, den er als Zug- und Batterieführer bestritt. In die Reichswehr übernommen, wurde er nach dem Studium zum Kommandeur der III. schweren Abteilung des Gebirgsartillerieregiments 111 der 2. Gebirgsdivision in Innsbruck ernannt und nahm am Polen- und Westfeldzug teil. Ende 1941 wurde er während des Russlandfeldzuges im Mittelabschnitt der Ostfront mit der Führung der sich in schwieriger Lage befindenden 134. Infanteriedivision beauftragt, die er innerhalb kurzer Zeit wieder in einen kampfstarken Großverband verwandelte und hervorragende Abwehrerfolge mit ihr erzielte, für die er am 21. April 1942 mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet wurde. Nach den harten Rückzugsgefechten, die sich an die erfolglose Operation „Zitadelle“ im Großraum Kursk anschlossen, wurde Hans Schlemmer am 18. Januar 1944 das 369. Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Am 2. Juli 1944 übernahm der am 9. November 1944 zum General der Gebirgstruppe beförderte Hans Schlemmer die Führung des LXXV. Armeekorps im Rahmen der Armee „Ligurien“. 160 S.
Nr. P 540082 Gebunden 9,95 €

Günter K. Koschorrek
Vergiss die Zeit der Dornen nicht
Ein Soldat der 24. Panzerdivision erlebt die sowjetische Front und den Kampf um Stalingrad
341 Seiten/Gebunden
Nr. P 540016 14,95 €

Günter K. Koschorrek war nicht Heerführer, nicht Wissenschaftler oder Historiker, er hat in seinem Buch zusammengefasst, was er als einfacher Soldat im Grauen des Krieges täglich aufgeschrieben hat. Sein Erleben des Krieges war ein anderes als das in den Stäben oder Befehlsständen. Der Verfasser war 19 Jahre alt, als ihn der Krieg in seiner schlimmsten Phase einholte und ihn in seine unerbittliche Gewalt nahm. Er hatte zu gehorchen und nicht nach dem Warum zu fragen. Das NS-Regime, das seine Ziele gnadenlos verfolgte, hatte eine ganze Generation unter Eid und in die Pflicht genommen, ihre Ideale schändlich missbraucht. Der Autor berichtet über seine Erlebnisse tagebuchartig, ohne Umschweife und auf objektive Art und Weise und erreicht dadurch eine große Authentizität, die unter die Haut geht.



Hans-Joachim Röll
Kapitän zur See Werner Hartmann
Vom Lehrmeister Priens zum Ritterkreuz mit Eichenlaub
87 S/W-Abb. 160 S./Gebunden
Nr. P 540013 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Kapitän zur See Werner Hartmann. Geboren am 11. Dezember 1902 trat er 1921 in die Reichsmarine ein. Nach Stationen auf verschiedenen Kreuzern und einer Lehrtätigkeit an der Marineschule stellte er im Mai 1936 U 26 in Dienst, als dessen Kommandant er seinem Wachoffizier Günther Prien im Rahmen ihres Einsatzes im Spanischen Bürgerkrieg viel über das U-Boot-Handwerk beibrachte. Als Korvettenkapitän im Jahr 1938 Chef der U-Flottille „Hundius“, nach Kriegsausbruch Kommandant auf U 37, als Fregattenkapitän 1941 Chef der 27. U-Flottille, ab November 1942 Kommandant auf U 198 und als Kapitän zur See ab Januar 1944 Führer der U-Boote im Mittelmeer, versenkte Werner Hartmann 26 Schiffe mit insgesamt 115.332 BRT und war Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

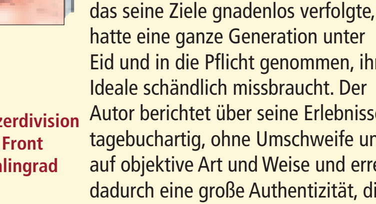
RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.



Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Tatverdächtige meist Ausländer

Berlin – Innenminister Thomas de Maizière hat auf die hohe Zahl ausländischer Tatverdächtiger bei der organisierten Kriminalität verwiesen. Bei einer Konferenz zum Thema sagte er, dass zwei Drittel der Tatverdächtigen Ausländer seien: „Sie prägen die Organisierte Kriminalität in Deutschland“. *FH*

Klimawandel versus Grönland

Kopenhagen – Während Deutschlands Medien fleißig über alle Wetterphänomene berichten, die in irgendeiner Weise für den Klimawandel sprechen, wird Gegenteiliges meist verschwiegen. So auch diese Nachricht: Das staatliche Dänische Meteorologische Institut (DMI) veröffentlichte kürzlich die neuesten Messungen zu Grönland. Die größte Insel der Welt verzeichnete laut DMI mit minus 33 Grad Celsius die kälteste Juli-Temperatur, die in der nördlichen Hemisphäre je gemessen wurde (bisheriger Rekord minus 30,7 Grad). Gleichzeitig ist die Eisdecke auf fast ganz Grönland stark angewachsen. *FH*

ZUR PERSON

Der OB und die Gewaltwoche

So etwas wie die Kölner Silvesternacht erlebte eine Kleinstadt bei Stuttgart jetzt mitten im Sommer. Die Schorndorfer Woche, bei der es zu Diebstählen, Ausschreitungen und sexuellen Übergriffen auf Frauen kam, wird besonders für Bürgermeister **Matthias Klopfer** in die Verlängerung gehen. Er rechnet damit, dass sich weitere Frauen melden werden, die von ausländischen „Mitbürgern“ begrapscht wurden.

Beim Schorndorfer Volksfest hatte die Polizei eine Horde von 1000 alkoholisierten, zum Teil mit Messern und Schreckschusspistolen bewaffneten Krawallmachern nicht mehr im Griff. Vier Frauen wurden sexuell genötigt, in zwei Fällen wurden Strafanzeigen gegen einen Iraker und drei Afghanen gestellt. Es ist schon erstaunlich, dass Klopfer kein großes Geheimnis um die Nationalität der Täter machte, allerdings ruderte der SPD-Politiker auch zurück, indem er betonte, dass Menschen mit Immigrationshintergrund bei den Krawallen nicht den Großteil gebildet hätten.



Für den 49-jährigen gebürtigen Stuttgarter ist das, was jetzt auf ihn mit dem Gewaltproblem von Immigranten zukommt, eine große Nummer. Bevor er 2006 mit absoluter Mehrheit zum Oberbürgermeister von Schorndorf gewählt worden war, hatte sich der Hobbyradler mit Sport- und Jugendpolitik befasst. 2001 leitete er den SPD-Wahlkampf seines Landesverbandes, ehe er fünf Jahre lang Geschäftsführer bei der SPD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg war.

Inzwischen leben in der 40 000-Einwohner-Stadt Schorndorf 700 Asylsucher. „Wir haben hier ein gutes Miteinander in der Stadt“, beteuert Klopfer. Nachdem aber auch von Festivals in Reutlingen und Böblingen sexuelle Übergriffe auf Frauen gemeldet wurden, scheinen die Zeiten, da man auf Volksfesten unbeschwert feiern konnte, vorbei zu sein. *H. Tews*



Omnimobiler Erdogan

Täter zu Opfern mogeln

Warum die Antworten vor den Fragen kommen, warum die Fußfessel für alle nichts nützt, und was »Leute dieser Art« sind / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Nach dem Krawall ist vor dem Krawall, darauf dürfen Wetten abgeschlossen werden. Vorerst aber wiederholen sich die altbekannten Rituale: gegenseitige Schuldzuweisung, Hände in Unschuld waschen, Verlangen nach Bestrafung der Schuldigen, nach ganzer Härte des Gesetzes und vor allem: Aufrüstung, Aufrüstung und noch mal Aufrüstung. Der Polizei, der Justiz und der Gesellschaft. Ja richtig, der Gesellschaft! Schluss soll sein mit dem bürgerlichen Flirt mit Gewalttätern.

Der entfesselte Innenminister Thomas de Maizière wünscht sich gar Fußfesseln für potenzielle Gewalttäter. Wie will er die vor der Tat dingfest machen, wenn das nicht einmal nach der Tat gelingt? Und: linker Fuß für Linke, rechter Fuß für Rechte? Erkenntnisdienstlich sicher interessant. Und am Ende Fußfesseln für alle? Darauf ist noch nicht einmal Recep Tayyip Erdogan gekommen.

Die Krawalltouristen von Hamburg bleiben da mal ganz locker, das kennen sie schon. Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Im Übrigen gilt dieses aufgeregt auf den Schild schlagen überhaupt nicht ihnen. Das ist zur Beruhigung der spießigen Bürger gedacht. An die Brutstätten der Gewalt, an die autonomen Zentren, traut sich sowieso keiner ran. Schließlich wären dafür die Städte zuständig. Dort haben immer wieder mal Ewiggestrige versucht, dem Spuk ein Ende zu machen – und sich dabei eine blutige Nase geholt.

Überhaupt war nicht einmal eine Woche notwendig, um aus Tätern Opfer zu machen. Bürgermeister Olaf Scholz sah sich zu der Bemerkung veranlasst: „Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise.“ Offenbar hält er das für notwendig. Der Schrecken über die Brandschatzungen, über die straff organisierten Fallen für die Polizisten wandelte sich binnen einer Woche in Klagen über die Gewalt der Polizei. Die Hamburger Bürgerschaft will den Einsatz überprüfen. Das heißt: Sie wird den Einsatz der Polizei unter die politische Lupe nehmen. Noch kritischer sehen das offenbar die Grünen im Bundestag. Sie legen eine große Kleine Anfrage vor, die 30 Einzelfragen enthält, von denen einige bis zu 20 Unterfragen haben. Da muss nach Auffassung der Fragesteller in Hamburg enorm vieles fragwürdig gewesen sein. Oder sollten die 30 Fragen samt Unterfragen eventuell zum Teil auch Marodeure und Brandstifter betreffen? Wir werden sehen.

Aber wozu überhaupt die Fragen? Die aus der Mottenkiste hervorgekramte Jutta Ditfurth kannte in der Sendung „Maischberger“ die Antwort, ohne gefragt worden zu sein. Das hörte sich dann so an: In Hamburg habe man Menschen in ihren Grundrechten verletzt, unvermummte Journalisten verprügelt, weil anderswo „einige Leute schwarz gekleidet“ gewesen seien.

> Das aufgeregt auf den Schild schlagen ist zur Beruhigung der spießigen Bürger gedacht

Aha, da haben wohl alle anderen ideologisch verblendet die falschen Bilder gesehen. Den CDU-Politiker Wolfgang Bosbach beschimpfte Ditfurth: „Ihr Kopf ist voller Ideologie!“ Den Hamburger Hauptkommissar Joachim Lenders giftete sie an: „Sie können am Stammtisch weiterpöbeln.“ Irgendwann reichten Bosbach diese Pöbeleien. Das sei unerträglich, „das muss ich nicht mitmachen“, knurrte er, stand auf und verließ vor laufender Kamera die Sendung. Gut, der Mann. Das sollte Schule machen. Berufskrawally Ditfurth höhnte hinter ihm her, mit solcher Empfindlichkeit könne Bosbach keine „Kneipendiskussion“ überstehen. Somit wissen wir nun auch, wo der dialektische Kampfgeist geschult wird.

Nun ist es ja keine neue Erkenntnis, dass das Schanzenviertel, na sagen wir mal, kein einfaches Pflaster ist. Womit im übertragenen Sinne das sozial-autonome Viertel gemeint ist, nicht die Pflastersteine, die bei den Krawallen bekanntlich eine besondere Rolle spielten. Auch der glücklose Kanzlerkandidat Martin Schulz hat das Schanzenviertel besucht und dabei ein Foto machen lassen: Kanzlerkandidat bei versonnener Betrachtung eines Betonbrockens, der als Wurfgeschoss gedient hatte. Ein schönes Foto für den Wahlkampf ist das geworden, voller Ernsthaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Was jedoch nicht zu sehen ist: Die Leute von der Schanze, die fanden die Ernsthaftigkeit und das Verantwortungsbewusstsein gar nicht gut. Die hatten den Verdacht, der Kandidat sei mit seinem großen Gefolge der Journalisten gekommen, um ein paar schöne Fotos für den Wahlkampf machen zu lassen. „Verräter“ riefen sie ihm zu, oder „Martin, hau ab“. Und dann sagte Schulz, bevor er das heiße Pflaster Schanze verließ: „Es überrascht mich nicht, dass Leute dieser Art mich nicht mögen.“ Da wäre dann wohl noch etwas genauer zu erklären, was „Leute dieser Art“ sind.

Während überall im Lande die Wunden geleckt wurden, es an mehr oder minder hilflosen Versuchen nicht mangelte, die Gewaltorgie von Hamburg auszudeuten, hörten wir von der Kanzlerin so gut wie gar nichts dazu. Als gehe sie die ganze Chose nichts an, als schwebe sie dem Erzengel gleich über dem irdischen Gewürm. Sie redet eben auf anderer Ebene. Und zwar in Paris mit denselben Leuten wie gerade zuvor in Hamburg. Nur die Kulisse wurde ausgetauscht.

Wie in Hamburg sprach Frau Merkel mit Herrn Macron (das Geturtelte ist bald reif für die Regenbogenpresse), sie sprach wie in Hamburg mit Italiens Ministerpräsidenten Paolo Gentiloni. Dann trafen sich Monsieur Präsident Macron und Mister Präsident Trump fast schon wie alte Bekannte. Da war Frau Kanzlerin schon davongesegelt. So, als sei das alles nicht gewesen, das Schaulaufen beim G20, im deutsch-französischen Ministerrat, all die Trüffel und Parfait. Von jetzt auf gleich war Hausmannskost angesagt.

Nur Stunden später wurde Angela Merkel in Heiligenhafen gesichtet. Die Stadt lebt vom Tourismus und von Angelfahrten auf den Dorsch. Letzteres möchte die Europäische Union begrenzen, weil es dem Dorsch gar nicht gut geht. Das ärgert die Veranstalter von Angelfahrten. Und was hat nun Angela Merkel mit dem Dorsch am Hut? Volles Verständnis. Mit wem? Mit dem Dorsch oder mit den Anglern? Schwer zu sagen. Jedenfalls versprach sie, das Thema im Bundestag anzuschneiden. Sie sagte tatsächlich „anzuschneiden“. Das war wieder einmal gewohnt prägnant, glasklar, vor jeder Missdeutung gesichert. Weil eine Nicht-Aussage schließlich nicht ausgedeutet werden kann.

Und dann gab es da noch diese Sache in Themar. Wie, nichts davon gehört? Vermutlich, weil Sie nicht zur Zielgruppe gehören. Der Verfassungsschutz von Thüringen, dort liegt der kleine Ort Themar, sprach von einer stramm rechtsradikalen Szene. Themar hat 3000 Einwohner. Erwartet wurde das bundesweit größte Rechtsrock-Konzert mit 5000 Besuchern, 2000 Gegendemonstranten und 1000 Polizisten. Man plante zum Schutz von Themar Friedensgebete, ein buntes Marktfest, hielt einen ökumenischen Gottesdienst ab, verlas eine Botschaft der Bischöfin, der Innenminister reiste an, Abgeordnete des Landtages ebenso. Aus mehreren Bundesländern wurden Polizisten erbeten. Es kam nicht alles wie erwartet. Lediglich 300 Gegendemonstranten fanden sich ein. Dafür stieg die Zahl der stramm rechten Besucher auf 6000. Und dann passierte – eigentlich fast gar nichts. Der übliche Blödsinn: Tragen verfassungsfeindlicher Symbole, Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Drogenmissbrauch. Insgesamt etwas über 40 Fälle. Meist im Suff. Dabei hatte man sich so gut vorbereitet, Strafbefehle im Schnellverfahren geplant. Die Staatsanwaltschaft war vor Ort, nahegelegene Amtsgerichte in Bereitschaft versetzt. Vielleicht hätte ein Fürbittgebet nebst bischöflichem Grußwort auch in Hamburg Ruhe gestiftet. Schade, davon war nichts zu hören.

MEINUNGEN

***Wencke Sarrach** (33), Hauptmann der Reserve und von 2003 bis 2015 aktive Soldatin, macht ihren **Ärger** über Verteidigungsminiserin **Ursula von der Leyen** Luft. In einem offenen Brief, veröffentlicht in der „Welt“ (7. Juli), kritisiert sie deren Verhalten in der Affäre um Franco A.:*

„Soldaten wollen stolz sein auf ihre Führungskraft, sie wollen aufschauen, sich ein Beispiel nehmen können. Dazu gehört auch bei Gegenwind standhaft zu sein, sich schützend vor die anvertrauten Soldaten zu stellen. Bei dem allerkleinsten Lüftchen, das von vorne kommt, macht unsere Ministerin aber lieber einen Sprung zur Seite. Nicht nur, dass sie die Hexenjagd nach dem Sündenbock billigend in Kauf nimmt. Nein, sie unterstützt diese auch noch, indem sie Denunziantentum fördert. Da kann die Ministerin auch mit Kita-Plätzen und Flachbildfernsehern nicht wirklich punkten, wenn sie über die wichtigsten Eigenschaften einer Führungskraft nicht verfügt: Charakter und Menschlichkeit.“

*Der Schweizer Soziologe **Walter Hollstein** kritisiert in einem Interview mit der „Welt“ (7. Juli) eine Politik, die über die **Frauenförderung** die **Männer** vergisst:*

„Am bedrückendsten sind die Suizidzahlen. In Deutschland bringen sich mehr als dreimal so viele Männer um wie Frauen und mehr als sechsmal so viele Jungen in der Pubertät wie Mädchen. Das wird nicht thematisiert, und vor allem – es wird einfach hingenommen. Da liegt auch die Krux: Die Problemlagen von Männern werden ignoriert. Politik ist heute rein frauenfokussiert.“

***Alois Feusi** beschreibt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (10. Juli), warum Schweizer Polizisten Krawalle wie in Hamburg beim G 20-Gipfel besser in den Griff bekommen würden – unter anderem mit **Gummischrotgeschossen**. Sein Fazit:*

„Die Schweizer Polizei hat bessere Einsatzmittel und mehr politische Unterstützung als die deutschen Kollegen.“

*Polens Innenminister **Mariusz Blaszczak** konnte sich eine **ironische Bemerkung** nicht verkneifen, als er im polnischen Fernsehen (8. Juli) auf die Gewalt in Hamburg angesprochen wurde. In Anspielung auf die Debatte, wonach sich die alten EU-Mitglieder schneller entwickelten als die neuen, erklärte er:*

„Hamburg gehört offenbar zum Europa der zweiten Geschwindigkeit.“

***Heike Diefenbach** und **Michael Klein** setzen sich auf der wissenschaftskritischen Internetseite sciencefiles.org (13. Juli) mit der Kriminalstatistik und ihrer Bewertung des Ausmaßes rechter und linker Gewalttaten auseinander:*

„Ein Demonstrant, der im Rahmen einer Demonstration einen Polizeibeamten verletzt, ein Auto in Brand steckt und noch eine Schaufensterscheibe einschlägt, zählt, wenn er schließlich von der Polizei in Gewahrsam genommen wird, statistisch als ein Landfriedensbruch. Der Sammeltatbestand versteckt somit die Tatsache, dass tatsächlich drei Straftaten begangen wurden. Gezählt wird nur eine – als politisch motivierte Straftat von links im vorliegenden Fall. Verteilt ein anderer 100 Flugblätter, auf denen der Holocaust geleugnet und ein Loblied auf Hitler gesungen wird, dann zählt dies als 100 Straftaten, nämlich als 100 einzelne Propagandadelikte.“